Die Bahrenfelder

Geschichte
des Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg
in den Jahren
1919/20

Von

Heinz Dähnhardt

❋



Alster-Verlag, Hamburg
1925

Druck von Hermann's Erben, Hamburg.

Inhalt



Vorwort

Als der Verfasser des vorliegenden Buches **vor** zwei Jahren begann, Materialien für eine Geschichte des Zeitfreiwilligen-korps Groß-Hamburg zu sammeln, folgte er der freundlichen Aufforderung und Ermunterung eines seiner Kameraden aus jener bewegten Zeit. Ereignisse und Begebenheiten, die für viele eine wertvolle persönliche Erinnerung bedeuteten und auch für die Allgemeinheit von Interesse waren, drohten ohne eine schriftliche Aufzeichnung dem Gedächtnis zu entschwinden und der Nachwelt verloren zu gehen. Aus dem Wunsche heraus, zunächst für den kleinen Kreis der Nächstbeteiligten ein zuverlässiges Dokument ihres Wirkens in den Jahren 1919 und 1920 zu schaffen, entstanden so die Anfänge der Arbeit.

Sehr bald indessen mußte der Verfasser einsehen, daß die ihm gestellte Aufgabe nicht zu lösen war ohne eine Schilderung und Kritik auch der allgemeinen Verhältnisse in den beiden für die Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps in Betracht kommenden Jahre, soweit diese Verhältnisse auf den Gegenstand seiner Darstellung eine Wirkung ausgeübt oder mit ihm in Verbindung gestanden hatten. So weitete sich allmählich der Rahmen der Darstellung, und diese selbst wuchs sich zu einer historisch-politischen Skizze aus.

Wenn diese hiermit der Öffentlichkeit übergeben wird, so geschieht es aus zwei Gründen. Einmal wird damit der nachforschenden Betrachtung ein Tatsachenmaterial erschlossen, das dem Verfasser in dankenswertester Weise von den Nächstbeteiligten zur Verfügung gestellt wurde, ihn überhaupt erst in die Lage versetzte, die vorstehende Arbeit zu unternehmen und dieser

ihren eigentlichen Wert verleiht. So wird dieses Buch ein Quellenbuch für jeden sein können, der sich mit der Revolutionsgeschichte Hamburgs befaßt. Es besitzt diesen Charakter aber auch noch in einem anderen Sinne. Denn es weist auf, mit welchen Augen der junge nach dem Kriege in Deutschland wachgewordene Nationalismus die Zeitereignisse sah, sehen mußte und heute noch sieht. So ist die vorliegende Darstellung gleichzeitig ein Bekenntnis zu dem Geiste, der heute Deutschlands Jugend beseelt.

Aus dieser Entstehungsgeschichte heraus wollen Stoffauswahl und Methodik der Arbeit verstanden und gewertet sein. Der Verfasser hat sich bemüht, sich in seiner Darstellung jeder billigen Polemik zu enthalten und nur die Ereignisse selber sprechen zu lassen. Wo Urteile über heute lebende Persönlichkeiten gefällt werden, betreffen sie diese als Repräsentanten historischer Gegebenheiten. Wo es irgend anging, wurden persönliche Zeugnisse, wie mündliche Aussagen, gleichzeitige Briefe und Tagebücher zur Grundlage der Darstellung genommen und von diesen ausgehend dann die noch vorhandenen und dem Verfasser zugänglichen Aktenunterlagen, Befehle, Fernsprechbücher, Bürgerschaftsprotokolle durchgearbeitet und mit ersteren in Vergleich gesetzt. Erst in dritter Linie kamen die zeitgenössischen Presseberichte in Betracht, die sich in den entscheidenden Punkten oft als stark unzuverlässig erwiesen. Die Darstellung wurde dann von mehreren Hauptbeteiligten an den Ereignissen in allen Einzelheiten mehrfach überprüft und bestätigt. Manche Dinge werden freilich auch so noch kontrovers bleiben und bis zu einer abschließenden Darstellung der Hamburger Revolutionsgeschichte wird noch manche Arbeit notwendig sein. Möge die vorliegende Skizze dazu eine erneute Anregung sein. Möge sie aber auch das Bewußtsein für staatliche Macht und nationale Ehre, die Einsicht in die tieferen Gründe einer harten und folgerichtigen Staatsräson stärken und damit zugleich der Geschichtsschreibung auch einer revolutionären Epoche den festen Ansatzpunkt zu der ihr obliegenden sichtenden und urteilenden Tätigkeit aufweisen.

Altona-Othmarschen, im Januar 1925.

Heinz Dähnhardt.

Erster Teil

Geschichte des Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg

I.

Hamburg zu Beginn des Jahres 1919. — Die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrates. — Die hamburgischen Sicherheitseinrichtungen. — Stimmung in Bürgertum und Arbeiterschaft.

Etwa Mitte Januar 1919 kam auf Anregung einiger Kaufleute ein kleiner Kreis Hamburger Bürger zusammen. In den folgenden Besprechungen, die an verschiedenen Orten und unter besonderen Vorsichtsmaßregeln stattfanden, traten eine Reihe weiterer Persönlichkeiten hinzu. Man kam überein, durch eine unter dem Bürgertum von Mund zu Mund zu betreibende Werbung, die unter dem Decknamen der „Ledergesellschaft“ erfolgen sollte, eine Organisation zu bilden, die imstande war, sich für Ruhe und Ordnung in der Stadt einzusetzen und im besonderen die bevorstehenden Wahlen zur hamburgischen Konstituante gegen den Terror einer Minderheit sichern zu helfen.

Die Verhältnisse waren ungeklärt und unruhig. Senat und Bürgerschaft bestanden noch als kommunale Verwaltungsbehörden. Nur sie konnten die Versorgung mit Lebensmitteln und die Bewilligung von Geldern vornehmen und durch die Kaufmannschaft die dringend aus dem Ausland benötigten Lebensmittel kreditieren lassen. Eine Wirksamkeit, die über eine solche, die mehr aus dem Beharrungsvermögen sich ergab, hinausging, besaßen sie nicht.

Die politische Gewalt wurde vom Arbeiterrat ausgeübt. Ihn beherrschte unter der begabten und die Masse fanatisierenden

Führung Dr. Laufenbergs eine radikale, das Rätesystem fordernde Minderheit. Nur langsam gelang es den Vertretern der alten Arbeiterorganisationen mit Hilfe großer, Anfang Januar stattfindender Massendemonstrationen sich wieder Geltung zu verschaffen. Zu einer Entscheidung kam es nicht, die Forderung einer verfassungsmäßig gewählten Bürgerschaft blieb auch weiterhin umstritten, und jeden Tag konnte der in Berlin tobende spartakistische Aufruhr oder die in Bremen und Braunschweig errichtete Diktatur des Proletariats neue Bewegungen auslösen. Zudem war die Autorität des Arbeiterrates eine geringe, die innere Disziplin locker, die Geschäftsführung mangelhaft. Alarmnachrichten und Resolutionen der Straße beeinflußten ihn mehr als ruhige sachliche Erwägung. Sein Einspruch bestimmte polizeiliche und militärische Maßnahmen. Die ihn beherrschenden Gegensätze der sozialistischen Doktrin, die Schwerfälligkeit und Ungeordnetheit seiner langen Plenardebatten und zahllosen Kommissionsberatungen, sein schlechtes Verhältnis zu den mit ihm ungenügend in Verbindung stehenden und ihm nur widerwillig folgenden Exekutivorganen — den alten hamburgischen Behörden und der Kommandantur — beraubten ihn indessen jeder raschen und durchgreifenden Möglichkeit des Handelns.

Als Ordnungsmittel konnten die Schutzmannschaft und die Volkswehr in Rechnung gesetzt werden. Die Schutzmannschaft wurde an Stelle der alten Vorgesetzten von einem sehr radikalen Beamtenrat geleitet, der dem Arbeiterrat angehörte. Bei politischen Unruhen blieb sie neutral und war in der Tat zu schwach, um solchen ernsthaft begegnen zu können. Von 12—1400 Mann war infolge des Acht-Stunden-Dienstes nur ein Drittel gleichzeitig auf der Straße tätig. Die Bewaffnung war außerordentlich mangelhaft, es standen insgesamt nur 350 Revolver zur Verfügung, für ergänzende Maßnahmen wurde aus nicht ersichtlichen Gründen keine Sorge getragen.

Unmittelbar nach der Revolution hatte sich außerdem das Straßenbild durch zahllose bewaffnete Angehörige der einzelnen Truppenteile belebt, die die öffentlichen Gebäude, Bahnhöfe und Freihafenlager, sowie die Polizeiwachen besetzten. Da dieser Wachtdienst besser bezahlt und verpflegt wurde, als der Aufenthalt in der Kaserne, zudem bequem und ungefährlich war, fand er großen Zulauf. So schätzte man zu Beginn die Zahl der Wachtmannschaften auf 100 000 Köpfe, im Stadthaus allein gab es nach dem Ausspruch eines Soldatenratsmitgliedes gegen „1800 wilde Wachtmannschaften". Allmählich senkte sich diese Zahl durch die Entlassungen in den Truppenteilen auf 12 000

Mann, die als sogenannte „Sicherheitswehr" neben der Polizei das einzige Organ der öffentlichen Sicherheit waren.

Die Sicherheitswehr war durch eine Kommission des Arbeiterrats organisiert worden und stand unter dem Einfluß des Siebener-Ausschusses, der den Kopf des Obersten Soldatenrats bildete und sich aus fünf Mehrheitssozialisten und zwei Unabhängigen unter dem Vorsitz von Lamp'l zusammensetzte. Sie wurde von Lehmkuhl vom Stadthaus aus geleitet. Ihre Mitglieder waren ohne jede Prüfung ihrer Persönlichkeit eingestellt worden, so daß sie in moralischer und politischer Hinsicht viel zu wünschen übrig ließen. Von vornherein war die Sicherheitswehr mitgedacht gewesen als eine Weiterbeschäftigung der arbeitslosen Soldaten, weshalb ihre Bezahlung auch in Form einer verschleierten Arbeitslosenunterstützung, zum guten Teil durch das Reich, erfolgte und sich etwa in Höhe derselben hielt. Aus demselben Grunde waren unter ihren Mitgliedern unverhältnismäßig viele ältere und verheiratete Leute, die untere Altersgrenze betrug zeitweilig 25 Jahre, während dies im Ansehen der Schlagkraft der Truppe eher ihre obere hätte sein sollen. So war die Sicherheitswehr mehr oder minder eine bewaffnete Abteilung des großen Hamburger Arbeitslosenheeres, die nach ihren eigenen Worten „sich freiwillig die Pflicht auferlegte, einmal die Vaterstadt zu schützen, ein andermal wenigstens für die sonst zustehende Arbeitslosenunterstützung etwas zu leisten", oder um ein Wort von Noske anzuführen, „diese Soldaten waren, um nicht arbeitslos zu werden, weiter in Uniform geblieben — um einen passenden Ausdruck für ihr wenig militärisches Leben zu wählen".

Das Aussehen dieser Volkswehr war wenig achtungerweckend. Ihre Ausrüstung war schlecht, da vieles gestohlen wurde und die in Betracht kommenden Stellen sich weigerten, neues Zeug ihr zur Verfügung zu stellen. So trug jeder gerade das, was er noch aus dem Felde besaß oder sich in der Revolution beschafft hatte. Der Anzug war salopp; der dicke wollene, um den Hals getragene Schal, die schief aufgesetzte Mütze, das Fehlen des Koppels sowie der Achselklappen und Kokarden und das mit dem Kolben nach oben umgehängte Gewehr waren seine Kennzeichen, die typischen Merkmale des revolutionären Soldaten. Der Dienst war disziplinlos. Die Abteilungen rückten rauchend und schwatzend in lockeren Reihen an, die Posten bewahrten eine lässige Haltung. Ihr einziges Mittel, sich Achtung zu verschaffen, waren regellose Schießereien, die sie in den Augen der Bevölkerung indessen nur verächtlich machten. Denn eine an Befehl und

Gehorsam gewöhnte, in ihrem Handwerk geübte Truppe wird durch die Selbstverständlichkeit und Sicherheit ihres Handelns der Notwendigkeit überhoben, jeder kleinen Anordnung schon von vornherein mit der Schußwaffe weiteren Nachdruck zu verleihen. Ihre Wirksamkeit wird im Ernstfalle dadurch erheblich abgestumpft.

Schließlich sei erwähnt, daß sich noch etwa 25 000 Mann Truppen in Hamburg befanden, von denen allerdings der größte Teil Bureaupersonal war und für eine ernsthafte Verwendung nicht in Frage kam. Daß bisher ernstere Unruhen vermieden wurden, mußte so mehr dem bedächtigen und nüchternen Sinn der Bevölkerung als der Vorzüglichkeit der für ihre Sicherheit verantwortlichen Einrichtungen zugeschrieben werden. Diese in der organisierten Arbeiterschaft wie im alteingesessenen Bürgertum gleichermaßen vorhandene passive Resistenz konnte gegenüber revolutionären Eingriffen sehr wohl eine stumme und beharrliche Macht sein, konnte aber ebensosehr zum Verhängnis werden, wenn es den nicht seßhaften Elementen der Bevölkerung, den Arbeitslosen, dem radikalen, meist zugewanderten Flügel der Arbeiterschaft oder dem Mob von St. Pauli gelang, mit Hilfe von auswärts zugereisten Verstärkungen unter einheitlicher politischer Führung die schwachen Schutztruppen der öffentlichen Ordnung zu überwältigen. Dann war das arbeitende und besitzende Hamburg wehrlos einer Revolution aus der Tiefe ausgeliefert. So waren Arbeiterschaft und Bürgertum vor dieselbe Aufgabe gestellt, die öffentliche Ruhe und Ordnung sowie Recht und Verfassung eines Volksstaates sicherzustellen gegen willkürliche Eingriffe und gewaltsame Umwälzungen aus den untersten Klassen der Bevölkerung. Zur Lösung dieser Aufgabe gingen sie getrennte Wege. Wie schon am 9. November, so war auch in diesem Augenblick die mehrheitssozialistische, in Partei und Gewerkschaft organisierte Arbeiterschaft nicht der großen Gefahr gewachsen, die ihr weit stärker als dem Bürgertum aus der radikalen Linken erwuchs. Sie bewendete es bei halben Maßnahmen. Ihr unleugbar zäh und geschickt geführter Kampf um die Macht im Arbeiterrat, wie im Siebener-Ausschuß des Soldatenrats und im späteren Kommandantur-Soldatenrat, führte wohl zu einer starken, ja vielleicht beherrschenden Einflußnahme auf die Geschäfte dieser Körperschaften. Aber dieses Ringen um Mehrheiten und Ämter vermochte nicht die Entfaltung wirklicher Macht zu ersetzen. In den altherkömmlichen Lehrmeinungen des Sozialismus groß geworden und in ihnen befangen, kam man nicht über die Routine der Demonstrationen,

Majoritäten und Resolutionen hinaus und mußte so notwendigerweise einer Minderheit unterliegen, deren Methode in der Anwendung aller Machtmittel, auch der äußersten, bestand. Einer in alte Geleise eingefahrenen Partei-Bureaukratie blieb jener Wille zur Macht versagt, der einzig den Weg ins Freie zu zeigen vermag und den aus den Reihen der deutschen Sozialdemokratie nur einer betrat, um von ihr oft genug schnöden Undank zu erfahren, — der Reichswehrminister Noske.

Wohl versuchte man auch in Hamburg mehrmals die allgemeine Bewaffnung der ordnungsliebenden Arbeiterschaft, um so eine zuverlässige Macht zu erhalten; aber verfehlte und halbe Maßnahmen verkehrten die geregelte Bewaffnung der organisierten Arbeiterschaft in eine wilde Bewaffnung des organisierten Pöbels, und auf Monate hinaus sah der ordentliche Arbeiter seinen guten Namen durch Unberufene geschändet, deren Treiben gegenüber er ohnmächtig war. So erlebte die hamburgische Arbeiterschaft, die sich einst als die erste im Reiche gefühlt hatte, das für sie beschämende Schauspiel, daß sie ohnmächtig zusehen mußte, wie vor ihren Augen das Bürgertum den ersten militärischen Schutz in Hamburg organisierte, wie es in den Einwohnerwehren die von der Arbeiterschaft versuchte aber mißlungene Selbstbewaffnung glücklich durchführte und die von seinen Offizieren gebildeten und durchsetzten Freikorps Hamburg entsetzten und ihm endgültig Ruhe verschafften.



II.

„Ledergesellschaft“ und Einwohnerschutzwehr. — Neuorganisierung der Kommandantur. — Bahrenfeld.

Die Gründer der „Ledergesellschaft“ hatten sich unter dem Eindruck dieser Lage zu einer halböffentlichen Art des Vorgehens entschlossen, die von Aufrufen, Versammlungen und dergleichen absah und sich auf die mündliche Werbung bei Bekannten, in geschlossenen Korporationen und dergleichen beschränkte. In eifriger Kleinarbeit gelang es auf diesem Wege etwa 500 bis 600 Mitglieder zu werben und sie zunächst roh listenmäßig einzuteilen. Einen besonders günstigen Boden fand man hierbei unter den Offizieren und Dienstgraden des entlassenen Heeres, unter der Studentenschaft der neugegründeten Universität und in einigen Bezirksvereinen der Deutschnationalen Volkspartei.

Etwa um dieselbe Zeit begann unabhängig hiervon der in der Kriegsamtsstelle Hamburg beschäftigte Hauptmann von Harbou mit der Werbung für eine Einwohnerschutzwehr. Den Anstoß zur Bildung von Einwohnerwehren hatten die Januarkämpfe 1919 in Berlin gegeben, wo die Garde-Kavallerie-Schützen-Division von Noske mit deren Aufstellung beauftragt worden war. Sie dienten zur Verstärkung der zahlenmäßig schwachen Regierungstruppen, vor allem für den Wachtdienst in den weit ausgedehnten Vororten.

So war auch der von Hauptmann von Harbou seiner Arbeit zugrunde gelegte Gedanke, nur eine Werbeorganisation sein zu wollen, die ihre Mitglieder listenmäßig erfasse und sie dann den einrückenden Regierungstruppen als ortskundige Reserve zur Verfügung stelle als sogenannte Zeitfreiwillige, d. h. auf

Zeit den Truppen angegliederte Freiwillige. Daher erhielt die von ihm geschaffene Organisation den Namen Werbeorganisation „Zeitfrei“. Sie schlug ihren Sitz im Kriegsamt Hamburg (Kast. I) auf und schuf sich eine Nebenstelle in der Kriegsamtsstelle Altona (Kast. II).

Eine derartig gestellte Aufgabe bedeutete eine große Erleichterung der Werbearbeit, denn der so Geworbene besaß damit das Bewußtsein, sich einer rechtmäßig vom Staate ausgehenden, ehrenvollen und dem Gemeinwohl dienenden Tätigkeit zur Verfügung zu stellen, ohne indessen eine weitere Verpflichtung als die seines Namens für ein noch zeitlich und inhaltlich gleich unbestimmtes Ereignis herzugeben. Dies hatte den Vorteil, daß die Werbung zunächst verhältnismäßig rasch vorwärts ging. Sie beschränkte sich auf das Bürgertum und vermied die gewollte Öffentlichkeit, ging aber sonst unbedenklich und unbehindert von Haus zu Haus, von Verein zu Verein; stützte doch gerade hier einer den anderen und bewog ihn durch das eigene Beispiel. Sie fand einen günstigen Boden in den bürgerlichen Parteien, den Bürgervereinen und der Bevölkerung der kleinbürgerlichen Stadtteile sowie der wohlhabenden Villenvororte; über diesen Umkreis hinaus reichte ihre Wirksamkeit nicht und konnte sie bei dem damaligen Stand der Dinge auch nicht reichen. So wurden in drei Monaten etwa 6000 Köpfe geworben und zunächst auf dem Papier nach den Wohnbezirken in Abteilungen, Kompagnien, Züge und Gruppen, sowie in zwei Aufgebote eingeteilt, von denen das erste zu jedem Dienst in der Stadt, das zweite jedoch nur zu solchem im eigenen Bezirk verpflichtet war. Die Verbindung mit dem Reichswehrministerium war gleich zu Beginn von Oberleutnant v. K. hergestellt und Noskes Genehmigung zu solchem Vorgehen erbeten und erteilt worden. Mit der Kommandantur hatte Major W. die Vermittlung übernommen. Sie führte im Verein mit einem von Berlin aus geübten Druck dahin, daß diese die Arbeit zwar duldete, aber auch in keiner Weise förderte, was sich bald besonders in der Waffenfrage unangenehm geltend machen sollte.

„Zeitfrei“ wollte seiner Bestimmung nach eine Werbeorganisation und keine militärische Formation sein. Diese Bestimmung war bei seinem Berliner Vorbild unbedenklich gewesen, da dort die Regierungstruppen ohne weiteres den militärischen Teil der Aufgabe übernehmen konnten und die noch zu leistende Arbeit tatsächlich nur in der Zuführung neuer Menschen bestanden hatte. In Hamburg lagen aber die Dinge umgekehrt, wie sich bald herausstellte: Man hatte Menschen, aber keine Waffen,

man besaß eine über Erwarten schnell arbeitende Werbeorganisation, aber keine zuverlässige militärische Gewalt. Die notwendige Folge war, daß bei einem Teil das eben erweckte Interesse wieder zu erlahmen drohte und Nervosität und Verärgerung Platz griffen, ein anderer Teil zu einer größeren selbständigen Aktivität drängte. Der letztere fand einen Sitz in der „Ledergesellschaft", so daß zu der Verschiedenheit der Entstehung bald eine gewisse Rivalität der Zielsetzung trat, indem die einen aus politischen Erwägungen heraus Geduld und Abwarten predigten, die anderen aus nicht minder stichhaltigen Gründen endlich irgendwelche praktischen, d. h. militärische Vorbereitungen und Maßnahmen forderten. Beides mußte ein unerquicklicher Streit um des Kaisers Bart bleiben, und erst andere Ereignisse sollten die Dinge einer Lösung näherbringen.

Ende Februar wurde Lamp'l durch den Reichswehrminister Noske zum Kommandanten von Groß-Hamburg ernannt. Der alte Siebener-Ausschuß des Obersten Soldatenrates wurde aufgelöst und an seiner Stelle in einer Vollversammlung der Soldatenräte am 1. März der Kommandantur-Soldatenrat gewählt, der aus Rusch, Wade, Schädlich, Lehmkuhl und Preuschoff bestand. Der Kommandantur wurde jetzt auch die Sicherheitswehr unterstellt, so daß zum erstenmal seit dem Ausbruch der Revolution die militärische Gewalt in Hamburg wieder eindeutig in der Hand der Kommandantur lag, die die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Kommandanturgewalt auf Grund der oben erwähnten Verfügung in einem Aufruf vom 9. März übernahm. Am 15. März wurde die Kommandogewalt der Offiziere wiederhergestellt. Die Kommandantur besaß indessen nur zwei Offiziere, Oberstleutnant Mansfeldt und Hauptmann Dietrich, zu denen Ende März noch der Hauptmann im Generalstab Danner als militärischer Berater trat, vorher erster Generalstabsoffizier der Division Gerstenberg, die im Februar Bremen eingenommen hatte. Diese Maßnahmen, die wohl in Berlin und nicht in Hamburg ihren Ursprung genommen hatten, bedeuteten im Zusammenhang mit der in Aufstellung begriffenen Einwohnerwehr den ersten Versuch einer Loslösung des Sicherheitsdienstes von der Sicherheitswehr und dem Arbeiterrat und seine Überführung in verfassungsmäßige Einrichtungen. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch die immer stärker zutage tretende Unzuverlässigkeit der Sicherheitswehr, von der Lamp'l im März öffentlich erklärte, daß 2000 Mann zuverlässig seien, 2000 mit den Spartakisten gemeinsame Sache machten und 4000 als unzuverlässig

gelten könnten; behindert wurde sie durch diese selbe Unzuverlässigkeit, die eine ständige Drohung war und gegen die die Kommandantur keine Machtmittel besaß.

Anfang März, als alles noch im Fluß und Übergang begriffen war, und man noch nicht wissen konnte, ob sich diese Neuordnung durchsetzen würde, erreichte die Lage einen kritischen Höhepunkt. In Berlin hatte die Volksmarinedivision blutig gemeutert; es war der Generalstreik erklärt worden; gleichzeitig wurde Hamburg von Alarmnachrichten erfüllt und schon am 10. wußten die Zeitungen zu melden, daß Dr. Laufenberg am 12. die gewaltsame Absetzung des Soldatenrates und als Auftakt dazu die Lahmlegung des Verkehrs durch einen Straßenbahnerstreik beabsichtigte.

Ein Bericht des Regierungsbeauftragten, Kapitän zur See Roehr, an Noske, der aus dieser Zeit stammt, schätzte „lt. zuverlässigen Nachrichten" die Zahl der in Hamburg befindlichen Spartakisten auf 6—7000. Ihre Führung sollte nach derselben Quelle damals in den Händen zweier Rittmeister gelegen und in einzelnen Lokalen St. Paulis eine rege Werbung stattgefunden haben, bei der 200 Mark Handgeld und 20 Mark pro Tag versprochen worden seien.

Dazu kamen in diesen Tagen wiederholte spartakistische Anschläge auf das Artillerie-Depot in Bahrenfeld, in dem unter sehr unzureichender Bewachung etwa 50 000 Gewehre und große Mengen anderen Gerätes lagerten.

Am Morgen des 12. März fand eine Sitzung in der Kommandantur über die Lage statt, wohin die Nachricht gebracht wurde, daß die Spartakisten unmittelbar losschlagen und der Sicherheitswehr sich bemächtigen würden. Daraufhin entschloß man sich, das erste Aufgebot der Einwohnerwehr von Altona und Vororten zu alarmieren. Gleichzeitig wurden die Ledergesellschaft und die Universität benachrichtigt. Hier wurden die Vorlesungen schon um 11 Uhr geschlossen und in einer durch den Rektor Professor Rathgen eilig zusammenberufenen Studentenversammlung auf die Hamburg drohende Gefahr und die vaterländische Pflicht ihrer Abwehr hingewiesen. Die militärische Verantwortung des Unternehmens übernahm Oberstleutnant Mansfeldt; Oberleutnant z. S. Becker, Mitarbeiter Hauptmann v. Harbous, versprach für den Zutritt zur Kaserne, Quartier und Verpflegung zu sorgen. Das Stichwort für alle lautete: Bahrenfeld!

Nordwestlich von diesem Vorort lagen hier auf einer die Gegend beherrschenden Bodenwelle am Knotenpunkt der am

Eingang der Rennbahn von Bahrenfeld, Othmarschen, Groß-Flottbek, Osdorf, Lurup und Eidelstedt zusammenlaufenden Straßen die neuerbauten Kasernen des Fußartillerie-Regiments Nr. 20. Den nach allen Seiten hin beherrschenden freien Blick beschränkten nur nach Südosten die langgestreckten Lagerschuppen des Artilleriedepots, die in die Baulichkeiten der Kaserne des Feldartillerie-Regiments Nr. 45 und des Bekleidungsamtes des IX. Korps übergingen, während im Osten das weitläufige in die sandige, mit niedrigen Kiefern bestandene Hochfläche eingebettete Eidelstedter Munitionsdepot angrenzte. Dieser Komplex von Anlagen mit seinen noch ungeheuren Vorräten und ausgedehnten Räumlichkeiten lag fast unbewohnt und unbewacht, verlassen und einsam jedem Zugriff offen da. Er war dank seiner Lage und Hilfsmittel der gegebene militärische Stützpunkt für Groß-Hamburg, und sein Besitz war entscheidend für Freund und Feind.

Kommunistische Trupps umschwärmten bereits dies Gelände, und nur mühsam hatten sich Teile seiner letzten Bewohner, vor allem an 70 aktive Unteroffiziere und Feldwebel, ihrer Überfälle zu erwehren vermocht. Am Nachmittag des 12. kam notwendige Hilfe. Auf der staubigen Straße, die die Flottbeker Gemarkung durchschneidet, bewegten sich zahlreiche halb militärische, halb bürgerliche Gestalten den Kasernen zu. Höhnisch grinsende Soldaten in der Uniform des Fußartillerie-Regiments Nr. 20 ließen sie nur widerwillig in das Tor hinein. So mochten sich gegen 5 Uhr auf dem Kasernenhofe an 400 Mann gesammelt haben, die, den Aufrufen des Vormittags Folge leistend, den Weg hinaus gewagt hatten. Nur ungern wurde der Zutritt in die Gebäude gestattet, in denen nichts hatte vorbereitet werden können. Lange verödete Korridore zeigten offene und eingeschlagene Türen, die zu stinkenden Waschräumen und mit fußhohem Unrat angefüllten Mannschaftsstuben führten. In mehrstündiger Arbeit wurden einige Stuben notdürftig gesäubert, auf den Kammern fanden sich noch einige schlechte Röcke und Hosen; nur Waffen und Munition waren im Überfluß vorhanden, lagen verstreut in allen Stuben umher und lagerten in gewaltigen Mengen im nächsten Umkreis. So gelang es schon gegen 8 Uhr abends, zwei Züge in Stärke von je etwa 70 Mann aufzustellen und mit dem Notwendigsten ausgerüstet antreten zu lassen. Hierbei ereignete sich ein bezeichnender Zwischenfall. Einer der mit der Einteilung beauftragten Feldwebel wollte einen Führer bestimmen und fragte daher die in ihren mancherlei speckigen und zerknüllten 5. und 6. Garnituren wie ein Straf-

arbeitskommando aussehenden Angetretenen mit leise zweifelnder Stimme, ob sich etwa ein Offizier unter ihnen befände, dieser möge sich melden. Fast alle traten vor; zwei Drittel derer, die sich zur Verfügung gestellt hatten, waren ehemalige Offiziere. Bewährte Kampfflieger standen in Reih' und Glied neben alten U-Bootsfahrern, Ulanen neben Artilleristen; alle Waffen waren vertreten. So übernahm der im Patent Älteste die vorläufige Führung, dem sich die übrigen willig unterordneten und mit frischem Kommando schwenkten unter dem Gesange „O Deutschland hoch in Ehren" beide Züge durch das Kasernentor in die dunklen Straßen hinaus. So wie man vier Jahre ohne vieles Nachdenken mit gelassener Selbstverständlichkeit immer wieder über das Schlachtfeld zu neuen Kämpfen geschritten war, zog man, von Gedanken unangekränkelt, im grauen Rock noch einmal aus für Volk und Vaterland.

Die Nacht verlief ruhig. Die ausrückenden Züge besetzten das Elektrizitätswerk Unterelbe in Neumühlen, das Altonaer Gerichtsgefängnis in der Allee sowie das Munitionsdepot in Eidelstedt. Der von ihnen dort versehene Wachtdienst schmolz sie schnell zu festen Verbänden zusammen, eine Nacht des altgewohnten Postenstehens machte ihre Angehörigen aus Zivilisten wieder zu Soldaten. Am nächsten Morgen kehrten sie zur Kaserne zurück. Hier fehlten noch wie am Abend vorher klare Befehle und eine sichtbare Führung. Die Anwendung eigener Initiative und das Gewährenlassen des gesunden Menschenverstandes mußten sie notgedrungen ersetzen. Trotzdem ließ es sich nicht vermeiden, daß eine gewisse Enttäuschung Platz griff und am 13. vormittags die Stimmung einer bedenklichen Krisis entgegenging. Man hatte mehr erwartet, eine kommunistische Aktion sowohl wie auch vorbereitende Gegenmaßnahmen, und fast schien es, als sollten sich Begeisterung und guter Wille mangels einer sicheren Hand, die sie zu leiten verstand, getäuscht und vernachlässigt fühlen und in ihr Gegenteil verkehren.

Es war das Verdienst des Leutnants d. R. Bundies und des Leutnants z. S. a. D. Droege, daß sie diese Gefahren richtig erkannten. Gestützt auf die Erfahrungen der letzten zwölf Stunden waren sie instinktiv zu der Überzeugung gekommen, daß die hier Versammelten von nichts etwas zu erwarten hätten außer von ihrer eigenen Tatkraft; daß dieser aber unter den gegebenen Verhältnissen auch bei kleinen Anfängen weite Grenzen gesteckt sein könnten. Fast alles war auf dem Kasernenhof und der angrenzenden Reitbahn zu erregter Aussprache zusammengetreten, die schon Eingekleideten verschwanden unter

der Menge der Neuangekommenen, es mochten an tausend
Menschen versammelt sein. An diese wandten sich die Oben-
genannten in mehreren Ansprachen. Sie betonten, daß es sich
um die eigenste Angelegenheit eines jeden handle, daß der
Arbeit im Beruf die Ordnung des Staatswesens vorangehen
müsse, denn ohne diese sei die erstere sinnlos, und daß sie sich
selber kräftig genug fühlen sollten, diese ihre eigenen Angelegen-
heiten auch trotz mangelhaft arbeitender vorgesetzter Stellen zu
einer praktischen Durchführung zu bringen. Sie konnten sich in
diesem letzten Punkte auf gewisse Zusicherungen berufen, die am
Morgen seitens der Kommandantur gegeben worden waren und
auf eine zunächst achttägige Verpflichtung für eine zu errichtende
„Freiwillige Wachtabteilung Bahrenfeld“ lauteten. Als sich auch
hiergegen Gegengründe erhoben, ließ Droege kurzerhand in Linie
alle diejenigen antreten und abzählen, die bereit waren, unter
den bekanntgegebenen Bedingungen sich weiter an der gemeinsam
begonnenen Sache zu beteiligen. So schieden sich klar zwei
annähernd gleich große Teile voneinander, von denen der eine
die notwendigen Einteilungs- und sonstigen Vorarbeiten begann,
während der andere auch noch weiterhin die Mängel der Unter-
kunft, Verpflegung und Ausrüstung beredete, um sich schließlich
von einer ungastlichen Stätte und einem übereilten Unternehmen
abzuwenden und in seine Vaterstadt zurückzukehren, zu deren
Verteidigung er vierundzwanzig Stunden früher oder auch erst
am selben Morgen aufgebrochen war.

So hatte ein kläglicher Zusammenbruch gedroht, bis das ziel-
bewußte Auftreten weniger gezeigt hatte, daß Hingabe an die
Sache und Vertrauen zu sich selbst immer zu klärendem Erfolge
führen. Als gegen Nachmittag in Begleitung des Komman-
dantur-Soldatenrates Lamp'l in Bahrenfeld eintraf, konnte
ihm in der Reithalle eine straffe, selbstbewußte Truppe in mili-
tärischer Form gemeldet werden. Seine kurze Ansprache war
sachlich klärend aber menschlich unwirksam. Das vor ihm ange-
tretene Parterre von Offizieren war zu feinfühlig, um nicht zu
merken, daß seine Worte mehr der besorgten Beschwichtigung der
zu politischer Kontrolle mitgekommenen Soldatenräte als der
freimütigen Anerkennung der zu bedingungslosem Dienst ange-
tretenen Freiwilligen galten. Aber man resignierte nicht mehr,
sondern bei den nun im Stabsgebäude folgenden Verhandlungen
sah sich Lamp'l einem bereits ausgeprägten festen Willen gegen-
über, der durchsetzte, daß Major Fromm, ein erfahrener alter
Friedens- und Frontoffizier, zum Führer der Truppe gewählt
wurde, während der dazu ursprünglich ausersehene Soldatenrat

Kamerad Schädlich sich mit der Rolle eines mit Vetorecht
ausgestatteten Beauftragten der Kommandantur beim Stabe
begnügen mußte.

Die nächsten acht Tage brachten für die in der Kaserne
gebliebenen Zeitfreiwilligen regen Dienst. Neben einer Vervoll-
ständigung der Ausrüstung, der Instandsetzung von Gewehren
und Maschinengewehren, der Pflege des einfachsten Fußdienstes,
stand vor allem das regelmäßige Beziehen bestimmter Wachen
in erster Linie. Solche wurden in der Kaserne, dem Artillerie-
Depot, dem Munitionsdepot Eidelstedt, dem Altonaer Elektri-
zitätswerk in der Turnstraße, dem Altonaer Rathaus und der
an der Palmaille gelegenen Kommandantur errichtet. In der
Zwischenzeit wurden durch die Werbeorganisation „Zeitfrei“
nach Möglichkeit Dauerfreiwillige geworben, die als Berufs-
soldaten die Zeitfreiwilligen ablösen und ihnen die Rückkehr in
ihre Berufe ermöglichen sollten. Hierfür kamen vor allem die
aktiven Unteroffiziere der ehemaligen in Hamburg und Umge-
gend garnisonierenden Regimenter in Frage, die sich in größerer
Anzahl zur Verfügung stellten und nun den Kern der durch
auch sonst Angeworbene verstärkten, unter Major Fromm auf-
gestellten „Freiwilligen Wachtabteilung Bahrenfeld“ bildeten.
Die Zeitfreiwilligen wurden dieser nun in der Weise angegliedert,
daß zu jeder Kompagnie ein aus Zeitfreiwilligen bestehender
Alarmzug trat, der bei Gefahr von Bahrenfeld aus alarmiert
wurde. So bestand bei der 1. Kompagnie der Zug Bundies,
bei der 2. Kompagnie der Zug Kayser, bei der M. G. K. der
Zug Hellmann und als 4. die Artillerie-Abteilung Wip-
perling. Da zunächst die Zahl der Dauerfreiwilligen noch
nicht ausreichte, um einen regelmäßigen Wachtdienst durchzu-
führen, erklärten sich die Zeitfreiwilligen über die ersten acht
Tage hinaus zu nächtlichem Wachtdienst in sechstägigem
Turnus bereit, zu dessen Durchführung die Wachtkompagnien
Schütze und Schultze gebildet wurden.

Noch waren viele Schwierigkeiten zu überwinden. Die in der
Kaserne liegende Revolutionstruppe suchte zu hemmen, wo sie
konnte. Nur widerwillig wurden die Stuben geräumt. Frei-
willige, die sich melden wollten, wurden am Tor fortgeschickt:
„Es würde niemand mehr eingestellt“, oder „die Truppe sei schon
wieder aufgelöst“ usw. Für Kommandeur, Adjutant, Ordon-
nanz-Offizier, Zahlmeister, Schreiber waren zwei kleine Zimmer
da. Die zurückkommenden Wachen und Posten fanden ihr Essen
fortgeschüttet. Dreißig Reinmachefrauen schufteten Tag für Tag
und Berge von Schmutz und Unrat wurden aus Stuben, Fluren

und Treppen herausgeschafft. Hier und da wurden unter Gerümpel ein Maschinengewehr, Munition, Handgranaten, Gewehre u. a. gefunden.

Aber schließlich kam Ordnung in das Ganze, und als am 22. März die Zeitfreiwilligen in ihre Berufe zurückkehrten, stand das Gerippe der „Freiwilligen Wachtabteilung Bahrenfeld" da.

Ihre Tätigkeit bot die Grundlage für Angriffe, die die „Hamburger Volkszeitung" in ihren Nummern vom 14. bis 18. März gegen das in Bahrenfeld Geschehene richtete. Hierbei betonte sie geflissentlich die einseitige Zusammensetzung der Freiwilligen und die bei ihnen spontan zum Durchbruch gekommene altmilitärische Disziplin und zeichnete so den unwissenden Lesern das karikierte Bild einer putschlüsternen, müssiggängerischen Offizierskamarilla. So legte eine verantwortungslos im Hintergrunde sich haltende Journaille die Keime zu einer Giftsaat, die eines Tages blutig aufgehen sollte. Da die bürgerliche und mehrheitssozialistische Presse es mit einer wenig nachdrücklichen Abwehr bewenden ließ, blieb es der äußersten Linken fast unbeschränkt überlassen, die noch ungeklärte Zukunft zu deuten. So durfte sie in einem Aufsatze voller lose geknüpfter Gedankenspiele den Satz bringen: „Ich verkünde Euch den Diktator Lettow-Vorbek". Damals nahm niemand diese Worte ernst, aber einer ausgleichenden Gerechtigkeit sollte es überlassen sein, in wenigen Monaten die Schuld der Volkszeitung an ihrer eigenen Prophetie zu rächen.

So sollte der wahre Kern des Begonnenen noch lange Zeit für alle Außenstehenden etwas Unbegreiflich-Unfaßbares, für manche Augen Unheimliches haben. Denn einer öffentlichen Meinung, deren oberster Grundsatz die stille duldende Leidensfähigkeit und das schwächliche Sich-Abfinden mit der Außenwelt war, mußte es unverständlich bleiben, wie Menschen unter der Gewalt der Pflicht so sachlich werden konnten, daß politische und wirtschaftliche oder nennen wir sie bürgerliche Meinungen in ihnen verstummten, um einer höheren Gewalt der Herzen Platz zu machen. Denen aber, die daran Teil hatten, sollten jene ersten Tage ihres Werkes für immer unvergeßlich bleiben.



III.

Aufbau der Einwohnerwehr. — Die Osterunruhen in St. Pauli. — Erster Einsatz der Zeitfreiwilligen.

In den folgenden vier Wochen konnte die allgemeine Tätigkeit in ruhige Bahnen einlenken und das durch einen ersten Anlauf Umrissene ausgebaut werden. „Kast" eröffnete am 1. April eine Werbestelle im Bahrenfelder „Tannenhof" für die „Frewaba" (Freiwillige Wachtabteilung Bahrenfeld), die sich allmählich einen zuverlässigen Stamm von Dauerfreiwilligen heranbildete. Am 2. April fand ein Probealarm für die Zeitfreiwilligen statt, der befriedigend verlief, obwohl unter diesen noch allerhand Zu- und Abgang anhielt. Manch einer ging wieder, aber viele kamen auch frisch hinzu, als sie sahen, daß das neue Unternehmen sich einzulaufen begann und in seinen Persönlichkeiten und Maßnahmen Gewähr für überlegtes Handeln bot. Das Wesentliche war, daß in einem größeren wechselnden Kreise von Teilnehmern sich allenthalben feste Kerne bildeten, deren Stolz und Ehre sich mit dem wiederergriffenen Waffenhandwerk verband, um diesem mit Leib und Seele zugetan zu werden. So kamen sie alle sechs Tage abends zur gemeinsamen Wache nach Bahrenfeld heraus, die in den Artillerie-Lagerhäusern oder auf dem Eidelstedter Munitionsdepot bezogen wurde.

Auch die Bildung der Einwohnerwehr machte Fortschritte. Während am 17. März in Berlin offiziell eine Einwohnerwehr gegründet wurde, konnte auch in Hamburg am 22. März der etwas abgelegene Groß-Flottbek—Othmarscher Bezirk eine Mitgliederversammlung im dortigen Bertha-Lyzeum abhalten. Man wagte jetzt schon, durch das mit Bahrenfeld gegebene Beispiel angespornt, etwas freier aufzutreten. Die jüngeren Mitglieder

traten vielfach den Zeitfreiwilligen bei, die älteren Herren verabredeten gemeinsame Notsignale von Haus zu Haus und nahmen den Bestand der im Privatbesitz befindlichen Hieb- und Schußwaffen auf; hier und dort begann man nächtlicherweise Patrouille zu gehen und Alarmplätze zu bestimmen. Als in der ersten Aprilhälfte in Altona Plakate für die Räte-Republik angeklebt wurden, ging das erste Aufgebot der in Betracht kommenden Stadtteile eine Zeitlang Nacht für Nacht in kleinen Patrouillen unter allerlei Verkleidungen los und riß diese herunter. Die Bewohner der einzelnen Straßenzüge wurden zu Gruppen und diese zu Kompagnien und Bezirken zusammengefaßt. In einer Art von Konstituierender Versammlung wurden darauf der Führer und sein Stellvertreter gewählt. Jungmannen auf Rädern wurden als Ordonnanzen abgeteilt und ein regelmäßiger Befehlsempfang in die Wege geleitet. In einer Sitzung am 15. März war der Kommandanturbezirk Groß-Hamburg in acht Hauptgruppen eingeteilt worden: Altona, Sternschanze, Hauptbahnhof, Uhlenhorst, Winterhude, Wandsbek, Bergedorf, Harburg. Ebenso waren dort die Hauptgruppenleiter bestimmt worden, die Oberleitung behielt ihren Sitz in Kast. I und II. Letzteres stand jetzt unter Leutnant Bundies, so daß hier ein Zusammenarbeiten zwischen Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehr auf das Ersprießlichste gewährleistet war. Die Waffenfrage blieb noch ungelöst. So mußte man sich mit einer zivilen Interimsbewaffnung behelfen, die ihre Nahrung an allerlei Vorhandenem fand, wie Revolvern, Seitengewehren, Knüppeln, Schlagringen und dergleichen. Es war bekannt, daß Militärwaffen an und für sich genug in Hamburg vorhanden waren, aber die Kommandantur aus politischen Gründen sich weigerte, sie herauszugeben. So sehr manch einer auch diese langsame Entwicklung der Dinge bis zur ultima ratio regis im stillen Winkel seines Herzens begrüßen mochte, sie gab allen Maßnahmen etwas Unfertiges und Halbes und verhinderte den vollen Einsatz aller Kräfte. Eine belebende Einwirkung der Kommandantur fehlte. Sie führte nicht militärisch die Spitze, sondern deckte politisch die Flanke. Kriegskunst und Politik leben immer in gefährlicher Nachbarschaft, hier vergriff sich häufig politisches Denken an militärischen Maßnahmen. Dies bedeutet stets ein Spiel mit Menschenleben, und niemand empfindet dies stärker als der so Geführte selber. Der Soldat verlangt von seinem Vorgesetzten das klare Ja-ja, Nein-nein, das ihm der Politiker nicht zu geben vermag. Nur dann wird er bereit sein, für diesen sein Leben in die Schanze zu schlagen und wird in dem Bewußtsein sterben, es für die Wahrheit getan zu haben.

Die Hamburger Kommandantur weckte und forderte diese Disziplin nicht. Sie war mit politischer Ruhe zufrieden. Die kommunistische „Volkszeitung" durfte weiter hetzen und wüten, aber man versäumte es, aus ihrem Popanz eine Macht zu bilden, um so ihrem Angriff statt einem Schein ein Sein entgegenzusetzen und ihn ins Leere stoßen zu lassen. Viele gesunde und brauchbare Einzelkräfte fanden keine Zusammenfassung an der Spitze. Man schmiedete sich eine Waffe, aber man schliff sie nicht und als man sie zum Schlage ausholen wollte, erwies sie sich als stumpf.

Am 29. März erläuterte und rechtfertigte Lamp'l gegenüber einer Betriebsräteabordnung die von der Kommandantur eingeschlagenen Wege. Er führte hierbei aus, daß er die Bestrebungen der Einwohnerwehr unterstütze, da er vom Reichswehrminister Noske telegraphisch den Befehl erhalten habe, eine solche zu gründen. Von bürgerlicher Seite aus wären hierzu bereits ausgedehnte Vorarbeiten geschehen, wohingegen die Werbearbeit für die „Frewaba" bei den Parteien und den Gewerkschaften gänzlich mißglückt sei, bis auf fünf Mann, die sich aus Wandsbek gemeldet hätten. Ebenfalls in Verbindung mit Berlin wurde hierauf in der nächsten Zeit der Versuch gemacht, die Sicherheitswehr schlagfähiger zu gestalten. Ihre gesamte Leitung ging auf die Kommandantur über. Hierdurch wurde der Zustand ausgeschaltet, daß die Leitung des Sicherheitsdienstes teilweise aus Konkurrenzneid Maßnahmen der Kommandantur durchkreuzte und diese in ihrer Tätigkeit auf wichtigen Gebieten lahmlegte. Es wurden jetzt unter dem Namen einer „Volkswehr" vierzehn Abteilungen in der Regel zu vier Kompagnien gebildet und jeder Abteilung ein Stadt- oder Hafenteil zugewiesen. Diese Neueinteilung wurde dazu benutzt, um eine Anzahl unzuverlässiger und vorbestrafter Leute, sowie solche, die noch einen Nebenverdienst hatten, zu entfernen, wie diese überhaupt zum erstenmal den Abteilungsführern einen Überblick über den Dienst und das außerdienstliche Leben ihrer Leute gab. Gleichzeitig wurde das Rechnungswesen in Ordnung gebracht, während bei der Zentralkasse des Sicherheitsdienstes Unterschlagungen vorgekommen waren.

Während diese Maßnahmen in der Stille durchgeführt wurden, ohne allzuviel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu finden, blieb die allgemeine Lage auch noch in der ersten Aprilhälfte kritisch genug. Neue Unruhen erschütterten die eben wieder in Deutschland hergestellte Ordnung. In München wurde die Räterepublik ausgerufen und gegen sie eine umfassende Exekution

vom Reiche eingeleitet. Im Ruhrbergbau war ein allgemeiner Streik ausgebrochen, zu dem Kämpfe in Düsseldorf eine blutige Folie gaben. Diese Ereignisse sollten ihre Schatten auch nach Hamburg hinüberwerfen. Ein Teil der Arbeiterschaft begrüßte unverhohlen in Telegrammen die neue Republik des Südens. Aber tiefer als in diesen herkömmlichen Mitteln einer geschickten politischen Regie sollten die neuen revolutionären Vorgänge sich für jeden einzelnen in einer empfindlichen Lahmlegung des Verkehrs infolge Kohlenmangels bemerkbar machen. Die Straßenbahnen hörten auf zu fahren und die Vorortsbahn beschränkte ihren Betrieb auf wenige Stunden. Das Aufhören der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung schien nur noch eine Frage kurzer Zeit zu sein. So war der Boden für eine neue nervöse Erregung der gesamten Bevölkerung bereitet, und insbesondere der hochgesteigerte Fußgängerverkehr bildete eine verlockende Möglichkeit zu Diskutierklubs, Ansammlungen, Diebstählen und Plünderungen.

Der Anfang ging von den Erwerbslosen aus. Diese sprengten am 15. April eine im Universitätsgebäude stattfindende Sitzung des Arbeiterrates und bewegten sich dann in einem größeren Demonstrationszug über den Jungfernstieg zum Rathausmarkt hin. Hierbei kam es zu Ausschreitungen und Plünderungen in den bekannten größeren Lokalen, wie Jalant, Alsterpavillon usw. Die Sicherheitswehr griff ungenügend und zu spät ein. Am nächsten Tage wiederholte sich die Demonstration vor dem Rathause, diesmal hatte man aber genügende Sicherheitsmaßnahmen treffen können, und es verlief alles in Ruhe. Aber wie immer bei solchen Gelegenheiten eine vorhandene wirtschaftliche Notlage von unlauteren Elementen sofort ausgenutzt wird zu gemeinem Diebstahl und Plünderung, wenn nicht eine starke Polizeigewalt sich die Herrschaft über die Straße mit drakonischen Mitteln zu sichern weiß, so war es auch hier. Die stattgefundene Demonstration war für allerhand Janhagel eine willkommene Deckung gewesen, sein eigenstes Handwerk auszuüben, von dem er nun, auf den Geschmack gekommen, nicht mehr so leicht ablassen sollte. Am Abend des 16. plünderte eine aus etwa achtzig Köpfen bestehende Bande die am Anfang der Flottbeker Chaussee gelegenen Villen Nr. 54 und 56. Seinen Schlupfwinkel hatte dies Gesindel auf St. Pauli, wo besonders die vielbegangene, von zahlreichen lärmenden Vergnügungsstätten eingesäumte Straßenpassage am Nobistor und das von dort an der Hamburg-Altonaer Grenze sich zum Hafen hinunterziehende übelbeleumdete Gassengewirr sein Aufenthaltsort waren. Weiter

aufwärts war die sogenannte Davidswache, die am Spielbudenplatz gelegene Polizeiwache 13, ein stetes Ziel von Aufläufen, während die zwischen dieser und dem Nobistor auf der anderen Seite der Reeperbahn belegene Thalstraße damals vollkommen von fliegenden Händlern verstopft war, die Diebesgut und sonstige Ware ungestört in der dichtgedrängten Menge feilhielten. In der Nacht vom Karfreitag auf Ostersonnabend, den 19. April, fand hier in der Gegend der Silbersack- und Thalstraße ein lebhaftes Feuergefecht zwischen Volkswehr und Gesindel statt. Am Ostersonnabend verstärkten sich die Unruhen; das Gesindel setzte sich wie ein Pfropfen in den engen Hals der Reeperbahn am Nobistor und begann den hier infolge der bevorstehenden Feiertage und der nicht verkehrenden Straßenbahnen besonders lebhaft zwischen Altona und Hamburg flutenden Verkehr zu belästigen und zu stören. Passanten wurden ihrer Wertsachen beraubt, einzeln gehende Soldaten und Sicherheitsleute entwaffnet, Kraftwagen der Kommandantur angehalten und untersucht. Gegen 12 Uhr wurden einem Zahlmeister die Löhnungsgelder für einzelne Volkswehrabteilungen geraubt. Am Abend sammelten sich etwa 1000 Personen auf dem Heiligengeistfeld, die zum Sturm auf verschiedene Polizeiwachen übergingen. Sie konnten am Spielbudenplatz abgewiesen werden, wohingegen Wache 10 in der Peterstraße geräumt werden mußte und Wache 14 in der Eimsbüttelerstraße entwaffnet wurde. Die hierbei beobachtete Planmäßigkeit des Vorgehens der Plünderer ließ auf eine gewisse Organisation schließen. Am Ostermontag verstärkten sich die Unruhen. Die Plünderungen von Passanten mehrten sich. In der Thalstraße wurde eine starke Patrouille der Sicherheitswehr entwaffnet, aus dem Hüttengefängnis konnten 30 Personen befreit werden. Gegen Mittag begannen Kraftwagen am Nobistor die auf den gestürmten Wachen geplünderten Waffen zu verteilen, und Trupps von 250 bis 300 Bewaffneten fingen daraufhin an, die umliegenden Straßen zu durchziehen. Aus Plünderungen Einzelner drohte eine bewaffnete und organisierte Bewegung einer größeren Masse zu werden. Die Volkswehr hatte sich als unfähig und ungeeignet erwiesen, dieselbe niederzuhalten. Daran mochte neben einem wenig ausgeprägten Willen zum Durchgreifen vor allem ihre mangelnde Alarmbereitschaft Schuld tragen. Die Volkswehrangehörigen waren nicht kaserniert und fanden sich nur zum Dienst, der nach dem Prinzip des Achtstundentages nicht allzu reichlich bemessen war, auf ihren Wachen ein. So mußte es im Augenblick eines plötzlichen Krawalls an genügend starken

und beweglichen Reserven fehlen und die revolutionäre Menge konnte bequem Stadtteil für Stadtteil, Wache für Wache überrumpeln, während zwei Drittel der vorhandenen Mannschaften in ihren Bürgerquartieren weit zerstreut in Ruhe lagen und für einen Einsatz nicht mehr in Frage kamen. So waren 8000 Mann infolge eines lasch gehandhabten Dienstes und des Fehlens wesentlicher militärischer Voraussetzungen nahezu nutzlos, denn gegenüber den schwankenden und jäh bestimmbaren Regungen der Masse der Großstädte ist das „toujours en vedette“ von ausschlaggebender Bedeutung. Hier mangelte es an einem solchen, und da es nicht gelungen war, einer noch kleinen Bewegung in ihren bescheidenen Anfängen mit ebensolchen Mitteln Herr zu werden, mußte die Kommandantur jetzt einem mächtig gewordenen Feinde gegenüber mit äußerstem Nachdruck entgegentreten. Sie sah sich abermals genötigt, auf die bürgerlichen Kräfte als ihre einzige zuverlässige Stütze zurückzugreifen. Am 21. April wurden die Zeitfreiwilligen alarmiert, am 23. April die Einwohnerwehr aufgeboten und gleichzeitig der Belagerungszustand verhängt gegen die „schamlose Unverfrorenheit organisierter Verbrecherbanden“. Am 24. lief die Eiserne Torpedoflottille im Hafen ein. Die Polizeistunde wurde auf 8 Uhr festgesetzt, zwischen 9 und 6 Uhr war jeder Verkehr auf den Straßen verboten, ebenso jede Ansammlung bei Tage. Plünderern wurde das Standrecht angedroht. Dieses energische Auftreten verfehlte seinen Zweck nicht. Mit Bekanntgabe dieser Nachrichten erhielten die Straßen ihr gewohntes Bild zurück. Die Aufrührer verkrochen sich in ihre Schlupfwinkel. Sie mußten in diesen selbst unschädlich gemacht werden, sollte einer Wiederkehr ihrer Ausschreitungen vorgebeugt sein. So wurde von der Kommandantur eine umfassende Aktion gegen den Stadtteil St. Pauli unternommen.

In der Nacht auf den 24. April rückten hierzu die Dauer- und Zeitfreiwilligen aus Bahrenfeld aus. Sie wurden in einem Extrazug der Vorortsbahn bis zum Altonaer Hauptbahnhof gefahren und traten von diesem im ersten Morgengrauen des 24. den Vormarsch gegen St. Pauli an. Hier wurden nach vorher festgelegtem Plane sämtliche zur Reeperbahn führenden Straßenkreuzungen besetzt und von der Altonaer Seite aus durch Drahtverhaue vollständig gesperrt, während an der minder ausgesetzten Hamburger Seite ein gleiches durch die Volkswehr geschah. So wurde im Zentrum der eben stattgefundenen Unruhen jeder Verkehr noch vor seinem Beginn unterbunden. Insbesondere die Reeperbahn wurde in ihrer ganzen Ausdehnung

frei; der sie kreuzende starke Werftarbeiterverkehr mußte nicht ohne Schwierigkeiten um ihre Endpunkte herumgeleitet werden. In diesem so von der übrigen Stadt völlig abgesperrten Viertel begannen nun Haussuchungen, die sich zunächst mit den der Polizei bekannten Kellern, Kaschemmen, Pennen und Bordellen befaßten, dann aber zu einer systematischen Suche von Haus zu Haus vorschritten. So wurde in zweitägiger Arbeit das ganze in Betracht kommende Viertel zum erstenmal seit langer Zeit gründlich überholt und gesäubert. Die Ergebnisse entsprachen der aufgewandten Mühe. Neben allerhand Waffen und Diebesgut, das wieder zutage gebracht wurde, wurde mancher lange gesuchte Verbrecher festgenommen und die Rädelsführer der letzten Unruhen ergriffen. Es handelte sich hier zumeist um entlassene Sicherheitsleute, die „Hausgelegenheit“ kannten und nun ihr Mütchen kühlen wollten, wobei allerhand unreife politische Gedanken in ihren Köpfen spukten.

Für die Zeitfreiwilligen brachten diese Tage anstrengenden Dienst. Die zahlreichen Drahtverhaue, in die schmale Durchlässe für den Fußgängerverkehr der Anwohner gelassen waren, beanspruchten einen ausgedehnten Postendienst. Dazu traten Patrouillen in den abgesperrten Straßen und Kommandos zu Haussuchungen, die aus zwei bis drei Freiwilligen unter Führung eines Polizeibeamten stattfanden und ein mühsames Treppauf-, Treppab-Laufen mit sich brachten. Das Zusammenarbeiten mit der Polizei gestaltete sich auf das beste, und es griff bald ein Zustand kameradschaftlicher gegenseitiger Achtung Platz, der den gemeinsamen Dienst zu einer erfreulichen Erinnerung gestaltet hat. Später berichteten gewiegte Kriminalpolizisten, sie hätten noch nie mit so tüchtigen Soldaten gearbeitet, es müßten alles Offiziere gewesen sein. Im Volke aber erzählte man sich, die Volkswehr habe bei den Stacheldrahtumzäunungen gestanden und „in den Dreck gespuckt“, während junge schneidige Feldgraue den unsympathischen Dienst der Haussuchungen machten.

Mit der Volkswehr fand nur eine geringe Berührung statt, da ihr andere Straßenzüge zugewiesen waren. Hier vermochten einzelne Abteilungen durch ihr beherrschtes und ruhiges Auftreten größere Sympathien zu erwerben, ihr Bild als Ganzes war zu ungleichmäßig, um einen vorwiegend günstigen Eindruck zu hinterlassen. Auch fehlte es nicht an Reibereien. So versuchte eines Tages der bekannte „Volkswehrkönig“ Setter nach einer für seine Verhältnisse liebenswürdigen Unterhaltung mit Major Fromm die Volkswehr zum Kampf gegen die Bahrenfelder zu animieren, was auch fast gelungen wäre.

Für die Zeitfreiwilligen war der anstrengende gemeinsame Dienst eine gute Schule, er schweißte die vorhandenen Kerne noch fester zusammen. Hier und dort gab es junge Heißsporne, die ein gewisses „naßforsches" Wesen der Bevölkerung gegenüber zur Schau trugen und diese unnötig vor den Kopf stießen. Sie hätten lieber eine ungeregelte Schießerei als den geregelten Gang ihres Dienstes gesehen. Aber sie waren in verschwindender Minderzahl. Der weit überwiegende Teil der Zeitfreiwilligen dachte ernster und verantwortungsvoller von seiner Aufgabe. Fast alle hatten bisher in ihrem Leben kaum Gelegenheit gehabt, sich in diesem Maße einen Einblick in die Armut und Verkommenheit einer Großstadt zu verschaffen, als es hier geschah. Diese Erlebnisse weckten und schärften das soziale Bewußtsein und vertieften das von Anbeginn an unter den Zeitfreiwilligen stark vorhandene Gefühl einer von allen Parteibindungen freien Verpflichtung dem Volke gegenüber, dessen Willen sie hier in trauriger Arbeit zu vollstrecken hatten.

Einen bezeichnenden Ausdruck fand dieser Geist in einem in jenen Tagen entstandenen Gedicht des Zeitfreiwilligen Erich Wandschneider:

Die „Noskiden".

Sie meinten, wir gierten nach Mord und Blut,
Umkrampften voll Lust den Schaft;
Und flöss' es in Strömen, erst dann wär uns gut,
Der neuen Raubritterschaft.

So hetzen sie laut, so schüren sie leis
Die Glut gemeiner Triebe,
Und keiner dem Brande zu wehren weiß
Als wir, die „Mörder und Diebe".

Wir wollen nicht Blut und wollen nicht Tod,
Sondern blühendes, lachendes Leben!
Zum Kampf gegen den, der das Leben bedroht,
Sind uns die Waffen gegeben!

Wir wollen heilige Kämpfer sein
Im Dienste der höchsten Liebe,
Daß Mutter, Weib und Kind daheim
Vor Schmach bewahret bliebe.

Wir grüßen dich, du Sonnenball,
Du göttlich flammend Licht!
Wir wissen und wir glauben's all:
Ja, du verläßt uns nicht!

Die Unterbringung fand einfach und gedrängt in verschiedenen von der Kommandantur gemieteten größeren Lokalen statt, zuerst in der vor dem Nobistor belegenen „Blauen Maus", dem sogenannten „Altonaer Trichter", später in den „Wilhelmshallen". Die Verpflegung war auskömmlich und gut. An Löhnung wurden für den Tag fünf Mark bezahlt. Die Zahl der auf St. Pauli befindlichen Zeitfreiwilligen mochte 300 betragen, zu denen etwa die gleiche Zahl von Dauerfreiwilligen trat. Im ganzen waren 2400 Mann zusammengezogen worden, die unter dem Kommando von Major Fromm standen, der mit seinem Stabe in Hüttmanns Hotel Quartier genommen hatte. Am 25. konnte bereits der Belagerungszustand gemildert werden, insbesondere den Werftarbeitern, die die Abneigung eines jeden Hamburgers gegen straffes militärisches Auftreten deutlich zur Schau trugen, ein Durchgang durch die Tauben- und Sophienstraße geöffnet werden. In der Nacht auf den 26. wurde sodann von einem starken Aufgebot von Volkswehr und Zeitfreiwilligen das zwischen Holstenwall, Kaiser Wilhelmstraße und Steinweg sich erstreckende Gängeviertel nach dem Vorbild von St. Pauli abgesperrt und in den frühen Morgenstunden überholt. Diesmal begleitete ein größeres Kommando von etwa sechzig Kriminalbeamten die Aktion, die Lamp'l persönlich leitete. Lamp'l hatte etwas gewollt Ungepflegtes und Unmilitärisches in seinem Auftreten. Ein dicker wollener Halsshawl machte im Verein mit einem üppig stehenden Bart sein Gesicht fast unkenntlich, während ein Mannschaftsmantel und eine Einheitsmütze ihn in nichts von einem gewöhnlichen Volkswehrmann unterschieden. Die leise belegte Stimme, das ständig nervös zuckende Auge sowie die ihm gegenüber gebrauchte Anrede „Genosse" und „Kamerad" im Verein mit dem häufig damit verbundenen „Du" mußten ihm vieles der von ihm vertretenen Würde des Befehlshabers einer ansehnlichen Truppenmacht nehmen und ihn in den Augen eines disziplinierten Soldaten merkwürdig erscheinen lassen.

Am 28. wurde eine erneute Absperrung der Neustadt durchgeführt, gleichzeitig am Nachmittag eine Razzia gegen das Gewerkschaftshaus unternommen. Hier hatte sich auf dem Besenbinderhof die aus der Thalstraße vertriebene Händlerbörse erneut aufgetan, recht zum Hohn vor den Fenstern der hamburgischen Sozialdemokratie. Es gelang in geschicktem Aufmarsch, die Anwesenden völlig zu überrumpeln und eine Anzahl von ihnen der wohlverdienten Festnahme zuzuführen. Am 29. April konnte der Belagerungszustand aufgehoben und im Hinblick auf den

1. Mai die abgesperrten Viertel wieder aufgelassen werden. Das Ziel einer gründlichen Säuberung war erreicht worden. Über den 1. Mai wurden die Zeitfreiwilligen noch unter den Waffen gehalten, ohne daß sich ein Grund zum Einschreiten ergeben hätte, am 2. Mai erfolgte ihre Entlassung, nachdem noch ein Abschiedsmahl in den großen Räumen des Artilleriedepots nach altem soldatischen Brauch mit saurem Hering und Freibier sie zu fröhlichen Stunden in Bahrenfeld vereint hatte.

Hier hatte inzwischen Hauptmann Senftleben in rühriger Arbeit etwa 250 Zeitfreiwillige gesammelt, die nach und nach aus dem ersten Aufgebot der Einwohnerwehr herausgezogen worden waren und nunmehr an Stelle der nach St. Pauli ausgerückten Stammtruppe den notwendigen Wachtdienst versahen. Allmählich bildete sich überhaupt Bahrenfeld stärker zu einem Mittelpunkt für die jüngeren Mitglieder der Einwohnerwehr heraus. Einzelne Gruppen des ersten Aufgebots trafen verschiedene Einrichtungen, um ihren Opfersinn für die Allgemeinheit zu beweisen. So gingen z. B. die Kriegsprimaner des Gymnasiums jeden Sonntag in die Kaserne zur Ausbildung, wofür ihnen am Montag vom Schuldirektor im Unterricht Erleichterungen verschafft wurden. Aus diesen und anderen gleichgerichteten Anfängen entwickelte sich allmählich von Ostern ab eine regelmäßige Ausbildung Jüngerer, an der Schulentlassene und einzelne aus den oberen Klassen der höheren Schulen sich beteiligten. Diese jungen und unerfahrenen Krümper wurden zu keiner Zeit aus Bahrenfeld herausgezogen, sie bildeten aber dort eine zuverlässige Wachtmannschaft und konnten durch ihre Existenz als eine Art Hilfsdienst im Sinne der englischen boy-scouts wertvolle sonst festgehaltene Kräfte zu ausgedehnterer Verwendung freimachen. Ebenso waren der Altonaer und Hamburger Hauptbahnhof sowie der Hannöversche Bahnhof und die Elbbrücken von je etwa 100 Mann starken Abteilungen des ersten Aufgebots besetzt worden. Die Angehörigen derselben waren ordnungsgemäß bewaffnet worden und trugen als Kennzeichen eine weiße Binde mit schmalem roten Streifen und dem Hamburger Wappen. Für diesen Wachtdienst wurden pro Mann und Tag fünf Mark ausgezahlt sowie 300 Gramm Brot und Aufstrich ausgegeben. In der brotknappen Zeit war dies für manchen eine willkommene Sonderzulage, wie auch die fünf Mark häufig in Lebensmittel umgesetzt wurden, z. B. in Eier, die damals zum erstenmal wieder für 1,25 Mark das Stück im freien Handel käuflich waren. Manche kaufmännischen Chefs oder Behörden ließen sich auf Ansuchen herbei, ihren Angestellten,

die sich am Wachtdienst beteiligten, am anderen Morgen freizugeben. Sehr tätig waren in dieser Hinsicht besonders die Vereinsbank und das Altonaische Unterstützungs-Institut; diese beiden Banken stellten sogar vorübergehend wieder junge Mädchen ein, damit die männlichen Angestellten nach Bahrenfeld gehen konnten. Nicht nur junge Leute, sondern auch ältere, z. B. Zollbeamte, taten so ihren Dienst.



IV.

Offizieller Aufruf der Einwohnerwehr. — Zunehmende Demoralisierung der Volkswehr. — Mängel der militärischen Vorkehrungen.

Es war nur die selbstverständliche Feststellung einer schon bestehenden Einrichtung, wenn die Kommandantur nunmehr aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustrat, mit der Verkündigung des Belagerungszustandes auch die Einwohnerwehr aufrief und sich so zu ihr bekannte und sie zu einer eigenen Angelegenheit machte. Es war gleichzeitig für sie ein Gebot der Klugheit, diese neuentstandene Macht in ihren Dienst zu stellen und dafür zu sorgen, daß Bürgerwehr und Volkswehr Seite an Seite in gleichem Zuge ihrer Lenkung gehorchten. Am 3. Mai fand auf Einladung der Kommandantur die hierfür entscheidende Sitzung statt. An ihr nahmen die Leiter der alten Einwohnerschutzwehr, die Führer der Volkswehrabteilungen, die Vertreter der sozialdemokratischen Mehrheitspartei und der Gewerkschaften teil, um gemeinsam mit der Kommandantur den Ausbau der neuen Einwohnerwehr zu besprechen. Das Ergebnis der Verhandlungen war folgendes: Bei der Kommandantur wurde eine besondere Abteilung „Einwohnerwehr" eingerichtet. Diese sollte die weitere Organisation übernehmen zusammen mit einem von der Versammlung einstimmig gewählten Ausschuß, der aus Vertretern der verschiedenen zur Besprechung gekommenen Parteien gebildet wurde. Groß-Hamburg wurde entsprechend den fünfzehn zur Zeit bestehenden Bezirken der Volkswehr in die gleiche Zahl von Einwohnerwehr-Bezirken geteilt. Jeder Bezirk erhielt eine Meldestelle mit einer Werbekommission, die aus

einem Gewerkschaftsvertreter, einem Vertreter der Einwohnerwehr und dem Führer der betreffenden Volkswehrabteilung bestand. Aufgabe dieser Kommission war die Prüfung aller sich Meldenden auf ihre politische Zuverlässigkeit.

Dieser umständlich festgelegte Apparat, der die deutlichen Kennzeichen eines Kompromisses zwischen zwei sich nicht voll vertrauenden politischen Richtungen trug, war für die alte Einwohnerwehr in der Praxis nicht so belangreich, als es auf dem Papier erscheinen mochte. Das Bewußtsein, nunmehr auch von den maßgebenden örtlichen Stellen anerkannt zu werden, die bei den Deutschen so wesentliche Voraussetzung einer umfassenden behördlichen Regelung, wie sie sich numehr in einem anschwellenden Schreibwerk von Aufrufen, Ausweisen, Verpflichtungsscheinen und Lebensversicherungspolicen auszudrücken begann, erschien fast allen, besonders den älteren Mitgliedern, als ein bedeutender Fortschritt, gegenüber dem man die gleichzeitig erfolgende Aufgabe der eigenen Selbstverwaltung als gering anzuschlagen geneigt war. Dazu gesellte sich, daß in den meisten Bezirken der sozialistische Zustrom ein nur sehr geringer war und bei den für diese so wichtigen Führerwahlen beinahe überall die bürgerlichen Vorschläge durchgingen. Die Einwohnerwehr blieb in ihren Bezirken eine bürgerliche Einrichtung, ohne es nötig zu haben, sich gegen eine sozialistische Invasion ernsthaft zur Wehr zu setzen.

Trotzdem hatte aber die getroffene Neuregelung auch ihre ernsthafte Kehrseite. Sie lag vor allem in der engen Verbindung mit der Volkswehr begründet. Nur in den Außenbezirken, in denen diese keine Abteilungen hatte, machte sich dies nicht geltend. Hier schritt die Werbearbeit, die sich jetzt auch der öffentlichen Vorträge mit Eifer bediente, gut vorwärts. Am 1. Mai konnte Altona-Süd 485, Groß-Flottbek—Othmarschen 750 und Bahrenfeld 226 Mitglieder melden. Hier ließ sich jetzt auch an eine Verteilung von Gewehren denken, die nach mancherlei Zögern auch Mitte Juni angeliefert wurden. In den übrigen Stadtteilen war hieran nicht zu denken. Dort befanden sich die Waffen der Einwohnerwehr unter dem Verschluß der Volkswehrabteilungen, und das war nahezu damit gleichbedeutend, daß sie im Ernstfalle in die Hände des Pöbels fallen und gegen ihre rechtmäßigen Besitzer sich richten würden. Die Waffen konnten nur an diejenigen Abteilungen herausgegeben werden, die mit der Volkswehr gut standen, denn sonst bestand nach dem eigenen Urteil der Kommandantur die Gefahr, daß diese sie ihnen wieder abnahm. Bedenken wir dazu, daß die Einwohnerwehr noch

überall im Aufbau und nunmehr ihrer alten Leitung beraubt war, für die die schwerfällige Kommandanturkommission keinen Ersatz bot, so verstehen wir, daß sie, mit Ausnahme einiger unter günstigen Umständen arbeitender Bezirke, noch keine Möglichkeit zu einem ernsthaften Einsatz bot und die über sie hereingebrochene Zeit der Umwandlung und Verstärkung ihre Kräfte so für innere Aufgaben in Anspruch nahm, daß für andere kaum Platz blieb.

In demselben Zeitraum trat eine weitere erhebliche Verschlechterung in der Verfassung der Volkswehr ein. Der bevorstehende Abschluß des Friedens von Versailles mit seinen drückenden Bedingungen über die Deutschland erlaubte Höchstzahl an unter Waffen stehenden Personen machten dem Reichswehrminister die Siebung und Verkleinerung der zahlreichen bestehenden buntscheckigen Verbände und ihre Zusammenfassung zu der vertragsmäßig festgelegten Form der Reichswehr zu einer notwendigen Aufgabe. Eine so verminderte Wehrmacht, die über zahlreiche vorzüglich bewährte Freikorps verfügte, konnte unter den neuen Umständen ein truppenähnliches Gebilde, wie die Hamburger Volkswehr es war, das man bisher noch stillschweigend mit durchgeschleppt hatte, nicht mehr in ihren Reihen dulden. Ein überlebtes und in sich verfallendes Reststück einer überwundenen revolutionären Epoche mußte dem stehenden Heere einer neu entstandenen Staatsmacht weichen. In diesem Sinne lauteten die Anweisungen, die Noske an die Hamburger Kommandantur erließ und durch einen persönlichen Besuch in Hamburg an Ort und Stelle vertrat. Die Kommandantur glaubte aus eigener Kraft dieser Aufgabe nicht gewachsen zu sein und ging nur zögernd auf die Bedingungen der neuen Lage ein. Schließlich einigte man sich beiderseits auf einen Abbau der Volkswehr auf 5000 Mann, indem man einem von Lamp'l ausgearbeiteten Vorschlag folgte. Am 1. Juni kündigte daraufhin dieser die gesamte Volkswehr auf den 1. August mit der Zusicherung, daß 5000 ihrer Leute in neue Formationen übernommen werden sollten. Die Verhandlungen hierüber führten zunächst zu keinem Ergebnis, da die Kommandantur für die neue Volkswehr besondere, den Hamburger Verhältnissen angepaßte Bedingungen fordern zu müssen glaubte, während andererseits das Reichswehrministerium sich wenig geneigt zeigte, seine für das neue Reichsheer aufgestellten Grundsätze an einem Punkte durchbrechen zu lassen. Infolge dieses Aktenstreites zweier Behörden blieb zunächst die Zukunft der Volkswehr und der hamburgischen Sicherheitsverhältnisse völlig im Dunkeln. Das Aussprechen der Kündigung war damit gleichbedeutend gewesen, daß

man der Volkswehr ihren letzten Halt nahm. Wenn ihre Mannschaften noch weiter Dienst taten, so geschah es mit Rücksicht auf die zu erwartende Treuprämie und den zustehenden Lebensunterhalt, eine ernsthafte Dienstleistung unter Einsatz des Lebens durfte man von ihren Mannschaften, deren Trachten und Denken jetzt aus dem bequemen Dasein eines revolutionären Stadtsoldaten aufgerüttelt und auf die Sorgen und Pflichten eines wieder zu ergreifenden Berufslebens gerichtet war, mit Fug und Recht nicht erwarten. Mit Ausnahme einzelner Einheiten begann in der Volkswehr ein innerer Auflösungsprozeß, der durch eine in ihr rührig betriebene Agitation der Linken, die hier einen günstigen Nährboden fand, stark gefördert wurde. Wie verrottet die Zustände geworden waren, beleuchteten auf das grellste die Mitte Juni in der Presse bekanntwerdenden Zustände im Hamburger Freihafen. Es stellte sich hier heraus, daß der Diebstahl an Lebensmitteln die Form von wahrhaften Raubzügen annahm und daß ein Teil der Hafenarbeiterschaft und die Volkswehr, wenn nicht unter einer Decke steckten, so doch in keiner Weise dagegen auftraten. Wenn wir bedenken, daß die ankommenden Lebensmittel fast ausschließlich Staatseigentum waren, die zur Verteilung auf Marken an die minderbemittelte Bevölkerung bestimmt waren, und daß die zur Stärkung der unterernährten Säuglinge und ihrer Mütter dringend benötigte kondensierte Milch mit am häufigsten verschwand, so können diese Vorgänge nur eine scharfe Verurteilung finden. Bezeichnend sind zur damaligen Lage freilich die Worte eines Aufrufes der Volkswehr-Abteilung im Freihafen: „Die Volkswehrmannschaften wollen nicht beschönigen, daß es auch in ihren Reihen Mannschaften gibt, die sich Unredlichkeiten zuschulden kommen lassen. Aber ein gleiches trifft auch die dort Arbeitenden. Die Volkswehrmannschaften sind den Mißständen gegenüber machtlos, als Truppe des organisierten Proletariats sind sie nicht gewillt, Arbeiterblut fließen zu lassen." Und in einem anderen Aufruf der Volkswehr heißt es: „Für das Vergehen eines Teils der Kameraden kann aber doch nicht die Allgemeinheit verantwortlich gemacht werden. Wir sind erstaunt über die Angriffe der Arbeiterschaft, wir sind doch Fleisch von eurem Fleisch." Die Vorgänge am Hafen hatten eine große Erregung in einer immer noch darbenden und teilweise hungernden Bevölkerung ausgelöst. Ihre Folgen fielen weniger auf die handelnden Organe als auf die hinter ihnen stehenden Behörden zurück. Das Vertrauen zum Staat, daß er imstande sei, die von ihm übernommene Lebensmittelversorgung gerecht und sicher durch-

zuführen, schon oft bezweifelt und umkämpft, erhielt hier einen neuen entscheidenden Stoß. So bereitete sich aus dem Versagen einzelner Staatsorgane der Nährboden für die nunmehr bald aus kleinem Anlasse einsetzenden Lebensmittelunruhen vor. Nur auf einem so vorbereiteten Boden waren sie überhaupt denkbar.

Erst nach den Juni-Unruhen wurde der Volkswehr ziemlich langfristig gekündigt unter gleichzeitiger Enthebung vom Dienst. Tatsächlich abgewickelt wurde sie erst nach dem Kapp-Putsch. Noch während desselben wurde ein größerer Teil von ihr unter Oberst Main in die Sipo übernommen. Noske wurde bei seinen Verhandlungen im Rathaus infolge Versagens der Volkswehrwache im Rathaus beinahe durch die demonstrierende Menge gelyncht. Dem wüsten Geschimpfe der „Volkswehrkönige" auf die Offiziere trat während dieser Verhandlungen allein ein als Vertreter des Regiments Nr. 76 erschienener kriegsverstümmelter Landsturmmann entgegen, während die gleichfalls anwesenden Senatoren Petersen und Stolten sowie Lamp'l sich ausschwiegen.

Die Kommandantur war zu durchgreifenden Maßnahmen nicht in der Lage. Die Verkoppelung der Einwohnerwehr mit der Volkswehr hatte ihr die freie Verfügung über eine sonst noch ausbaufähige und zuverlässige Waffe genommen. Dazu hätte freilich gehört, daß sie sich entschieden auf die bürgerliche Seite gestützt hätte, und das war ihrer Zusammensetzung nach kaum möglich. In einer längeren Aufklärungsschrift berichtete sie über sich selbst: „Die Kommandantur Groß-Hamburg" ist „die einzige Behörde der deutschen Republik, die zu vier Fünfteln in ihren verantwortlichen Stellen mit Sozialdemokraten und bei der zwei Drittel der Offiziersstellen durch mehrheitssozialistische Nichtoffiziere besetzt sind. Da der engere Stab außerdem durch acht Soldatenräte kontrolliert wird (abgesehen von rund 600 Soldatenräten bei den Truppen, Lazaretten, Behörden und Volkswehrkompagnien von Groß-Hamburg), so ist die Gewähr gegeben, daß die Einwohnerwehr Groß-Hamburgs nicht zu gegenrevolutionären Zwecken mißbraucht wird." Zur Durchführung entscheidender Maßnahmen fehlte der Kommandantur die Macht, sie mußte sich auf eine unsichere und lange Zeit in Anspruch nehmende politische und moralische Beeinflussung beschränken. Zu Beginn des Juni fanden zwischen der Kommandantur und den maßgebenden Mitgliedern des Senats Verhandlungen über eine etwaige Unterstützung durch Reichswehrtruppen statt. Eine solche wäre nach früheren Besprechungen in Berlin möglich gewesen, doch glaubte Lamp'l bis zum Eintreffen von Reichswehrtruppen mit seinen Kräften die Lage halten zu können. So unterblieben weitere Maßnahmen.

Die Lage der Freiwilligen Wachtabteilung Bahrenfeld war gleichfalls eine ungünstige geworden. Sie war zu Ostern als Jäger-Bataillon in die Reichswehr aufgenommen worden und wurde am 10. Juni der Reichswehrbrigade 9 in Schwerin, damals unter dem Befehl des Oberst Mathias, unterstellt. Ihre Mannschaften mußten sich nunmehr, entsprechend den Bedingungen des Friedensvertrages, auf einen zwölfjährigen Dienst verpflichten. Da viele der Dauerfreiwilligen glaubten, eine solche Bedingung nicht eingehen zu können, traten sie Anfang Juni wieder aus und die Abteilung schmolz in ihrem Bestande bedenklich zusammen. Der häufige Wechsel in den Mannschaften ließ sie nicht recht zur Ruhe kommen und lockerte ihr inneres Gefüge.

Auch bei den Zeitfreiwilligen war ein gewisser Rückgang unverkennbar. Hier galt es, genau so wie bei der Einwohnerwehr, fortgesetzt eine anscheinend unausrottbare Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Angelegenheiten zu bekämpfen. Sie hatte zur Folge, daß einzelne fernblieben, andere sich entschuldigen ließen. Eine eigentliche straffe Dienstauffassung war nur in bestimmten kleinen Gruppen zu Hause, um die sich als Kern ein häufigerem Wechsel unterworfener Ring von Teilnehmern legte. Am 28./29. Mai, am 6. Juni und am 13. Juni wurde das Zeitfreiwilligenkorps nach Bahrenfeld alarmiert, ohne daß es zu einem Eingreifen gekommen wäre, und abgesehen von dem letzten Fall — es war der Tag der Beerdigung Rosa Luxemburgs — ein ersichtlicher Grund zu erkennen war. Dies trug mit dazu bei, daß eine gewisse Wurstigkeit in der Auffassung der Dinge Platz griff und den zuerst vorhandenen Eifer nicht unwesentlich dämpfte.

Ein gewisses Gewicht hiergegen bot die rührige Tätigkeit der „Ledergesellschaft". Diese veränderte Anfang April aus politischen Gründen ihren Namen und bewährte als Organisation „Heim und Herd" unter der neuen Leitung von Hauptmann Senftleben zum erstenmal während der April-Unruhen ihre neue Kraft. In der Folgezeit schuf sie sich im Südsee-Haus eine Kanzlei und entfaltete von hier aus nach der St.-Pauli-Aktion eine rege Tätigkeit. Ihre Mitglieder wurden straff in Bezirke und Unterbezirke zusammengefaßt, ein sorgfältig ausgearbeitetes doppeltes, mit Hilfe von Jungmannen betriebenes Alarmsystem gewährleistete den raschen aktiven Einsatz. So wurde hier durch die hingebende Arbeit einzelner Wertvolles für die Zukunft geschaffen; daneben bewährte Zug Bundies eine besondere Anziehungskraft.

Man kann nicht sagen, daß die hier behandelten Ereignisse, die in ihrem unaufhaltsamen Abrollen die Verteidigung Hamburgs knapp 600 Bahrenfelder Dauer- und Zeitfreiwilligen in den Schoß warfen, den Mithandelnden recht eigentlich zum Bewußtsein gekommen wären. Man stand unter den Eindrücken der Ostern so glücklich gegen die Stadt vollzogenen Exekution und einer in Deutschland zunehmenden Entspannung der Lage. Sie waren stark genug, Bedenken anderer Art nicht aufkommen zu lassen. Man bemerkte nicht, daß die Voraussetzungen der Vergangenheit für die Gegenwart nicht mehr zutrafen. Die Hauptschuld hieran ist der Kommandantur beizumessen, die eine rechtzeitige straffe Erfassung und Durchgliederung der vorhandenen Machtmittel versäumt hatte, vorsichtigen politischen Erwägungen zuliebe. Ihre unbestimmte und laue Haltung war ein willkommener Schutz für einen gleichen Geist, der sich im Bürgertum breitmachte. Man war hier mit seiner Kleinarbeit im Einwohnerwehrbezirk zufrieden im Sinne einer gemächlichen und gemütlichen Entwicklung. Eine herrische Hand, die für Ordnung und Fortschritt sorgte, fehlte. Derselbe Schlendrian übertrug sich auch auf die übrigen Dienststellen, das Verhältnis der Zeitfreiwilligen zum Stabe der Frewaba war nicht immer das beste. Über entscheidende Fragen der Bewaffnung, der Verpflegung, des Nachschubs usw. herrschte Unklarheit und Sorglosigkeit; ein Gefühl der Unsicherheit, das die Tatkraft lähmte, war die Folge. Die Erfahrungen der Straßenkämpfe in Berlin blieben in Hamburg unbekannt, taktisch stand die zivilistische Kommandantur solchen Ereignissen gleich hilflos gegenüber wie der nur über seine Fronterfahrungen verfügende aktive Artillerist oder Seeoffizier. So ging man, geistig wie sachlich gleich ungerüstet, einem Zusammenbruch aller beteiligten Faktoren entgegen.



V.

Der „Heil"-Skandal. — Bedrohung des Rathauses. — Zauderndes Eingreifen der Kommandantur. — Einrücken Lamp'ls in das Rathaus. — Alarmierung der Zeitfreiwilligen.

Am Morgen des 23. Juni wurde in der Kleinen Reichenstraße ein Wagen aus dem Keller der dort belegenen Heilschen Wurst- und Fleischwarenfabrik mit einigen Fässern beladen. Hierbei platzte durch Unvorsichtigkeit eines derselben auf und schüttete einen ekelerregenden Inhalt auf die Straße aus, der die Aufmerksamkeit der Nachbarschaft und einiger Passanten erregte. Diese begannen eine nähere Untersuchung der ausgelaufenen Masse und glaubten in derselben Kadaver und abgezogene Felle von Ratten, Katzen und Hunden feststellen zu können. Da bekannt war, daß Heil in seiner Fabrik Sülze herstellte, so war der Verdacht naheliegend, daß hier ein unvorhergesehener Zufall die Geheimnisse seiner Fabrikation ans Tageslicht gebracht habe. Er wurde dadurch verstärkt, daß die am Transport beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen der allmählich anwachsenden Schar von Neugierigen keine ausreichende Erklärung für das Vorgefallene geben wollten oder konnten. So drang die unruhig werdende Menge, die allmählich auf 1000 Köpfe anwuchs, um ihre Wißbegier zu befriedigen, in die Keller der Häuser 6—10 ein, die die Fabrikräume enthielten. Bald flogen aus ihnen allerhand unappetitliche Dinge auf die Straße, und weitere aufregende Nachrichten, deren Wahrheit sich bald nicht mehr prüfen ließ, drangen aus ihnen hervor. In einem Kessel wollte man den noch zuckenden warmen Leib eines abgehäuteten jungen Hundes gesehen haben, in einer anderen Ecke sollte Heil

gezwungen worden sein, rohes Katzenfleisch zu essen, Arbeiterinnen sagten aus, daß die Körper ausgeweideter Ratten verwendet worden wären. Die entscheidende Wendung in den Dingen rief indessen die allenthalben sich herumsprechende Mitteilung hervor, daß die Gesundheitsbehörde den Betrieb regelmäßig kontrolliert und keinen Anlaß zu einem Einschreiten gefunden habe. Diese Mitteilung, die der Menge wahrscheinlich zuerst von den Heilschen Arbeitern zugetragen wurde, die danach trachten mußten, die Verantwortung für das Vorgefallene von sich auf andere Schultern abzuschieben, entsprach den Tatsachen. Der mit der Kontrolle beauftragte Polizeiwachtmeister unterhielt unerlaubte Beziehungen zu den Arbeiterinnen der Heilschen Fabrik, die sich auch auf seine in amtlicher Eigenschaft dort unternommenen Besuche erstreckten, so daß er es aus durchsichtigen Gründen unterlassen hatte, seiner vorgesetzten Behörde von den beobachteten verdächtigen Fabrikationsvorgängen Mitteilung zu machen. So mußte in den Augen der Öffentlichkeit der Heilsche Betrieb als staatlich konzessioniert erscheinen und die Schuldfrage sich nicht unbeträchtlich verschieben. Man hatte noch die Vorgänge am Hafen in deutlicher Erinnerung und war jetzt bereitwillig geneigt, zufällig aufgedeckte Mißbräuche eines einzelnen privatwirtschaftlichen Betriebes als die Symptome des Bankrotts einer bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung anzusehen, deren Schleppenträger in den Behörden sitzende unfähige Beamte zu sein schienen. Als nunmehr Polizeibeamte den schwer mißhandelten Heil in Sicherheit zu bringen versuchten, mußte dies den Anschein erwecken, als stellte auch sie sich auf seine Seite. So entstand eine tiefe Kluft zwischen einem natürlichen durch Krieg und Revolution zu harten Äußerungen erzogenen Rechtsgefühl einer großen Masse, die eine Lynchjustiz forderte und in den Formen ihres Rechtsbegehrens zu den naiven Äußerungen mittelalterlichen Empfindens zurückkehrte, und der geordneten Rechtsprechung einer modernen Staatsmacht, die auf das allein ihr zustehende Rechts- und Strafverfahren nicht zu verzichten vermag. Es kam unerwartet zu einer vorläufig letzten Machtprobe zwischen allen ungeordneten Mächten einer verklingenden Zeit revolutionärer Willkür und der aufstrebenden Gewalt eines auf verfassungsmäßiger Ordnung beruhenden Staates.

In diesem nunmehr mit der ungestümen Schnelligkeit aller großen Ereignisse anhebenden Kampfe wurde zunächst die Schutzmannschaft völlig außer Gefecht gesetzt. Wenn sie dieselbe Disziplin gehabt hätte wie vor dem Kriege, so wäre sie wohl sicher mit derartigen Unruhen fertig geworden. Jetzt war sie ihrer

ganzen Zusammensetzung und Organisation nach nicht in der Lage, ernste Kämpfe zu führen. Ihre Alarmierung erfolgte am 23. spät und unvollkommen, da ihr Chef, der Polizeihauptmann Dithmer, nach anfänglichen Meldungen die Lage nicht als besonders ernst ansehen konnte. Ein springender Punkt war auch, daß er von seiner vorgesetzten Senatsbehörde angewiesen war, wegen der hohen Kosten (Sonderzulage für die Beamten usw.) Alarmierungen auf ein Mindestmaß zu beschränken und die Möglichkeit einer späteren finanziellen Verantwortung notwendig eine rasche Initiative erschweren mußte. Aber auch innerhalb dieser Grenzen arbeitete der Polizeiapparat so schwerfällig und langsam, daß in fünf Stunden nicht mehr als dreißig Mann am Tatort zusammengezogen waren. Bis gegen 4 Uhr nachmittags reichte aber selbst diese kleine Anzahl noch aus, die Heilsche Fabrik gegen Eindringlinge und Heil selbst vor Mißhandlungen zu schützen, obgleich die Lage gespannt war. Trotz der durch den langsamen Aufmarsch verlorengegangenen Zeit hätte auch jetzt noch eine energische Aktion die mit Menschen vollgestopfte Reichenstraße säubern und absperren und damit einen Unruheherd beseitigen wie ein Schauobjekt der Menge entziehen können. Zu diesem Zweck erbat der in der Reichenstraße kommandierende Distriktskommissar Ruwolt von der Kommandantur Verstärkung durch Volkswehrmannschaften. Diese erschienen erst nach langer Zeit und versagten so völlig, daß die Säuberung der Straße nicht gelang. Damit war der Versuch gescheitert, den Herd der Unruhe auszulöschen, und diese konnte jetzt von der gesamten Stadt Besitz ergreifen. Die Polizei hatte einen Krankenwagen herbeischaffen lassen, um Heil darin unter der Bedeckung der Volkswehr nach dem Stadthaus in Sicherheit bringen zu lassen. Dieser Versuch scheiterte jetzt durch das Versagen der Volkswehr, dem Kutscher wurden die Pferde ausgespannt und der Wagen mit seinem Insassen von einer johlenden Menge auf den Rathausmarkt gezogen.

Der Rathausmarkt war seit Beginn der Revolution zum Brennpunkt des öffentlichen Lebens geworden. Häufig besuchten ihn Demonstrationszüge, die der Bürgerschaft — meist während ihrer Sitzungen — Drohungen oder Wünsche vorzutragen hatten. Wie ein kräftiger Landregen seine Pfützen, so hinterließen diese Menschenansammlungen oft noch tagelang hinterher kleine Gruppen voll eifrigen Meinungsaustausches. Bald entdeckten findige, bezahlte und unbezahlte Politiker diese günstige Agitationsgelegenheit, und die sogenannten Debattierklubs wurden

zu einem stehenden Bilde des Hamburger Lebens. Mehrmals wurden Anläufe zu ihrer Unterbindung in ruhiger Zeit unternommen, sie scheiterten an der bequemen Sorglosigkeit der im Rathaus befindlichen Volkswehrwache. So besaß Hamburg im Herzen der Stadt einen vulkanischen Herd, der bei jedem Ereignis, von unterirdischen Quellen gespeist, in Bewegung geriet. Die Ereignisse in der Reichenstraße fanden hier im Laufe des 23. ein dankbares Publikum und Redner, die ihnen die notwendige politische Erläuterung und Formulierung zu geben verstanden. In den Anlagen des Kaiser-Wilhelm-Denkmals waren Ratten- und Katzenfelle aufgehängt worden, die aus der Heilschen Fabrik stammen sollten, und nunmehr von den Agitatoren im Stile der alten Moritatenerzähler einer dichtgedrängten Menge erläutert wurden. Ihren Höhepunkt erreichte diese Szene, als der Wagen mit Heil selber auf dem Platze anlangte und die Menge nunmehr ein lebendiges Schauopfer in ihren Händen hielt. Man versuchte, Heil an einem der großen auf dem Rathausmarkt stehenden Kandelaber aufzuhängen, doch unterblieb dies, wie der zeitgenössische Schreiber zu berichten weiß, „aus Mangel an Material", und man einigte sich darauf, Heil in die Alster zu werfen. Das geschah. Er wurde von zwei Wachtmeistern der Polizei wieder herausgezogen und später ins Polizeigefängnis in Sicherheit gebracht. Gegen Abend beruhigte sich die Stadt wieder. Die Saumseligkeit vergangener Tage hatte aber der schaulustigen Menge den Rathausmarkt zu unnützem Tun und Lassen preisgegeben und gab ihr damit für den Morgen des 24. den bequemen Ansatzpunkt für neue Umtriebe an die Hand. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit die nun beginnenden Ereignisse allmählich unter eine politische Führung gerieten. An eine Teilnahme von den öffentlichen Führern der Linken werden wir kaum zu denken haben, dazu waren diese zu vorsichtig. Es ist aber sicher, daß durch die nun entstehenden Tumulte die Hyänen der Revolution ans Tageslicht gelockt wurden und versuchten, zur Herrschaft zu kommen, ihre Anhängerschaft bewaffneten und auf eigene Faust losgingen. In diesen Tagen begab sich manche gescheiterte Revolutionsexistenz auf die Straße, die nach den flüchtig vorübergegangenen Zeiten einer scheinbaren Macht und Herrlichkeit den Weg nicht wieder hatte zurückfinden können in das anspruchslose und geregelte Berufsleben und nunmehr das alte Handwerk begierig wieder ergriff.

Am Morgen des 24. war es zunächst vollständig ruhig. Aber gegen 10 Uhr sammelten sich in der Reichenstraße wieder Menschen an, ebenso zwischen 10 und 11 Uhr auf dem Rathausmarkt.

Die Polizei traf jetzt folgende Gegenmaßnahmen. Die Eingänge und Fensteröffnungen der Heilschen Fabrik wurden durch Bretter vernagelt und die beschlagnahmten Häute durch die Abdeckerei abgeholt, so daß auf diese Weise die Ursache der Ansammlungen vor dem Geschäft von Heil beseitigt wurde. Diese Maßnahme konnte nur von vorübergehender Bedeutung werden, da die auf dem Rathausmarkt sich sammelnde Menge hiervon nicht berührt wurde und bald neue Objekte ihrer Schausucht und Zerstörungslust fand. In allen möglichen Vierteln begannen jetzt größere und kleinere Trupps sogenannte „Überholungen" von Fabriken und Geschäften des Nahrungsmittelgewerbes und schürten so die Erregung in der ganzen Stadt. Indem man überall die Geschäftsbücher auf eine etwaige Abnahme der Heilschen Sülze hin überprüfte, gelangte man an immer neue Firmenanschriften, so daß die Bewegung sich nach dem Schneeballsystem radial auszuwirken begann. Vereinzelt ging man auch schon zu Plünderungen über. Mittags, etwa um 12 Uhr, drangen große Menschenmengen in das Kriegsversorgungsamt ein. Hier erhielt sich der bestimmte Eindruck, daß der Überfall organisiert war, denn der Menschenhaufe verteilte sich sofort auf die verschiedenen Stockwerke und verlangte überall gleichmäßig die Schließung sämtlicher Bureaus. Anführer und Wortführer waren überall Matrosen. Der Leiter des Amtes, Oberregierungsrat Dr. Lippmann, wurde unter Gewalttätigkeiten auf den Rathausmarkt geschleppt und von den im Rathaus stationierten Polizeibeamten befreit.

Die Menge hatte außerdem einen Teil der in dem Heilschen Geschäft tätigen Personen ermittelt und schleppte sie zu Fuß oder auf Wagen durch die Stadt. Hierbei mußten einzelne wie am Pranger stehen, sie hielten Schilder mit allerhand Aufschriften, wie „Ich bin der Meister", und mußten von Zeit zu Zeit aus einem großen neben ihnen stehenden Kübel ekelerregende sogenannte Sülze vor den Augen der Menge essen. Alle diese Aufzüge fanden ihr Ende vor dem Rathause, wo sie jedesmal die erregte Menge zur Siedehitze steigerten und sie zu den Rufen „In die Alster" oder „An die Flaggenmasten" veranlaßten. Dem Dazwischentreten einzelner beherzter Männer gelang es, das Schlimmste von den Opfern dieser Volksjustiz abzuwenden. Am Nachmittage eilte blitzartig das Gerücht durch Hamburg, der Direktor der Blindenanstalt verabreiche deren Insassen verschimmeltes Brot. Dies hatte eine neue ungeheure Erregung zur Folge, und der Direktor, der Inspektor der Blindenanstalt, sowie ein Blinder wurden ebenfalls auf den Rathausmarkt geschleppt.

Noch einer anderen sich hier abspielenden Episode wollen wir ohne weitere Bemerkung Platz gönnen, wobei wir dem Chronisten der „Hamburger Volkszeitung" das Wort lassen: „Plötzlich ging durch die Menschenmenge die Nachricht, daß amerikanische Matrosen kämen. Diese Matrosen wurden mit donnernden Hurras begrüßt. Sofort wurde Spalier gebildet und den Amerikanern deutsche Kultur in Form von Hunden, Katzen und Rattenfellen, die auf dem Rathausmarkt aufgestellt waren, gezeigt. Kopfschüttelnd und sichtbar ergriffen verließen darauf die Amerikaner den Platz."

Der Direktor der Blindenanstalt war von Polizei- und Volkswehrmannschaften aus der Menge befreit und ins Rathaus gebracht worden, wobei die Volkswehr ohne Anweisung mehrere Schüsse abgab und einer ihrer Leute eine Tränenbombe vom Balkon des Rathauses warf. Diese Vorgänge reizten die Menge zu einem Sturm gegen das Rathausportal, der durch den starken Strahl eines Hydranten abgeschlagen werden konnte. Die Lage der hier eingeschlossenen 68 Polizeibeamten und der Volkswehrwache wurde kritisch. Seit 2 Uhr ergingen an die Kommandantur Hilferufe um Verstärkung von den verschiedenen Seiten, während andere Nachrichten aus der Stadt von einem Abflauen der Bewegung zu berichten wußten. Um 3 Uhr zog Lamp'l 150 Mann aus Bahrenfeld alarmbereit bis zur Kommandantur an der Altonaer Palmaille vor, schickte sie aber bald wieder nach dorthin zurück.

Die Kommandantur besaß keine ausreichende Kenntnis der Lage in der Stadt und schenkte günstigen Nachrichten einen Glauben, den diese nicht verdienten. Für Lamp'l war zudem ein Hauptgrund seines zögernden Verhaltens die Befürchtung, daß die Erregung der Bevölkerung sich bei den ungewohnten Stahlhelmen und Handgranaten der Bahrenfelder weiterhin steigern werde. Unangebrachte Sentimentalität vor den launischen Stimmungen der wankelmütigen Masse und unverdiente Rücksichtnahme auf die seit Monaten in der Presse gepredigten Argumente des Gegners traten so an die Stelle rücksichtslos durchgreifender Maßnahmen und eines entschlußkräftigen Handelns zur rechten Zeit. Das Versagen der Volkswehr am ersten, das Zaudern der Kommandantur am zweiten Tage ermöglichten die sich anbahnende Katastrophe des dritten Tages.

Die von der Kommandantur erwartete Beruhigung trat nicht ein. Im Gegenteil hielt die Erregung der das Rathaus umflutenden Menge in den Nachmittagsstunden an. Die Bewegung begann einen politischen Charakter anzunehmen, es wurde für das Rätesystem Propaganda gemacht, während ein Teil der

Volksmenge, besonders Matrosen und Gesindel, die unter systematischer Leitung zu stehen schienen, die Entwaffnung der Rathauswache verlangten. Diese begann unschlüssig zu werden, als ihrem wiederholten telephonischen Verlangen nach Verstärkung auch jetzt seitens der Kommandantur aus bekannten Gründen nicht Rechnung getragen wurde. Dieses innere Erlahmen der Widerstandskräfte führte zu Verhandlungen erst mit einzelnen, dann mit einer von der Menge gewählten sogenannten Kommission, die — vielleicht nicht mit Zustimmung aller Eingeschlossenen — von der Alterwall-Seite her anscheinend auf Anordnung des dortigen Wachthabenden Eintritt erhielt. Die Dinge schienen einer Preisgabe des Rathauses entgegentreiben zu müssen, als Lamp'l plötzlich an der Spitze von 150 Mann der Freiwilligen Wachtabteilung Bahrenfeld in das Rathaus eindrang und die Lage wiederherstellte.

Dringende telephonische Hilferufe von verschiedenen Stellen, die Meldung von Verhandlungen im Rathause, insbesondere ein Anruf des Oberregierungsrats Campe, der die Lage dahin beurteilte, daß das Rathaus vor seiner Erstürmung stände, hatten Lamp'l zu einer Aufgabe seiner bisherigen abwartenden Haltung veranlaßt. Die am Nachmittag zurückgeschickten Bahrenfelder waren auf Lastkraftwagen wieder zur Kommandantur gefahren und von dort zum Stadthaus beordert worden. Von hier hatten sie unter persönlicher Führung Lamp'ls über Neuerwall, Schleusenbrücke und Alterwall den Marsch zum Rathaus angetreten, um von dieser Seite möglichst unbemerkt dasselbe betreten zu können. Dies gelang indessen nicht. Von der Volksmenge auf dem Rathausmarkt splitterten sich beim Auftauchen der ersten Stahlhelme Matrosen, Halbstarke und Gesindel ab, bedrängten die letzten Reihen der Anmarschierenden und versuchten sie zu entwaffnen. Unter dem bezeichnenden Rufe: „Die Kerle schießen ja doch nicht, genau wie die Volkswehr" wurden einzelne Leute zu Boden geworfen und ihnen die Gewehre entrissen. Hierauf machten erst einzelne Mannschaften, dann eine weiter vorn stehende Gruppe Kehrt und schossen zweimal in die Luft. Als das nicht half, wurde in die Menge geschossen. Es gab dabei einen Toten und fünfzehn Verwundete. Ein Feuerbefehl war nicht gegeben worden, es lag ein spontaner Akt der Notwehr vor.

Das Anrücken der Bahrenfelder reizte die Masse auf das höchste. Seit Monaten war sie gegen diese Truppe scharfgemacht worden, nun wagte diese kleine Schar unbekannter „Reaktionäre" einem tobenden Volkshaufen den fast gesicherten Besitz des Rathauses streitig zu machen. Der verspätete, mit Blut erkaufte

Einsatz der Bahrenfelder konnte nicht mehr abschreckend oder beruhigend wirken. Er goß nur Öl in die Flammen aufgepeitschter Massenleidenschaften. Die gereizte Menge begann den Angriff auf das Rathaus, nachdem seine kampflose Übergabe ihr durch die Dazwischenkunft der Bahrenfelder vereitelt worden war. Zunächst fand ihre Leidenschaft, nachdem der letzte Stahlhelm im Rathaustor verschwunden war, einen neuen Gegenstand in den der Kolonne nachgefahrenen Lastkraftwagen. Sie wurden kurz und klein geschlagen und in Brand gesteckt. Erdgeschoßfenster der Börse wurden eingeschlagen und man versuchte, auch an diese Feuer anzulegen. Der hier entstehende Brand konnte indessen von den Bahrenfeldern gelöscht werden. Dann begann eine wilde sinn- und nutzlose Beschießung des Rathauses, in dessen weichen Sandsteinmantel sich zahllose Schußspuren eingruben. Mit zunehmender Dunkelheit wurde das Schießen heftiger, obwohl das Feuer aus dem Rathause nicht erwidert wurde, für dessen Mannschaft Lamp'l ein Schießverbot erlassen hatte, vor allem auch im Hinblick auf die zu ihrem Entsatz herbeigerufenen und im Laufe der Nacht anrückenden Verstärkungen.

Im Rathause traf Lamp'l jetzt folgende Maßnahmen. Er verhängte den Belagerungszustand, dessen Verkündigung am 25. morgens in der Presse erschien, er bot durch die Kommandantur die Zeitfreiwilligen und die Einwohnerwehr auf und bat die Reichswehr um Unterstützung. Die über den letzten Punkt in der Kommandantur gemachte Aufzeichnung eines Telephongesprächs vom 25., 6 Uhr vormittags, lautet: „Lamp'l bittet Reichswehrbrigade 9, etwa zwei Bataillone im Laufe des Tages so bereitzustellen, daß sie auf Abruf in Hamburg im Laufe des Nachmittags einrücken können. Sie müssen zum Einrücken Befehl Lamp'ls abwarten und unter Befehl der Kommandantur treten. Lamp'l hofft ohne sie Ordnung aufrechtzuerhalten, will aber, um unnötige Verluste zu vermeiden, im Falle neuer Unruhen sogleich stark auftreten und Bewaffnung der Einwohnerwehr durchführen unter dem Schutze der Truppen." So vollzog sich unter der unmittelbaren Einwirkung der sich abspielenden Ereignisse in letzter Stunde eine grundlegende Umkehr in der von Lamp'l verfolgten Politik: ein völliger Verzicht auf Schutzmannschaft und Volkswehr, die als Schützer des revolutionären Staates sich als völlig unzureichend erwiesen hatten, und die bedingungslose Bejahung rein militärischer Kräfte und Maßnahmen, die allein noch imstande zu sein schienen, den Zusammenbruch der Ordnung aufzuhalten. Achtundvierzig Stunden früher hätten entschiedene Maßnahmen noch Erfolg versprochen, jetzt kamen sie zu spät und rissen die Blüte der bürgerlichen

Jugend Hamburgs in eine Katastrophe hinein, die durch die Saumseligkeit und Halbheit, mit der man ihr in den Anfängen begegnet hatte, schon zu einer unaufhaltsamen geworden war.

Auf den Befehl Lamp'ls wurden die Zeitfreiwilligen am 24., gegen 9 Uhr abends, nach Bahrenfeld alarmiert. Gegen 12,30 Uhr nachts standen 150 unter Führung von Hauptmann Senftleben marschbereit. Dieser erhielt von dem Führer der „Frewaba", Major Fromm, den Auftrag, das Rathaus zu besetzen. Über die dortige Lage war weder dieser noch auch die von Senftleben angerufene Kommandantur im Bilde. Es war weder bekannt, daß Lamp'l bei seinem Einrücken Verluste gehabt hatte, noch auch, daß das Rathaus unter ständigem Feuer lag. So erhielt z. B. der Adjutant der Freiwilligen Wachtabteilung auf seine Anfrage nach der Lage hin noch am 24. nachts zwischen 12 und 1 Uhr den Bescheid, die Rathausbesatzung sei nicht nötig und könne abgelöst werden. In der Stadt sei nichts los. Von dem Stabe der Kommandantur begab sich allein Hauptmann Danner in persönlichem Entschluß in die Stadt und führte in ziviler Verkleidung eine umfassende Erkundung des Gegners durch. Hierbei wurde er am Morgen erkannt, konnte sich indessen vor einer Lynchjustiz retten und kam mit einer groben Tracht Prügel davon.



VI.

Eintreffen der Bahrenfelder im Rathaus. — Kampf um den Rödingsmarkt. — Waffenstillstandsverhandlungen. — Überrumpelung.

Die Abteilung Senftleben verließ mit ungenügendem Auftrag, vor allem aber in völlig ungenügender Ausrüstung Bahrenfeld. Es wurde sowohl versäumt, ihr Brot und Proviant mitzugeben, wie auch die Mitnahme unentbehrlicher Verteidigungsmittel, als Stacheldraht, Handgranaten usw., unterlassen wurde. Verhängnisvoll machte sich bemerkbar, daß eigentlich allen Beteiligten eine Kenntnis von Straßenkämpfen abging, und in ihnen eine irrige Vorstellung von der Lage in Hamburg vorhanden war. Die allgemeine Unterschätzung des Ernstes der entstandenen Bewegung, der schon die Kommandantur in ihren Maßnahmen unterlegen war, führte ebenso dahin, daß auch die Abteilung Senftleben innerlich und äußerlich unvorbereitet ihrem ungeahnten Schicksal entgegenging.

Die Abteilung wurde durch einen Sonderzug der Vorortsbahn bis zum alten Sternschanzenbahnhof befördert und hier ausgeladen. Nach einer Ansprache ihres Führers rückte sie mit loser Schützenkette als Spitze bis zum Dammtorbahnhof und von dort über den Stephansplatz zum Gänsemarkt vor. Die Abteilung fand den Dammtorbahnhof durch die Gruppe Dose besetzt, etwa fünfzig Bahrenfelder Dauerfreiwilligen, die gegen 12 Uhr nachts von der Kaserne im Lastkraftwagen zum Rathaus aufgebrochen und in der Gegend Jungiusstraße—Holstenplatz durch Feuerüberfall zur Umkehr gezwungen worden war. Daraufhin hatte sie den Dammtorbahnhof als Aufnahmestellung für die Abteilung Senftleben besetzt und trat anschließend den Rückmarsch nach Bahrenfeld an, wo sie gegen 5 Uhr morgens wieder eintraf.

Auf dem Wege zum Gänsemarkt erhielt Hauptmann Senftleben die ersten zuverlässigen Nachrichten über die Lage im Rathausgürtel durch die der Abteilung begegnenden Herren Hauptmann Danner und Oberleutnant z. S. Boldt. Auf derselben Wegstrecke wurden zahlreiche Plünderer, vor allem Matrosen und Volkswehrleute, mit Uhren, Handschuhen und anderen Gegenständen gefangengesetzt, während aus der Rathausgegend Gewehr- und Maschinengewehr-Feuer hörbar wurde. Diese in der einsamen Nacht so von verschiedenen Seiten sich aufdrängenden Eindrücke vermittelten den Beteiligten zum erstenmal ein Gefühl für die Unsicherheit des bevorstehenden Unternehmens und erweckten eine starke seelische Anspannung. Hauptmann Senftleben befahl auf Grund der gemachten Beobachtungen seinen Zugführern selbständiges sprungweises Vorgehen zum Rathaus hin und Wiedervereinigung dort. Der erste Zug, Degelow, wurde über den Neuen Jungfernstieg, der zweite Zug, Müller, mit Hauptmann Senftleben, seinem Adjutanten Leutnant Wehber und Hauptmann Danner an der Spitze durch Gerhof-, König- und Poststraße, der dritte Zug, Bundies, über Hohe Bleichen, Bleichen- und Adolphsbrücke parallel gegen den Rathausmarkt in Marsch gesetzt. Zug Degelow erhielt das erste Feuer von einem Maschinengewehr, das auf dem Jungfernstieg etwa in Höhe des Alsterpavillons aufgestellt war und im Sturm genommen wurde. Er erreichte darauf ohne weitere Schwierigkeiten den Rathausmarkt, nachdem er sich noch auf dem Jungfernstieg mit einigen beherzten Leuten der Einwohnerwehr vereinigt hatte. Die beiden anderen Züge erhielten starkes Feuer aus der Gegend Rödingsmarkt, das den Neuenwall und die Fleete hinunterstrich und den Vormarsch vorübergehend zum Stocken brachte. Die Lage wies so von Anbeginn vor allem den rechten Flügelzug Bundies zwingend auf eine Entlastung in Richtung Rödingsmarkt hin. Der bei dem zweiten Zuge befindliche Hauptmann Senftleben machte auf dem Neuen Wall im Portaleingang des Kaufhauses Robinson halt und suchte durch Leuchtsignale Verbindung mit der Rathausbesatzung. Nachdem diese erzielt war, überwanden die beiden Züge durch sprungweises Vorgehen die unter starkem Feuer liegenden Straßenkreuzungen und Brückenübergänge. Um 5,30 Uhr vormittags war das Rathaus von allen drei Zügen ohne Verluste erreicht und seine Besatzung entsetzt.

Kurze Zeit darauf erhielt Leutnant Bundies von Lamp'l den Befehl, die Gegend in Richtung Mönkedamm—Rödingsmarkt mit seinem Zuge zu säubern und das Stadthaus zu besetzen. Hier war der Hauptsitz der Aufrührer, die sich im dortigen

Steuergebäude mit den ihnen bei der Erstürmung mehrerer schlecht verteidigter Volkswehrwachen in die Hände gefallenen Gewehren und Maschinengewehren regelrecht verschanzt und verbarrikadiert hatten (allein auf dem Hauptbahnhof waren von ihnen um Mitternacht 12 Maschinengewehre „erobert" worden), und von dort aus die Anmarschwege und Umgebung des Rathauses von der Börsenseite her unter ständigem Feuer hielten, während der eigentliche Rathausmarkt und die Vorderfront des Rathauses in den frühen Morgenstunden durch keinerlei Feuer belästigt wurden. Ein Offensivstoß nach dem Rödingsmarkt mit dem Ziel, noch vor Einsetzen des morgendlichen Verkehrs die Aufrührer in ihrem Zentrum auszuheben, mußte daher mehr Aussicht auf Erfolg bieten als eine starre Verteidigung des Rathauses. Es wurde aber verhängnisvoll, daß dieser Vorstoß von Lamp'l trotz Weigerung des Leutnants Bundies, dem Lamp'l unter Berufung auf seine Eigenschaft als Kommandant entgegentrat, mit unzureichenden Kräften und ohne Verständigung mit Hauptmann Senftleben und dem zum Führer der alten Rathausbesatzung ernannten Leutnant Stahl befohlen wurde.

So konnte es geschehen, daß Hauptmann Senftleben gegen 8 Uhr morgens, als er den Gesamtbefehl über das Rathaus übernahm, sich den Dingen mit gebundenen Händen gegenübersah. Ein Drittel der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte hatte ohne seine Kenntnis auf Befehl Lamp'ls eine selbständige Aktion begonnen, in deren Verlauf er sich genötigt sah, diese mit noch weiteren zwanzig Mann zu unterstützen. Ferner stellte es sich jetzt heraus, daß die alte Rathausbesatzung, bunt zusammengewürfelt, ermüdet, mangelhaft untergebracht und verpflegt, als Kampfeinheit nicht mehr in Frage kam und sich seinen Anordnungen weitgehend entzog; die anwesende Schutzmannschaft erklärte sich neutral. Das Entscheidende blieb aber, daß die geschlossene Kampfkraft der frisch angerückten Truppe in zwei Hälften zerschnitten worden war, von denen sich schließlich keine behaupten konnte. Hieran vermochte grundlegend auch nicht zu ändern, daß gegen 9 Uhr morgens Leutnant Wipperling mit einer Verstärkung von 60 Zeitfreiwilligen und zwei Geschützen ohne Hinderung auf dem Rathausmarkt eintraf. Denn allmählich begann die Umgebung des Rathausmarktes sich wieder mit demonstrierenden Massen zu füllen, gegenüber denen mit einer tatsächlichen Gefechtsstärke von bestenfalls 150 Mann — die starken Posten in diese Zahl eingeschlossen — nur noch eine Defensive möglich war. Die Zeit zur Offensive war jetzt schon verpaßt.

Gemäß des ihm erteilten Auftrages und gezwungen durch das seinen Zug ständig flankierende feindliche Feuer arbeitete sich Leutnant Bundies mit seinen Leuten gegen den Rödingsmarkt vor. Ecke Mönkedamm und Alterwall kam der Angriff zum Stocken vor dem lebhaften Feuer aus dem Steuergebäude, gegen das die weiten Straßenkreuzungen am Ausgang des Rödingsmarktes keine Deckung boten. Hier fiel der Zeitfreiwillige Walter *Zimmermann* durch feindlichen Schuß als erstes Todesopfer. Leutnant Bundies beschloß die Besetzung des Hochbahnhofes Rödingsmarkt, um eine günstige gedeckte Stellung gegen das Steuergebäude zu gewinnen, und forderte zur Durchführung des weiteren Angriffs von Hauptmann Senftleben Verstärkung an. Nachdem diese — darunter ein Maschinengewehr — unter Führung von Leutnant *Köster* eingetroffen war, erfolgte unter Laufschritt die Besetzung des Bahnhofes Rödingsmarkt ohne weiteren Kampf. Hierdurch gelang es, für etwa 1½ Stunden die Gegend von dem feindlichen Feuer zu entlasten und den Gegner aus seinen Postierungen zurückzudrängen. In der Zwischenzeit bekam dieser aber neuen Zuzug und schlug eine andere Taktik ein, indem er sich gewaltsamen Zutritt zu den Häusern verschaffte und sich auf deren Dächern und Böden einnistete.

Diesen zahlreichen, auf den umliegenden Häusern befindlichen Dachschützen gegenüber konnte kein wirksames eigenes Schußfeld mehr gewonnen werden. Bei dem Versuche hierzu fielen als weitere Opfer die Zeitfreiwilligen *Albert Brinkmann* und *Hans tho Seeth*. Die Aussichtslosigkeit eines weiteren Fortkommens auf diese verlustreiche Weise bewogen zum Rückzug in den Alterwall, in dem nunmehr von etwa 15 Mann das zu seinem Beginn belegene Haus Nr. 67 (Mix & Genest) zur Verteidigung hergerichtet wurde. Es war zwischen 8 und 9 Uhr morgens. Der gewaltsame Vorstoß gegen den Rödingsmarkt war verlustreich gegen einen in Häusern verbarrikadierten und hinterlistig von allen Seiten versteckt schießenden Gegner gescheitert, der Rückzug zum Rathaus der kleinen tapferen Schar im wilden feindlichen Feuer abgeschnitten.

Hauptmann Senftleben hatte in der Zwischenzeit mit den ihm noch zur Verfügung gebliebenen schwachen Kräften eine Postenaufstellung um das Rathaus eingerichtet. Diese bewährte sich zunächst gut und schien geeignet, die Umgebung des Rathauses vor einer Wiederholung der Ereignisse der letzten Tage zu bewahren. Zweifel ergaben sich aber, als zwischen 7 und 8 Uhr morgens der starke Frühverkehr der Berufstätigen einsetzte. Während Hauptmann Senftleben der Zahl seiner Truppe entsprechend die

Meinung vertrat, diesen ungehindert sich bewegen zu lassen und nur durch die an den Zugangsstraßen aufgestellten Postierungen zu regeln, um Stockungen und Ansammlungen zu vermeiden, erhielt er 7,30 Uhr durch Leutnant Stahl den angeblichen Befehl Lamp'ls, den Rathausmarkt abzusperren. Diese Maßnahme führte dazu, daß eine wachsende Menschenmenge an der aufgestellten Sperrkette sich zu stauen begann und radaulustigen Elementen ein festes Angriffsziel geboten wurde. Da notwendige Materialien, wie Stacheldraht, nicht in genügender Weise vorhanden waren, konnte die befohlene Absperrung nur geringen Schutz bieten. Einer ständig wachsenden, vorwärtsschiebenden Menschenmenge gegenüber konnte bald die schwache Postenkette nicht dauernd standhalten und wurde gezwungen, langsam schrittweise sich zurückzuziehen. Trotz Auffüllung durch die am Morgen gekommene Verstärkung wurden die Postierungen so in einen engen Bogen um das Rathaus gedrängt. Das Gesetz des Handelns wurde ihnen in zunehmendem Maße durch die immer stärker werdenden und immer drohender sich gebärdenden Massen diktiert. Auf oftmalige fernmündliche Bitte um Verstärkung konnte aus Bahrenfeld als letzte Reserve nur noch der bereits erwähnte Zug Wipperling gesandt werden, alles weitere Drängen des Adjutanten Leutnant Wehber, der im Auftrage des Hauptmanns Senftleben um Verstärkungen bat, blieb erfolglos. Der im Alterwallhof eingeschlossene Leutnant Bundies rief selbständig die Kommandantur an und bat um den Entsatz durch Reichswehr. Dieser wurde ihm mit der Begründung abgeschlagen, daß ein Einsatz der Reichswehr provozierend wirken würde. Leutnant M a u hielt seit 7 Uhr morgens die Geschäftsstelle von „Heim und Herd" im Südseehaus besetzt. Ihm gelang es, noch zahlreiche Zeitfreiwillige zu alarmieren. Auf dem Rückweg wurde er von der Menge überfallen und sein Begleiter in die Alster geworfen.

Wie der Zug Bundies im Alterwallhof, so war gegen 10 Uhr vormittags die Restabteilung Senftleben in Rathaus und Börse eingeschlossen und umlagert von einer neugierigen und fanatisierten Volksmenge, die sich immer stärker mit Bewaffneten, Matrosen, Volkswehrleuten, Gesindel durchsetzte und ständig drohender in ihrer Haltung wurde. In beiden Abteilungen lebte ein entschlossener Selbsterhaltungstrieb, bei den noch verbliebenen Stützpunkten standen Gewehre und Maschinengewehre zur Verfügung, der Rathausbesatzung zwei Feldgeschütze. Aber es waren auch nachteilige Tatsachen festzustellen. Müdigkeit und mangelnde Verpflegung schwächten die Kampfkraft der kleinen Truppe, der jede Möglichkeit eines Entsatzes von außen und einer

Ablösung in ihren eigenen Reihen genommen war. Das einzige, was übrigblieb, war, aus der Falle, in die man blindlings geraten war, sich herauszuhauen, um mit stärkeren Kräften wiederzukommen.

Wenige hundert Meter vom Rathause, am Hauptbahnhof bei Schadendorf, standen zu dieser Zeit schwache Abteilungen der Einwohnerwehr unter Gewehr. Bereits am 24. abends war die Einwohnerwehr Hohenfelde zur Realschule Armgardstraße alarmiert worden. Die dann schon bestehende Absicht, Haus Schadendorf zu besetzen, unterblieb, als eine ausgesandte Patrouille meldete, daß dieses unter dauerndem Maschinengewehr-Feuer vom Gewerkschaftshause aus liege. Daraufhin wurde die Einwohnerwehr Hohenfelde nachts um 3 Uhr erneut alarmiert und es gelang, mit etwa 30 Mann unter dem Befehl von Hauptmann C o q u i Haus Schadendorf vollständig zu besetzen. Zwar bestand in den Morgenstunden Verbindung mit der Rathausbesatzung, doch war die kleine Abteilung zu schwach, um selbständig handelnd vorgehen zu können. Ebenso gelang es nicht dem Rittmeister B r a u n e, mit einer Handvoll Wandsbeker Husaren bis zu dem Rathause durchzukommen. Bei dem Versuch hierzu fiel der Husar Anton Z u c h t.

Schon kurz nach dem Eintreffen der Abteilung Senftleben im Rathause hatte sich diesem in den frühen Morgenstunden eine Abordnung mit weißer Fahne genähert. Sie legitimierte sich als die Zwölferkommission der Arbeiter- und Angestelltenräte. Diese war in der Nacht zu Beratungen zusammengetreten und versuchte jetzt, durch persönliche Einwirkung auf Lamp'l und Senftleben eine Waffenstreckung der Rathausbesatzung herbeizuführen. Hierbei wurde unter anderem vorgeschlagen, auf dem Rathause die weiße Fahne zu hissen. Diese Anerbietungen wurden rundweg abgelehnt und als Vorbedingung für alle weiteren Verhandlungen die Waffenniederlegung des Gegners bezeichnet. Die Kommission versprach darauf, dahingehend wirken zu wollen. Als sie jedoch zu den Häusern, aus denen geschossen wurde, Zutritt zu erlangen versuchte, öffnete man ihr nicht einmal die Tür. Unverrichteter Dinge begab sie sich in das Gewerkschaftshaus zurück.

Hier tagte seit 9 Uhr vormittags eine von den Betriebsräten, Vertrauensleuten und Angestelltenausschüssen sämtlicher Parteirichtungen besuchte Versammlung, die zu den gesamten Vorgängen Stellung nehmen sollte. In ihr ergab sich von neuem jenes seit dem 9. November so sattsam bekannte und für Hamburg so oft zum Unheil ausgeschlagene Bild. Die übergroße Anzahl der hier versammelten Vertreter der schaffenden und

erwerbstätigen Schichten Hamburgs wurde aus einem zur Schwäche sich verkehrenden Bedürfnis nach Frieden dazu verleitet, sich von der von ihnen selbst geschaffenen Staatsgewalt und den sich für diese im Kampfe Aufopfernden schmählich loszusagen und unter der Hypnose kommunistischer Reden zweifelhaften Schutz zu suchen bei dem imaginären Begriffe des „proletarischen Klassenkampfes“. Es war nicht genug, daß, während eine kleine Truppe unter blutigen Opfern das stolze Rathaus ihrer Vaterstadt heldenmütig verteidigte, Hamburgs Bevölkerung diesem Kampfe als einem Schauspiele in der stumpfen Neugier tausendköpfigen Gaffertums ohne jede Regung zusah; wenige hundert Meter von dem Schauplatze des Kampfes entfernt, hatten die Vertreter dieser Masse den traurigen Mut, von den wechselnden Stimmungen und Eindrücken des Augenblicks gejagt, ihre Truppe und damit ihren Staat der urteilslosen Masse auszuliefern. Von sämtlichen Rednern wurde das Verhalten Lamp'ls scharf getadelt und das Schießen auf Frauen und Kinder verurteilt; davon, daß die Straßen Hamburgs angefüllt waren mit plünderndem waffentragenden Gesindel, daß dieses in ihnen an allen Ecken Häuser zu verbarrikadieren und festungsartig auszubauen begann, war nicht die Rede. So beschloß man, unter Umgehung der militärischen Befehlshaber vom Senat die Entlassung der Bahrenfelder Truppen, die Entwaffnung der Einwohnerwehr und die Bewaffnung der Arbeiterschaft zu fordern, zum Generalstreik aufzurufen und die aus den Betrieben sich entfernenden Massen auf dem Rathausmarkt und dem Heiligengeistfeld zu sammeln. Man nahm geschickt genug die kämpfende Truppe zwischen die Schere von Senat und Arbeiterschaft und gab so seinem Entscheide den Anspruch eines durch die Autorität von Senat und Volk rechtsverbindlich gemachten Schiedsspruches. Der Urheber dieses so klug auf die Massenpsychologie berechneten Planes war der Kommunist *Wolfheim*. So ergab sich das für weite Strecken der Nachkriegsentwicklung Deutschlands typische Bild: Der Kommunist als Führer, Nutznießer und Erbe breiter politisch indifferenter Volksschichten.

In diesem Zusammenhange erinnern wir uns daran, daß Lamp'l für 3 Uhr nachmittags den Einsatz der Reichswehr angefordert hatte. Diese ihnen gemachte Mitteilung wurde von den Leitern der Versammlung meisterhaft dazu benutzt, um sie als Waffe gegen ihre Urheber zu kehren. Jetzt konnten sie die Hamburger Bevölkerung auf die Straße rufen, um Hamburg vor dem Einmarsch von Truppen zu bewahren, jetzt konnten sie die Verhältnisse auf den Kopf stellen und den Massen der Straße die sieghafte Geste eines für Recht und Freiheit von Heim und Herd

kämpfenden Stadtbürgertums verleihen. Wie einst das behutsame Im-Hintergrund-Halten der Bahrenfelder dem Gegner die Grundlage zu einer in blutigen Exzessen endenden Hetze gewährt hatte, so wurde die Drohung mit der Reichswehr der Ansporn zu eigener Aktivität. Die Versammlung endete mit der Wahl einer Kommission, die dem Senat die angenommenen Forderungen unterbreiten sollte. Sie brach um 12 Uhr zum Rathaus auf. Hinter ihr zogen sich tausende zum Streik aufgerufene Arbeiter um das Kampffeld des Vormittags zusammen. Den revolutionären Kämpfern, die eben das Stadthaus erobert und hier neue Waffen gefunden hatten, gesellten sich die revolutionären Nutznießer bei, dem kämpfenden Radikalen der politisierende Mehrheitler. Nachdem die unorganisierte Kampfbewegung von Desperados die Rathaustruppe müde gekämpft hatte, erschien eine organisierte Massenbewegung auf dem Plan, von ihren Führern gerufen, um wieder einmal kampflos eine Revolution zu gewinnen.

Die Kommission, die aus sechs Abgeordneten der Betriebsräte und den drei Bürgerschaftsmitgliedern Kempkens, Bergmann und Wagner bestand, wurde von Hauptmann Senftleben abgewiesen. Sie versuchte darauf im Rathaus den Senat zu erreichen, von dem sie indessen nur Senator Dr. *Sthamer* antraf. Darauf fand eine Besprechung mit diesem als Vertreter des Senats und dem Polizeiinspektor *Rusch* als Vertreter der Kommandantur (Lamp'l hatte infolge einer erlittenen Verwundung inzwischen das Rathaus verlassen) statt. Hauptmann Senftleben als Vertreter der Truppe wurde auf Wunsch der Kommission nicht hinzugezogen, da er ebenso wie bei dem ersten Verhandlungsversuch am Morgen ein Verhandeln ablehnte. Erst als die Beratungen ihm ein verdächtiges Aussehen anzunehmen schienen, ging er in das Versammlungszimmer.

Wie in der morgendlichen Besprechung, wurde auch hier darauf hingewiesen, daß ein Zusammentreten und Verhandeln des Senats über die ihm vorgelegten Forderungen zunächst eine Freigabe des Rathauses durch die Menge und eine Einstellung der Feindseligkeiten zur Voraussetzung habe. Aus diesem Gedankengange heraus entwickelte sich dann der zuerst von Senator Sthamer gemachte Vorschlag eines Waffenstillstandes, der bis 3 Uhr nachmittags dauern und dem Senat Gelegenheit zu Verhandlungen im Rathause gewähren sollte. Hauptmann Senftleben widersprach hiergegen lebhaft, er bezweifelte es, daß der Kommission die Beruhigung der Menge gelingen werde, deren zwiespältige Zusammensetzung er durchschaute. Doch fügte er sich schließlich unter lebhaftem Sträuben, da der Kommandantur-

beauftragte Rusch auf einen Waffenstillstand drang und Hauptmann Senftleben seiner Person, die er ihrem Verhalten nach als den nach Lamp'ls Fortgang maßgeblichen politischen Vertreter der Kommandantur ansah, nicht den Gehorsam versagen zu können glaubte.

Der Abschluß des Waffenstillstandes bedeutete für die Truppe die Aufgabe der Freiheit ihrer militärischen Entschließung zugunsten politischer Erwägungen, und räumte Zivilisten von noch unbekannter Zuverlässigkeit der Urteilskraft und des Entschlusses ein Mitbestimmungsrecht über ihr weiteres Schicksal ein.

Ein anderes Verhalten hätte die Aufrichtung einer auf die Person von Hauptmann Senftleben sich gründenden Militärdiktatur über das Hamburger Rathaus und ihre Durchsetzung mit allen Waffen, auch der artilleristischen, ohne Rücksicht auf Häuser und Menschen ins Auge fassen müssen. Es hätte sich mit Notwendigkeit ergeben müssen, wenn ein solcher entschlossener Widerstand den Entsatz der Truppe durch von außen in die Stadt dringende Reichswehr ermöglicht hätte. Ob diese Möglichkeit in der entscheidenden Stunde der Waffenstillstandsverhandlung vom Rathause aus einwandfrei hätte festgestellt werden können, darf nach den oben erwähnten Beispielen füglich bezweifelt werden.

Hauptmann Senftleben ließ also unter dem Signal „Das Ganze Halt" das Feuer in der Linie stopfen und die Deputation verließ das Rathaus unter dem Schwenken einer weißen Fahne. Sie kehrte mit einer aus der Menge zusammengestellten „Abordnung des Gegners" in Stärke von drei Mann zurück, der auf ihre Anforderung von Hauptmann Senftleben bereitwilligst drei Zeitfreiwillige als Abordnung der Truppe beigesellt wurden. Mit diesen sechs Kronzeugen für die erfolgte Einigung trat die Deputation nunmehr einen Umgang um das Rathaus an, um die Menge allenthalben von der abgeschlossenen Waffenruhe unter Zuhilfenahme der lebend mitgeführten Beweismittel in Kenntnis zu setzen. Dieser gutgemeinte Versuch schlug indessen fehl, da der seit dem Morgen um das Rathaus ernsthaft kämpfende Teil der Menge sich auch hier wieder jeder Einflußnahme entzog und keinerlei Autorität über seinem Handeln anerkannte. Es trat also das ein, was Hauptmann Senftleben vorhergesagt hatte, ohne daß dieser indessen jetzt noch die Möglichkeit gehabt hätte, einem Geschicke, das er fremden Händen anvertrauen mußte, eine letzte rettende Wendung zu geben.

Der Umgang der Deputation befriedete Rathausmarkt und Alterwall, auf dem Adolphsplatz und am Burstah erreichte sie die gegenteilige Wirkung. Hierhin hatte sich vom Rödingsmarkt her, nach der Einnahme des Stadthauses der aktivste Teil der

Gegner gezogen, auf sie hatte das Erscheinen einer Deputation, mit der Absicht zu vermitteln, die Wirkung des roten Tuches auf den Stier. Der Pöbel, von Rechtsvorstellungen unbelastet, ließ sich nicht über die in seinen Händen befindliche Macht hinwegtäuschen, der aktive Linksradikalismus sich den Kampfpreis nicht von der Opportunitätsvermittlung der Mitte rauben.

Wilde Rufe: „Wir verhandeln nicht und geben kein Pardon" antworteten den erregten Bemühungen der umdrängten Vermittler. Die Angreifer ließen ihr Feuer zu neuer Höhe anschwellen, während die Posten der Truppe in stummer Verbissenheit das ihrige schweigen ließen. Soeben war ein erneuter Befehl zum Feuern gegeben worden, als die zwischen Rechtswahrung und Selbstbehauptung kämpfenden und im Gewissen der Truppe zu unerträglicher Anspannung erwachenden Zweifel durch den im plötzlichen Ansprunge erfolgenden raubtierartigen Einbruch des Pöbels in die entschlußunsicher gewordene Truppe ein jähes Ende fanden. Ihre Manneszucht, im Kampfe bewährt, grub ihr in der Verhandlung das Grab. Sie unterlag, als politische Verantwortung sie an der Entfaltung ihrer soldatischen Tugenden hinderte. Die Masse hatte über den Waffenstillstand einer Deputation gesiegt, über den Kampf der Truppe hatte er nicht zu siegen vermocht.

Im Innern des Rathauses war man auf diese Vorgänge unvorbereitet. Der dort befindliche Haupttrupp der Besatzung hatte lediglich den ruhigen Rathausmarkt im Auge und wurde der drohenden Gefahr in seinem Rücken nicht gewahr. Man hatte soeben im Bewußtsein der sich erstrittenen wohlverdienten Ruhe die Gewehre zusammengesetzt und schickte sich gerade an, das Aufziehen der Posten in erneuter Weise zu regeln, als plötzlich eine johlende, durch die Börse in das Rathaus gedrungene Menge die neben den zusammengesetzten Gewehren stehende Truppe überrumpelte und sie ohne die Möglichkeit einer Gegenwehr zur Abgabe der Waffen zwang. Der Ruhe und Besonnenheit von Hauptmann Senftleben und Leutnant Wipperling, die unter persönlicher Lebensgefahr in den johlenden bewaffneten Haufen sich begaben, gelang es, ein Gemetzel zu verhindern. Hauptmann Senftleben wurde dabei das Gewehr entrissen, das Koppel abgeschnitten und der Rock zerrissen. Sein Gesicht wurde mit Gewehrkolben blutig geschlagen und bespien.

Die entwaffnete Mannschaft trat auf Befehl von Hauptmann Senftleben nach der Alterwall-Seite hin an, um in würdiger Form unter militärischem Kommando — entwaffnet aber nicht besiegt — abzurücken. Aber auch dieses letzte Zeugnis ehrenhaften Soldatentums war dem Pöbel unerträglich, blindlings

und meuchelmörderisch schoß er in die in Reihenkolonne das Rathaus verlassenden Mannschaften. Zahlreiche Tote und Verwundete bedeckten als Folge dieses heimtückischen Überfalls den Straßenboden, die bis hierhin zusammenhaltende Truppe wurde durch ihn zersprengt. An eine Aufrechterhaltung der Ordnung war nun nicht mehr zu denken. In der einsetzenden Verwirrung gelang es einigen auf abenteuerliche Weise zu entkommen, die Mehrzahl wurde von der johlenden Masse in Empfang genommen und mit hocherhobenen Händen zum Heiligengeistfeld geführt, wo die dort sich versammelnde Arbeiterschaft das Gericht über sie abhalten sollte. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß in diesen Stunden neben Zügen namenloser Roheit auch solche tapferen und edlen Schutzes gegenüber den wehrlosen Opfern zutage traten. Stets waren eine Anzahl besonnener und anständiger Elemente aus der Arbeiterschaft bereit, die Geschwächten und Wehrlosen vor tätlichen Angriffen zu schützen und ehrlich bemüht, dem erlegenen Gegner eine würdige Behandlung zuteil werden zu lassen. Gegenüber dem Andringen der Menge waren ihre Bemühungen zwar oft zur Fruchtlosigkeit verurteilt, doch war es ihnen beschieden, das Schlimmste abzuwenden. Nachdem die Truppe eine Zeitlang in der Heiligen Geistkirche eingeschlossen war, wurden die einzelnen von der Menge einer Art Verhör unterzogen und dann zumeist nach einigen körperlichen Insulten laufen gelassen. Freilich sollte auch das für viele noch nicht das Ende der Verfolgung bedeuten. Den meisten waren Brieftaschen und Ausweispapiere, manchen auch Wertsachen bei dem erfolgten Überfall entwendet worden. Das gefundene Material ist dann anscheinend von bestimmten Kreisen der Aufrührer systematisch ausgewertet worden. Jedenfalls hatten sich in den folgenden Tagen noch zahlreiche Zeitfreiwillige unliebsamer Besuche in ihren Wohnungen zu erfreuen, vor deren Wiederholung sich manche schließlich nur durch eine heimliche Entfernung aus ihrer dem Pöbel ausgelieferten Vaterstadt zu entziehen vermochten.

Ärger erging es der im Alterwallhof eingeschlossenen Abteilung Bundies. Sie hatte dort das erste und das zweite Stockwerk besetzt und die ganze Zeit über unter dem heftigen Feuer schwerer Maschinengewehre und auf den Dächern versteckter Scharfschützen nur mit Mühe sich behaupten können. Das feindliche Feuer machte fast jede Bewegung zur Unmöglichkeit, gleich zu Beginn fiel ihm der in der Haustür als Posten aufgestellte Zeitfreiwillige O v e O v e n s, der Vater mehrerer Kinder, zum Opfer. Vergebens bemühte sich Leutnant Bundies, durch Fernsprecher Entsatz herbeizurufen, Hauptmann Senftleben glaubte

diesen nicht gewähren zu können, auch zu der artilleristischen Niederkämpfung des Gegners kam es nicht mehr. Schließlich erreichte die Abteilung die telephonische Nachricht von den begonnenen Verhandlungen, etwa eine Stunde später hörte man die Trompetensignale, die man sich zunächst nicht zu deuten wußte, bis auf der Straße der vom Rathaus kommende Leutnant S a n d e r mit weißer Binde um den Arm sichtbar wurde und in das Haus gelangen konnte. Er überbrachte von Hauptmann Senftleben den Befehl: „Gewehr bei Fuß". Daraufhin brachen Leutnant Bundies und Leutnant Droege zusammen mit Leutnant Sander zum Rödingsmarkt auf, um die Gegenseite zum Einstellen des Feuers zu bewegen. Etwa auf der Höhe des „Hamburgischen Correspondenten" trafen sie mit Führern der Gegenseite zusammen, denen Gesindel von fremdem Aussehen nachdrängte. Matrosen bildeten eine Kette und drängten dieses zurück. Die Verhandlungen wurden sofort von dem wilden Schreien der Menge: „Haut sie tot, es sind Offiziere" unterbrochen, die Kette der Matrosen von hinten überrannt, die drei Offiziere zu Boden gerissen. Über sie hinweg stürmte die Masse auf den Alterwallhof zu, dessen unvorbereitete Besatzung, die die Waffen aus der Hand gelegt hatte, keine Zeit zu Gegenwehr mehr fand.

Leutnant Sander wurde von der Menge zum Rathause geschleppt. Als dort die Schießerei auf die Wehrlosen begann, sprang er mit zwei anderen Zeitfreiwilligen zu einem vor Lünemanns Keller stehenden verlassenen Maschinengewehr der Kommunisten und begann mit diesem einen letzten Widerstand zur Rettung seiner Kameraden zu versuchen. Hierbei wurde er an Backe und Kinn verwundet, versuchte sich vor der andrängenden Menge durch einen Sprung in die Alster zu retten und wurde von dieser beim Versuche des Durchschwimmens ertränkt. Der zweite Mann der Maschinengewehr-Besatzung fiel bei der Waffe, dem dritten gelang es dadurch, daß er sich tot stellte, dem gleichen Schicksal zu entgehen. Leutnant Droege wurde von der Menge gepackt und auf dem Hochbahnviadukt zum Bahnhof Baumwall geführt, auf der Straße von einer johlenden Menge gefolgt, die ihm mit Ertränken in der Elbe drohte. Er wurde schließlich in das mittlerweile erstürmte Stadthaus eingeliefert und dort nächtlicherweise von einem Kommunisten befreit, der ihn mit Zivilzeug versah und bis zur Altonaer Grenze geleitete. Den Leutnant Bundies versuchte die Menge an Ort und Stelle zu lynchen. Weiber und Männer traten ihm den Körper ein und versuchten ihm mit seinem eigenen Stahlhelm den Schädel zu zertrümmern. Die Rettungsversuche der Parlamentäre blieben vergebens. Man

schleppte auch ihn auf den Bahnhof Rödingsmarkt, wo der Apotheker Reubert eine Sanitätsstation eingerichtet hatte. Seinen Händen wurde er durch neue Drohungen entrissen und schließlich in ein Haus am Burstah geschleppt. Dort schien ihm ein im vollen Blutrausch befindlicher Mann mit einem Schlachtermesser den Todesstoß geben zu wollen, als noch einmal das Dazwischentreten besonnener Leute ihm das Leben rettete. Er wurde dann durch einen Wagen in das Hafenkrankenhaus gebracht.

Die in dem Alterwallhof befindliche Besatzung war bei dem Eindringen des Gegners zum Hausboden hinaufgelaufen, von dem aus es ihr noch rechtzeitig gelang, auf das Dach zu entkommen und von dort aus über Nachbardächer hinweg in abenteuerlicher Flucht den Weg in Spitzböden und Lichtschächte zu finden, in denen sie die über ihren Köpfen hin und her suchenden Verfolger, die ihnen in vielen Flüchen den Todessturz aus dieser luftigen Höhe prophezeiten, nicht finden sollten. Nach einer qualvollen Nacht konnten sie am nächsten Morgen den Weg nach Hause antreten. Es soll in diesem Zusammenhange nicht verschwiegen werden, daß den gehetzten Flüchtlingen im Hause der Deutschen Bank von Bewohnern Hilfe versagt und ihre Lage dadurch ungemein erschwert wurde.

Die bei Schadendorf befindliche Einwohnerwehrwache löste sich nach diesen Vorgängen auf, nachdem sie von der Kommandantur den Räumungsbefehl und vom Hauptbahnhof die Nachricht erhalten hatte, daß die dort befindliche Volkswehrwache zu den Kommunisten übergegangen sei.

Der Führer der Einwohnerwehr, Hauptmann Coqui, wurde am Gewerkschaftshaus an die Wand gestellt, um erschossen zu werden. In diesem Verlangen taten sich wieder besonders die anwesenden Weiber hervor: „Schießt ihn nur schnell tot, sonst entkommt er, wie vorhin die Bahrenfelder.“ Coqui trat der Menge unerschrocken entgegen und hielt ihr eine energische Rede von wegen „Schweinerei“ und „Leute, die ihren Dienst tun“. Das hatte zur Folge, daß er von einigen beherzten Leuten ins Gewerkschaftshaus hineingezogen wurde. Als er wieder der Menge ausgeliefert werden sollte, wurde er von sechs Kommunisten über die Dächer, Richtung Norderstraße, ins Freie gebracht und in ein Auto zur Heimfahrt gesetzt.



VII.

Versagen der hamburgischen Regierungsgewalten. — Eingreifen der Reichsregierung. — Einmarsch des Korps Lettow-Vorbek. — Erneute Tätigkeit der Zeitfreiwilligen.

Mit der Eroberung des Rathauses und der Gefangensetzung der Bahrenfelder war der Staatsautorität in Hamburg das letzte öffentliche Symbol ihrer Wirksamkeit wie jede tatsächliche Macht genommen. Der aus dem Rathause depossedierte Senat tagte im Gebäude der Oberschulbehörde und beschloß, die Hilfe des Reiches zur Wiederherstellung seiner Regierungsgewalt zu erbitten. Der einer Truppenmacht entbehrende Stadtkommandant versuchte von der Wandsbeker Kaserne aus in einem Aufrufe an die ihm zustehende Kommandogewalt zu erinnern und wartete im übrigen die herannahende Reichswehrhilfe ab. Die versprengten und flüchtigen Zeitfreiwilligen sammelten sich in der Bahrenfelder Kaserne und vereinten sich mit den Restbeständen der Wachtabteilung zur Verteidigung des eigenen Grund und Bodens.

In der Stadt selbst herrschte aber unumschränkt jene Zwölferkommission der Betriebsräte, die, einst zu anderen Zwecken berufen, sich nun ungehindert als eine Art interimistischer Regierungsgewalt konstituierte. Durch einen Appell an die Ruhe und Einsicht der Bevölkerung und durch eine Aufforderung zur freiwilligen Waffenabgabe war sie bemüht, nach der Entfernung der militärischen Macht aus dem Stadtkern nunmehr auch einen Einmarsch von Truppen von auswärts zu verhindern. Durch Zeitungsaufrufe trachtete man vielmehr die Volkswehrmannschaften zur Weiterführung ihres Dienstes zu gewinnen und ihre Position dadurch moralisch zu stärken, daß man ihren Abteilungen Vertrauensleute der Arbeiterschaft beigesellte. Von ihrer Verstärkung durch bewaffnete Arbeiter sah man ab, da man durch eine solche den befürchteten Einmarsch von Reichstruppen herbeizuführen glaubte.

So stellte sich dem in seiner Mehrheit der Arbeiterschaft entstammenden Senat ein in ihrem Namen auftretender Vollzugsrat entgegen. Dem jungen sozialistischen Staatsbewußtsein trat der alte sozialistische Klassenkampfgedanke gegenüber, dem Hilfeverlangen an die Reichsregierung antwortete die Selbsthilfe der einheimischen Arbeiterklasse.

Den Anstrengungen der Zwölferkommission gelang es nicht, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach der Erstürmung des Rathauses breitete sich der Aufruhr über die ganze Stadt aus. Im Rathause selber wurden die dort befindlichen Kassen erbrochen und aus ihnen 33 000 Mark entwendet. Das silberne Schreibgeschirr des Bürgerschaftspräsidenten verschwand. Im Ehrenhof ergriffen Halbstarke und Demonstranten die Waffen der Bahrenfelder. Das einzige erbeutete Geschütz wurde unermüdlich durch die Straßen gefahren. In Hamburg und in Altona wurden die Gerichtsgefängnisse gestürmt und Gefangene befreit. Akten wurden bündelweise aus den Fenstern geworfen und auf den Straßen verbrannt. Plündernde Banden durchzogen nachts die Villenviertel und drangen in die Häuser ein. Erst als der Haß gegen die bestehende Ordnung und die Lust an der sinnlosen Zerstörung sich so Luft gemacht hatten, brach der Aufruhr an den natürlichen Gesetzen seiner eigenen Dynamik in sich zusammen, nicht aber weil man ihm von außen Halt geboten hatte. Er konnte jeden Tag sich an einem unbedeutenden Ereignis erneut entzünden. In einer Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute erklärte Schiller, daß zur Entwaffnung so gut wie gar nichts geschehe.

Machtlos gegen die in Hamburg entstandene Lage erwies sich auch die mit ungenügenden Kräften und unzuverlässigen Truppen seitens der Reichswehrbrigade 9 von Wandsbek aus gegen Hamburg am Morgen des 27. vorgenommene militärische Demonstration. Zwischen ihrem Befehlshaber und dem mit ihm in Verbindung stehenden Kommandanten Lamp'l einerseits, dem Zwölferausschuß andererseits war ein Abkommen dahingehend getroffen, daß ein Eingreifen nicht erfolgen solle, wenn es dem Zwölferausschuß gelänge, die Gefangenen in ihre Haft zurückzuführen, die Bevölkerung zu entwaffnen und die Freigabe der gefangen gehaltenen Bahrenfelder zu erwirken. Diese Bedingungen konnten nicht als erfüllt angesehen werden. Die Gefangenen waren zwar teils aufgegriffen worden, teils freiwillig zurückgekehrt, zu einer Entwaffnung waren aber ernsthafte Anstalten weder geschehen noch zu erwarten, und die Freigabe der 156 im Justizgebäude gefangengehaltenen Bahrenfelder war nur unter der Bedingung geschehen, daß diese nicht wieder für

die verfassungsmäßige Regierung ihre Waffe erheben würden. So erfolgte am Morgen des 27. der Einmarsch. Die schwache Truppenabteilung drang ungehindert bis zum Hauptbahnhof. Hier kam es um die Mittagszeit zu Bedrängungen und Verhandlungen mit einzelnen Posten durch die sich zahlreich ansammelnde Menge. Als es schließlich zu Entwaffnungen kam, wurde die Abteilung, die sich der Lage nicht gewachsen sah, nach Wandsbek zurückgenommen. Die ihr angehörenden Kontingente wurden bald darauf vom Reichswehrminister aufgelöst.

Wie zwischen Senat und Zwölferausschuß, so entstand in diesen Tagen auch ein Gegensatz zwischen dem Kommandanten Lamp'l und dem ihn umgebenden Kommandantur-Soldatenrat. In einem öffentlichen Aufruf verlangte letzterer, der Kommandant von Groß-Hamburg habe nicht an der Spitze der Reichswehr, sondern an der Spitze der organisierten Arbeiterschaft Hamburg zu entwaffnen.

So waren in Hamburg die politischen und militärischen Verhältnisse durch den Zwist im sozialistischen Lager auf einen toten Punkt angelangt. Der acht Monate aufrechterhaltene Versuch einer selbständigen groß-hamburgischen Revolutionspolitik fand an seinen eigenen Unzulänglichkeiten ein Ende. Als nunmehr die Hilfe des Reiches vor Hamburg erschien, hatte diese nicht nur die Aufgabe, die innere Ordnung des Hamburger Staatswesens wiederherzustellen, sondern auch damit gleichzeitig Zuständen ein Ende zu bereiten, die einer in der Reichswehr wieder erstandenen Reichseinheit gegenüber zu einer Anomalie geworden waren.

Schon am 25. Juni hatte das Reichskabinett in eigenem Entschluß, die Gunst der Stunde ergreifend, die Reichsexekution gegen Hamburg beschlossen und mit dieser den General von Lettow-Vorbek beauftragt. Um ihn scharten sich bewährte Truppen aller deutschen Stämme: Teile des Freikorps Epp, dessen junge Offiziere und Studenten soeben noch, aus dem Ohrdrufer Lager hervorbrechend, München von der Räteherrschaft befreit hatten, die Schutztruppenregimenter, mit deren Namen und Angehörigen sich die Erinnerung an die heldenhafte Verteidigung der deutschen Kolonien verband; die Landesschützenbrigade, in der die altmärkischen Traditionen des Garde- und des III. Korps fortlebten; die norddeutschen Kontingente der Brigade 9 und des Freikorps Schleswig-Holstein. Am 30. Juni war ihr Aufmarsch beendet und Hamburg von Harburg bis Blankenese militärisch in einem Halbkreis umzingelt, den die Alster für die eigentliche Operation in zwei annähernd gleichgroße Sektoren zerlegte.

In einem dem Vertreter des Hamburger Fremdenblattes am 29. Juni gewährten Interview legte der Reichswehrminister noch einmal die Gründe seines Handelns dar. Die Lebensinteressen des Reiches standen mit der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Spiel. Von amerikanischen Offizieren war die deutsche Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht worden, daß die für das deutsche Volk bestimmten im Hamburger Hafen gelöschten Lebensmittel zu einem großen Teil das Binnenland infolge Diebstahls im Hafengelände nicht erreichten. Die solcherart versagende Volkswehr widersprach zudem den Existenzmöglichkeiten des Reichsheeres. Der Aufbau einer leistungsfähigen Sicherheitstruppe im Haupteinfuhrhafen des Reiches war bei dem Versagen der Landesbehörden zur Reichsnotwendigkeit geworden.

In den Ring des Aufmarsches gliederten sich auch die Bahrenfelder als geschlossene Truppe mit wiedergewonnener Kampfkraft ein. Schon am Nachmittag des 25. war es zahlreichen Zeitfreiwilligen allen Verfolgungen zum Trotz auf oft abenteuerliche Weise gelungen, sich zu den Kasernen durchzuschlagen und ihre geringe Besatzung zu verstärken. Mancher, der bisher den Zeitfreiwilligen ablehnend gegenübergestanden hatte, eilte jetzt in der Stunde der Gefahr hinaus und stellte sich in ihre Reihen. Der regelmäßige Wachtdienst wurde keinen Augenblick unterbrochen, Feldwachen eingegraben und Geschütze in Stellung gebracht. Der erwartete Angriff kam indessen nicht, der plündernde Mob blieb bei den Gerichtsgebäuden in Altona hängen und fand nicht den Weg nach Bahrenfeld hinaus. Während in der Kommandantur ein ratloses Durcheinander Platz griff — sie konnte am Nachmittag nur noch acht Mann und hundert Gewehre melden — und man dort sich nicht einmal in der Lage befand, die Einwohnerwehr mangels der Anschriften ihrer Bezirksführer ohne Hilfe zu alarmieren, war man in dieser selbst mehr auf dem Posten. Die jungen Mitglieder wurden nach Bahrenfeld hinausgeschickt; der Bezirk Groß-Flottbek—Othmarschen, der als einziger schon Gewehre besaß, verteilte diese unter seine Mitglieder und versetzte sich in den Alarmzustand. In Abwesenheit aller Führer bei den Kämpfen hielt die einzig noch verfügbare sachkundige Persönlichkeit, die bisherige Mitarbeiterin im Bureau der Altonaer Einwohnerwehr, Fräulein Ketels, hier in rascher Entschlossenheit und unermüdlicher Tätigkeit die Verbindungen aufrecht.

Allmählich kehrten auch einzelne Verwundete zur Truppe zurück. Im Hafenkrankenhaus, in das die meisten eingeliefert worden waren, hatte man sie zunächst mit dem Bescheid, sie seien Internierte der neuen Regierung, zurückbehalten, dann aber

doch, weil die Kranken hier nicht sicher vor der Wut des Pöbels waren, alle, die irgend gehen konnten, heimlich und möglichst ungesehen entlassen. Mancher von ihnen wie von den anderen Zeitfreiwilligen mußte eilig aus Hamburg fliehen, da er in den Wänden seiner Wohnung vor den Nachstellungen der Gegner nicht sicher war.

Am 1. Juli marschierten in den frühen Morgenstunden die Reichstruppen von allen Seiten in Hamburg ein, ohne einem nennenswerten Widerstand zu begegnen. Nach achtmonatiger Herrschaft der roten Fahne über Hamburg wurde unter ihrem Schutz zum erstenmal seit der Revolution wieder die hamburgische Staatsflagge zur Laube des Rathauses herausgehängt, grüßten erstmalig wieder die deutschen und preußischen Farben von den Altonaer und Wandsbeker Regierungsgebäuden. Den Bahrenfelder Zeitfreiwilligen war ihr Wunsch, die Wache im Hamburger Rathause übernehmen zu dürfen, versagt geblieben. Im Verbande der Freiwilligen Wachtabteilung gehörten sie der unter dem Befehl des Oberstleutnants von Ledebour stehenden Reichswehrgruppe A an und wurden gemeinsam mit dem I. Bayerischen Schützenregiment Hergott zunächst zur Besetzung Altonas verwandt. Während dieses die Umgegend des Altonaer Bahnhofs besetzte, fand die Frewaba ihre Unterkunft im Christianeum und sicherte die Grenze gegen St. Pauli, das zunächst noch unbesetzt blieb. Die „preußischen und afrikanischen Truppen", um uns der Worte der Hamburger Volkszeitung zu bedienen, hatten Hamburg besetzt.

In der Nacht vom 3. auf den 4. Juli wurde durch das bayerische Detachement und die Frewaba auch der Stadtteil St. Pauli besetzt und dieser der gründlichen militärischen Sanierung unterworfen. Für die Zeitfreiwilligen begann ein äußerst anstrengender Dienst. Am Tage mußte der über die Reeperbahn flutende und sie kreuzende starke Verkehr geregelt werden, nachts galt es, das unübersichtliche und nicht ungefährliche Hafenviertel durch starke Patrouillen zu sichern. Dazu kamen am Tage umfangreiche Haussuchungen nach Waffen und die solche begleitenden Straßenabsperrungen, nachts die Unterstützung der Kriminalpolizei bei Überholungen von Absteigequartieren und Kaschemmen. Eine Fülle verwaltungstechnischer, polizeilicher und militärischer Aufgaben mußte in einem der dichtbevölkertesten und schwierigsten Stadtteile Hamburgs von der nur kleinen Truppe gelöst werden.

❃

VIII.

Neuordnung des hamburgischen Sicherheitsdienstes. — Was wird aus den Zeitfreiwilligen? — Begründung einer groß-hamburgischen Zeitfreiwilligenorganisation.

Unter dem Schutze und der Mitwirkung seiner mobilen Streitkräfte begann der Stab Lettow mit einer umfassenden Reorganisation der militärischen Verhältnisse Hamburgs, um nach dem Abzuge der auswärtigen Truppen in der Stadt Einrichtungen zu hinterlassen, die hinreichende Gewähr für ihre zukünftige Sicherheit boten. Durch systematische Waffensuche in allen Stadtteilen wurden 85 Maschinengewehre, 8000 Gewehre, 2000 Karabiner und hunderttausende Schuß Infanteriemunition aus den Händen der Bevölkerung wieder eingebracht. Die Angehörigen der Volkswehr wurden beurlaubt und später entweder entlassen oder in die neuaufgestellten Formationen eingestellt. Unter dem Kommando des Oberst Völkers wurde aus zuverlässigen Volkswehrmannschaften, Neuangeworbenen und Angehörigen des Freikorps Schleswig-Holstein eine militärisch organisierte Sicherheitswehr aufgestellt und in Verbindung mit dieser eine besondere Hafensicherheitstruppe geschaffen. Dem „Chef der Sicherheitswehren" wurde auch die Einwohnerwehr unterstellt, die dadurch erstmalig klare Kompetenzen gewann. Durch Verordnung vom 4. Juli wurde beim Stabe Lettow eine besondere Abteilung Einwohnerwehr geschaffen und diese dem bewährten bisherigen Hauptgruppenführer Bering unterstellt. Die Einwohnerwehr selber wurde militärisch durchgegliedert und bewaffnet, durch umfangreiche Werbung auf die breiteste Basis gestellt und zu regelmäßigem Wacht- und Postendienst in allen Stadtteilen verwandt. Die aktiven Mannschaften der Freiwilligen

Wachtabteilung Bahrenfeld wurden mit den aus dem Seebataillon hervorgegangenen „Schwarzen Jägern" zum Reichswehr-Jäger-Bataillon Hamburg vereint und später zum 1. Bataillon Reichswehr-Regiment 18 übernommen. Die Garnison dieser Truppenteile wurde Bahrenfeld. Der bisherige Infanterieführer der Reichswehr-Brigade 9, Oberst von Wangenheim, wurde zum Garnisonältesten von Hamburg, Altona und Wandsbek ernannt und ihm der Geschäftsbereich der ehemaligen Kommandantur zur Verwaltung übergeben.

Welch ein Unterschied lag zwischen dem kaum gewesenen Verzweiflungskampf eines im Hamburger Rathaus von aller Unterstützung abgeschnittenen, auf eigene Faust sich zusammenfindenden Häufleins Zeitfreiwilliger und einem solchen planmäßigen Ausbau aller militärischen Machtmittel unter dem Schutze der Autorität des Reiches. Haltung und Zucht, Ausrüstung und Ausbildung, Führung und Einsatz der Reichstruppen ließen zum erstenmal in Hamburg praktisch ermessen, wie sehr die dortigen Verhältnisse hinter den im übrigen Deutschland verwirklichten Voraussetzungen für ein vernunftgemäß zu rechtfertigendes militärisches Handeln zurückgeblieben waren. Unter dieses Urteil mußten notwendig in ihrem augenblicklichen Zustande auch die an Bahrenfeld angeschlossenen Zeitfreiwilligen fallen. Ohne nennenswerte zahlenmäßige Stärke, im Besitze nur mangelhafter militärischer Ausrüstung, ohne feste Anlehnung an übergeordnete Stellen führten sie ohne ihre Schuld unter den bisherigen Verhältnissen eine Art militärischen Winkeldaseins, verleumdet und schlecht behandelt und doch das zuverlässigste, was Hamburg bisher an Streitkräften besaß. Sollten sie nunmehr mit der Zeit, in der allein ihre Entstehung sich ermöglicht hatte, zugrunde gehen als eine überholte Einrichtung ähnlich der Volkswehr?

Hiergegen sprachen gewichtige Gründe. Unter ihnen war der wichtigste die Einsicht, daß auch in Zukunft die regulären Truppen des Reiches nicht in der Lage sein würden, ohne die Hilfe von Freiwilligen die ihnen gestellten Aufgaben zu lösen. Für eine solche Unterstützung kamen aber in einem ernsthaften Falle — das hatten die Erfahrungen der letzten Zeit gezeigt — weder polizeiliche Kräfte, noch die lokalen Aufgebote der Einwohnerwehr in Betracht. Nur eine militärisch geführte und nach militärischen Grundsätzen aufgebaute und ausgerüstete, im Bedarfsfalle rasch zu mobilisierende Truppe konnte den notwendigen Anforderungen genügen. Wenn auch in normalen Zeiten die für Hamburg getroffenen Sicherheitsmaßnahmen als ausreichend betrachtet werden konnten, so mußte es doch fraglich erscheinen,

ob bei einem plötzlich erneut ausbrechenden Aufruhr nach Bindung der Polizeikräfte das einzige in Bahrenfeld vorhandene Reichswehr-Bataillon zu einer durchgreifenden Kampfhandlung ausreichen würde. Die rasche Bereitstellung auswärtiger Truppenteile hing aber von der jeweiligen Gesamtlage ab und konnte nicht immer sofort gewährleistet werden.

Aber abgesehen von solchen allgemeinen militärischen Erwägungen sprach für die Beibehaltung der Zeitfreiwilligen noch ein anderer Umstand. Es lag etwas Widersinniges in dem Gedanken, daß die Sicherung Deutschlands gegen Chaos und Verwüstung in Zukunft nur dem Berufssoldaten obliegen und nicht mehr von jedem wehrfähigen Manne als eine ihm selbstverständliche staatsbürgerliche Verpflichtung auferliegen sollte. Der innere Gehalt des Zeitfreiwilligengedankens lag doch gerade darin begründet, daß der zum Zeitfreiwilligen gewordene Bürger sich dem Schicksal des Staates mit Leib und Leben in lebendiger Staatsgesinnung verband, anstatt demonstrierend seiner Obrigkeit den Gehorsam zu versagen oder im Schutze von Berufssoldaten seinen persönlichen Geschäften nachzugehen. Eine solche Gesinnung ist für den Bestand jedes Staatswesens unerläßlich. Über die Sorgen des Augenblicks hinaus mußte daran gedacht werden, sie dem deutschen Leben als aufbauende Kraft zu erhalten. So stark und wohltuend das Eingreifen der Reichstruppen in Hamburg wirkte, die Entwicklung durfte sich nicht überschlagen und dahin führen, daß unter dem Eindruck einer präzisen vom Reiche her in Bewegung gesetzten militärischen Organisation die freie Willensentscheidung für den Dienst am Staate dem Hamburger Leben verlorenging.

Solchen Gedankengängen mußte freilich der bisherige Rahmen der Hamburger Zeitfreiwilligenorganisation eher abträglich als förderlich werden. Entweder die Idee ergriff die breiten Schichten der wehrhaften Jugend und wurde dadurch zu einer legitimen Macht im Staatsleben oder ihr wurden Größe und Würde genommen. Es übte eine korrumpierende Wirkung auf die öffentliche Moral, daß Tausende neugierig zusahen, wie einige Hunderte ihr Leben an die Verteidigung der Staatsautorität setzten. Es mußte als unleidlich erscheinen, daß bayerische Studenten in Altona auf Posten standen und in St. Pauli Häuser durchsuchten, während die Mehrheit der hamburgischen Studentenschaft unweit hiervon ungestört ihren Examensarbeiten oblag. Es war auf die Dauer unerträglich, daß einige wenige fortgesetzt Beruf und Studium opferten, während ihre Umwelt nur auf den eigenen Vorteil bedacht war. In den vergangenen Zeiten hatte dies noch alles angehen mögen. Eine erstarkte Staats-

autorität mußte aber entweder den Mut zur öffentlichen Anerkennung und Billigung solcher Leistung finden und sie ihren Bürgern als das Maß ihres eigenen Seins hinstellen oder sie verwirkte den Anspruch auf eine innere Hingabe ihrer Bürger an den Vollzug ihres Willens.

Während die Posten kamen und gingen, Streifen ausgesandt und Überholungskommandos abgesondert wurden, wurden auf dem Musikpodium des mit Strohsäcken überfüllten St.-Pauli-Bierpalastes, der den Zeitfreiwilligen als Quartier angewiesen worden war, in den wenigen dienstfreien Augenblicken diese Gedankengänge unter ihnen erörtert. Es war klar geworden, daß eine Entscheidung auch für das Zeitfreiwilligenkorps mit dem Einmarsch der Lettow-Truppen fallen mußte. So reifte allmählich der zuerst von dem Zeitfreiwilligen Droege ausgesprochene Plan heran, die neugewonnene Staatsautorität mit dem Dienst am Zeitfreiwilligengedanken zu verbinden und ihm dadurch die bislang fehlende allgemein gültige und tragfähige Unterlage zu verschaffen. Das Korps Lettow, der Hamburger Senat, die Korporationen der Kaufleute und Handwerker sollten gemeinsam zum Zeitfreiwilligendienst aufrufen, Universität und Schulen geschlossen und für die Zeit vom 10. bis 16. Juli die waffenfähige Hamburger Jugend als Zeitfreiwillige in den Dienst der Reichswehr gestellt werden.

Mit diesen Grundgedanken trat ein aus der Mitte der Zeitfreiwilligen sich bildender fünfköpfiger Ausschuß unter Führung der Zeitfreiwilligen Bundies und Droege an die vorgesetzten Dienststellen heran. Er fand bei ihnen weitgehendes Verständnis und warmherzige Förderung für seine Bestrebungen. Zum erstenmal in ihrer Tätigkeit trafen die Zeitfreiwilligen auf Vorgesetzte, die in der Lage und auch gewillt waren, etwas Entscheidendes zur Verbesserung und Festigung ihrer Stellung zu tun. Beim Stabe der Reichswehr-Gruppe A war es vor allem der ihr zugeteilte Generalstabsoffizier Hauptmann von Rauchhaupt, im Korpsstabe der Chef des Stabes, Major Matthias, die in unermüdlicher Weise sich der Zeitfreiwilligen trotz aller sonstigen Dienstverpflichtungen annahmen. In einer den fünf Vertretern von General von Lettow gewährten Audienz wurden die Grundzüge des gemeinsamen Vorgehens festgesetzt. Am 9. Juli erschienen die Aufrufe des hamburgischen Senats und des Altonaer und Wandsbeker Stadtmagistrats sowie der Handels-, Detaillisten- und Handwerkskammern in den Zeitungen, die vor allem die noch in der Berufsausbildung stehende Bevölkerung aufforderten, sich vom 10. bis 16. Juli als

Zeitfreiwillige in den Dienst der Regierung zu stellen und am 10. morgens sich zur Aufnahme in Bahrenfeld einzufinden.

Damit waren die notwendigen autoritären Grundlagen für die Schaffung einer umfassenden hamburgischen Zeitfreiwilligenorganisation durch rasche eigene Initiative geschaffen worden, und es erwuchs nun die weitere Aufgabe, in dem so vorgezeichneten Rahmen zu einer erfolgreichen Tätigkeit zu kommen und diese in einen dauernden Zusammenhalt hinüberzuleiten. Es war nicht ganz leicht, mit den wenigen verfügbaren Kräften die 1200 ausgebildeten und 550 unausgebildeten Hamburger Männer und Jünglinge, die sich scharenweise am Morgen des 10. in Bahrenfeld meldeten, militärisch verwendungsbereit zu machen. Dank einer vorzüglich vorbereiteten Organisation gelang es indessen, die ausgebildeten Mannschaften noch am selben Tage einzuteilen und ausrücken zu lassen, so daß sie am selben Abend bereits von ihrem Stützpunkt in der Bavaria-Brauerei auf St. Pauli aus in den Wachtdienst der aktiven Truppe verstärkend eingreifen konnten. Die einzelnen Zeitfreiwilligenzüge wurden auf die Stärke von Kompagnien gebracht, neue Stämme aufgestellt, die Spezialabteilungen erweitert. Vom ersten Augenblick an gab es für die Neueintretenden unter Vermeidung jedes unnützen Formalismus und irgendeines äußeren Drills den strammsten Dienst auf Posten und Patrouille, in Tag und Nacht währender Alarmbereitschaft. Nach wenigen Tagen waren die Neuankömmlinge mit den alten Zeitfreiwilligen zu einer Einheit verschmolzen, die nunmehr in einer Stärke von annähernd 1500 Zeitfreiwilligen dem Leben von St. Pauli seinen Stempel aufdrückte.

Alle Unausgebildeten, unter ihnen zahlreiche Schüler der oberen Klassen der Fach-Fortbildungs- und Höheren Schulen, wurden in Bahrenfeld in einer Ausbildungsabteilung zusammengefaßt, um zunächst unter der Leitung erfahrener Offiziere einer sechs- bis achtwöchigen intensiven Ausbildung unterzogen zu werden. Für einen Einsatz gegenüber der Bevölkerung kamen sie in keiner Weise in Frage, vermochten aber die Truppe von dem zahlreiche Kräfte beanspruchenden Wachtdienst in Bahrenfeld zu befreien.

Am 14. Juli konnten nach einer zweiwöchigen anstrengenden Tätigkeit das Korps Lettow und mit ihm die Zeitfreiwilligen ihre Aufgabe der militärischen Sanierung und Neuordnung der hamburgischen Verhältnisse in den Grundzügen als beendet ansehen. Die Reichswehrtruppen wurden in den folgenden Tagen auf das Hamburg umgebende preußische Gebiet zurückgezogen.

Am 15. Juli fand die militärische Trauerfeier für die bei den Kämpfen für den Staat Gefallenen in der Petrikirche statt. Es war ein heller Sonnentag, als die Glocken von Hamburgs Türmen läuteten, die Flaggen auf den Gebäuden auf halbmast gingen und in langen Zügen die Zeitfreiwilligen zum Ehrendienst für ihre toten Kameraden anrückten. Die Kirche war schwarz ausgeschlagen, vor der Kanzel hing die kranzgeschmückte Tafel der Gefallenen. Im rechten Kirchenschiff hatten die Angehörigen Platz genommen, das ganze linke Kirchenschiff war von feldgrauen Bahrenfeldern in Stahlhelmen, Gewehr zwischen den Knien, sechzig scharfe Schuß in der Tasche, besetzt. Im Senatsgestühl saßen die Vertreter des Staates, unter ihnen der General Lettow, unscheinbar in Pelerine und Mütze. Die Feier, in der Hauptpastor D. Dr. Rode sprach, war schlicht und ergreifend. Bis ins Innerste packend war der brausende Schlußgesang — Herr mach' uns frei —, während ein leuchtender Sonnenstrahl die Namen der sechzehn Gefallenen traf. Langsam zogen die Abteilungen in ihre Quartiere zurück. „Ich hatt' einen Kameraden."

Nach dem dunklen Trauertag kam ein heller Festtag. Der Morgen des 16. vereinte noch einmal alle Bahrenfelder vor ihrer Entlassung auf dem Spielbudenplatz in St. Pauli zu einer Abschiedsparade vor Lettow-Vorbek. In kurzen prägnanten Worten dankte der General den im offenen Viereck aufgestellten Zeitfreiwilligen für die geleistete Hilfe und nahm hierauf ihren Vorbeimarsch ab. Am Nachmittag rückte dann die Mehrzahl der Zeitfreiwilligen nach Bahrenfeld zurück. Die Bevölkerung ließ es sich nicht nehmen, die Heimkehrenden überreich mit Blumen zu schmücken. Die „Bahrenfelder" begannen in ihren Herzen sich einen Platz zu erobern.



IX.

Die Grundlagen der neuen Zeitfreiwilligenorganisation. — Das Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg. — Aufbau, Gliederung und Tätigkeit des Korps. — Die Bestimmungen des Friedens von Versailles.

Drei Forderungen waren es, von deren Erfüllung die Erhaltung und der Ausbau des so glücklich Begonnenen abhängig war.

Die erste betraf die Schaffung einer ständigen mit leitenden Befugnissen ausgestatteten Dienststelle für alle inneren Zeitfreiwilligenangelegenheiten. Als solche waren alle Vorarbeiten bis zu dem eigentlichen militärischen Einsatz, der die Zeitfreiwilligen in geschlossenen Formationen den aktiven Reichswehrtruppenteilen angegliedert sah, zu betrachten. Es kamen in Frage: die Ausbildung des Nachwuchses, die Werbung in der Bevölkerung, die Gliederung und Alarmordnung des Zeitfreiwilligenverbandes, seine Ausrüstung und Bewaffnung. Bisher schon hatten diese Dinge unter dem Umstand gelitten, daß sie von dem Bahrenfelder Bataillonsstab nebenamtlich geleitet werden mußten, nach dem Anwachsen der Zahl der Zeitfreiwilligen auf 2000 wurde eine solche Regelung zur Seite eine Unmöglichkeit. Nur die selbständige Tätigkeit eines Stabes erfahrener Offiziere konnte den gewonnenen Erfahrungsschatz auswerten und die Stetigkeit und Folgerichtigkeit in der Durchführung der gesetzten Aufgabe sichern.

Die zweite handelte von der Klarstellung und Abgrenzung der Stellung der Zeitfreiwilligen im Organismus der Reichswehr und der Groß-Hamburger Sicherheitsorganisationen. Hierbei kam es vor allem darauf an, in der Einwohnerwehr ein richtiges Verständnis für die Notwendigkeit einer besonderen Zeitfreiwilligenorganisation zu erwecken und den Verdacht zu zerstreuen, als seien die Zeitfreiwilligen eine gegen dieselbe gerichtete Konkurrenzgründung, von vielleicht sogar politischem Einschlag. Es mußte in der Öffentlichkeit, wie in den leitenden Stellen der Sicherheitsorgane die Erkenntnis durchdringen, daß die Aufgabe der Einwohnerwehr, die nur in ihrem jeweiligen Bezirk verwendet wurde, gegenüber der Aufgabe der Zeitfreiwilligen, die sich für die Zeit des Alarms unbeschränkt zur Verfügung stellten, die begrenztere sei. Die Zeitfreiwilligen mußten als die höhere Entwicklungsform der Einwohnerwehr angesehen und deren jüngere Mitglieder zu einem Beitritt zu den Zeitfreiwilligen verpflichtet werden, bei denen sie allein die ihrer militärischen Leistungsfähigkeit entsprechende Verwendung finden konnten. Zur Erreichung dieses Zieles war eine offizielle Kennzeichnung des Zeitfreiwilligengedankens im angegebenen Sinne und eine energische propagandistische Beeinflussung der jüngeren Mitglieder der Einwohnerwehr in derselben Richtung erforderlich. Diese durften dieselbe nicht in deren eigenem Interesse als eine Art Etappe zu betrachten beginnen. Notwendig war schließlich auch eine Abgrenzung des Zeitfreiwilligenbegriffes gegenüber der Reichswehr und eine festumrissene Regelung der Dienstverpflichtung, insbesondere auch eine Feststellung der den Angehörigen bei Verwundungen und Todesfällen zukommenden Unterstützungen.

Die dritte befaßte sich mit der Umsetzung der organisatorischen Einheit in die Wirklichkeit durch den Ausbau Bahrenfelds zur Basis für die Hamburger Zeitfreiwilligen. Bisher waren die Zeitfreiwilligen den einzelnen Kompagnien des Reichswehr-Jäger-Bataillons in allen Bekleidungs-, Bewaffnungs- und Verpflegungsfragen angeschlossen gewesen. Dies hatte bei dem geringen Umfange der vorhandenen Kompagniebestände zu häufigen Unzuträglichkeiten geführt. Für die auf 2000 Köpfe angewachsene Zeitfreiwilligenformation mußten eigene Kammern, Waffen, Fahrzeuge, Feldküchen, Bespannungen usw. eingerichtet werden, wenn ein ernst zu nehmender Kampfwert der Truppe verliehen werden sollte.

In diesen drei Forderungen gipfelte eine Denkschrift, die von den Zeitfreiwilligen Bundies und Droege als den gewählten Vertrauensleuten der Zeitfreiwilligen dem Stabe des Korps Lettow vorgelegt wurde. Sie fand in den wesentlichen Punkten Annahme. Die Bildung eines der Reichswehrbrigade 9 und in engerem Sinne dem Garnisonältesten von Hamburg-Altona unterstehenden Zeitfreiwilligenkorps mit eigener Leitung und selbständigem organisatorischen Aufbau aller inneren Zeitfrei-

willigenangelegenheiten wurde von den militärischen Behörden genehmigt; das am 12. März 1919 begonnene Werk erhielt seinen öffentlich festgelegten Platz und Charakter zwischen Reichswehr, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehr und damit die zuverlässige Basis für eine weitausschauende Arbeit.

Die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps wurde aus einem vorläufig gebildeten Stab zusammengesetzt, der zunächst als Abteilung dem Regimentsstab des Reichswehr-Schützen-Regiments 18, später direkt dem Garnisonältesten unterstellt war. Ihm gehörten zunächst Hauptmann von Rauchhaupt, Lt. Bundies und der vom Stabe des Reichswehr-Jäger-Bataillons übernommene, in allen Zeitfreiwilligenangelegenheiten mannigfaltig bewährte Lt. Arnold Meier und zahlreiche andere Zeitfreiwillige an, die sich bei geringer Bezahlung — die Gehaltsfrage blieb ein ewig schwebender Kompetenzkonflikt zwischen dem Reich und Hamburg — in den umfangreichen Dienst teilten. Am 1. Oktober übernahm Hauptmann Sieveking an Stelle des ausscheidenden Hauptmann von Rauchhaupt die Führung des Zeitfreiwilligenkorps, während Lt. Bundies die Geschäfte des Adjutanten übernahm. Im ganzen zählte der Stab einschließlich aller Hilfskräfte im Durchschnitt 20 Köpfe.

Nach der so erfolgten Konstituierung der Leitung wurden alle bisher gemeldeten Zeitfreiwilligen am 2. August zu einer Musterungsversammlung einberufen, die zugleich die Gründungsversammlung des Zeitfreiwilligenkorps war. Auf ihr erfolgte die planmäßige Einteilung aller Erschienenen in drei Bataillone zu je drei Infanterie- und je einer Maschinengewehr-Kompagnie, ihre listenmäßige Aufnahme, die Ausgabe von Lichtbildausweisen und die Wahl der vorgeschlagenen Gruppen-, Zug-, Kompagnie- und Bataillonsführer. In den folgenden Wochen fanden für die einzelnen Kompagnien Einkleidungsappelle statt, die meist bereits mit einer kleinen Übung im Gelände oder im Handgranatenwerfen verbunden wurden. Jeder Zeitfreiwillige erhielt seine fertige Ausrüstung mit Ausnahme von Stiefeln und Mänteln, die mit seiner Namenstafel versehen für ihn auf der Kammer des Korps in Bahrenfeld niedergelegt wurde. Wurde das Korps alarmiert oder trat es zu einer Übung an, so rückten die Kompagnien geschlossen auf die Kammern, nahmen ihre Päckchen in Empfang, zogen sich auf den großen Dachböden um und traten nach Abgabe ihres Zivilzeuges in die Kammer 1 bis 2 Stunden nach Eintreffen feldmarschmäßig an. Auf die Einkleidungsapelle folgten im September und Oktober einmal monatlich an einem Nachmittage stattfindende Bataillonsübungen,

die der Erprobung der bestehenden Einrichtungen und der Festigung des Truppenverbandes dienten.

Dem inneren Aufbau trat die Werbung für das Korps in der Öffentlichkeit zur Seite. In einem allenthalben verbreiteten Flugblatt, dessen Kopf das Abzeichen des Korps — die zusammengefaßten Stadtwappen von Hamburg, Altona und Wandsbek schmückte — wurde in kurzen Schlagzeilen Aufgabenkreis und Zusammensetzung des Korps erläutert und für den Eintritt in dasselbe geworben. Ein gleiches geschah durch zahlreiche in allen Einwohnerwehrbezirken und bei den verschiedensten Korporationen gehaltene Werbevorträge. Am 13. September konnte das Zeitfreiwilligenkorps seiner vorgesetzten Dienststelle 3 Infanteriebataillone mit fertig eingerichteten Kammern und einem Bestande von 2153 gedienten Zeitfreiwilligen, sowie ein 4. (Ausbildungs-) Bataillon mit rund 1500 Ungedienten mit einer durchschnittlichen durch das Korps erfolgten Ausbildung von 4 bis 6 Wochen melden. Um diesen Zeitpunkt war z. B. ein vierwöchiger Kursus mit 800 Teilnehmern im Gange.

Mit dem Kürzerwerden der Tage mußten die nachmittäglichen Bataillonsübungen in Fortfall gebracht und durch ganztägige einheitliche Korpsübungen ersetzt werden. Durch Befehl vom 14. Oktober 1919 wurden solche für den 8. 11., 13. 12. 1919, den 10. 1., 14. 2. und den so denkwürdigen 13. März 1920 angesetzt. Trotz mancher persönlicher Schwierigkeiten für den einzelnen, die indessen im allgemeinen durch das Entgegenkommen der Behörden, der Handelskammern usw. behoben werden konnten, fanden diese Übungen einen regen Zuspruch und wurden zum vornehmsten Mittel des kameradschaftlichen Zusammenhanges im Korps. Den Korpsübungen lagen im allgemeinen Gedanken aus dem praktischen Aufgabengebiet des Korps zugrunde oder sie wurden zur Einzelausbildung im Schießen, Handgranatenwerfen, Nahkampf usw. benutzt. Die Übung am 8. November verfolgte den Zweck der Umzingelung und Besetzung Othmarschens, am 13. Dezember wurde der Innocentiapark gegen angenommene demonstrierende Massen abgesperrt.

Allmählich entwickelte sich in den einzelnen Kompagnien ein reges selbständiges, auf einer herzlichen Kameradschaft sich aufbauendes Leben, das seinen Ausdruck in oft vorbildlich angelegten und durchgeführten Weihnachtsfeiern und sonstigen Festen fand. An der Universität entstand eine Akademische Bahrenfelder Kameradschaft. Der Zusammenfassung dieser Bestrebungen, dem Zusammenhalt des Korps, sowie der Werbung diente das jedem Mitglied kostenlos zugehende, seit dem 1. Oktober einmal monatlich erscheinende, Nachrichtenblatt des Zeitfreiwilligenkorps

„Der Bahrenfelder", das unter der Leitung von Lt. Arnold Meier stand. Auch sonst bewährte sich das kameradschaftliche Zusammenwirken der Zeitfreiwilligen in mancherlei Hinsicht. So bildete sich aus ihrer Mitte ein Ausschuß zur Bewillkommnung und Unterstützung der heimkehrenden Kriegsgefangenen, der einen regelmäßigen Wachtdienst auf den Bahnhöfen einrichtete.

Dem Stabe des Zeitfreiwilligenkorps war von der Brigade 9, deren Kommando Lettow-Vorbek übernommen hatte, neben seinen eigentlichen Dienstgeschäften die Vermittlung des Erfahrungsaustausches über Zeitfreiwilligenangelegenheiten innerhalb des Brigadebereiches übertragen worden. Dadurch ergaben sich natürliche Verbindungen über Hamburg hinaus. Die Brigade wies wiederholt die ihr unterstellten Truppenteile auf die Notwendigkeit einer Schaffung von diesen angegliederten Zeitfreiwilligenabteilungen hin. Zu der Werbung und Durchführung wurden dann zumeist Hamburger Zeitfreiwillige hinzugezogen, so daß sich der Aufbau im Brigadebereich nach Hamburger Muster vollzog. So entstanden u. a. eine Zeitfreiwilligenabteilung in Rostock, deren Grundstock durch den geschlossenen Beitritt von 6 Korporationen gelegt wurde und eine Zeitfreiwilligenabteilung in Lübeck mit zunächst 182 Zeitfreiwilligen. An letzterem Ort erhob sich ein ziemlich starker sozialistischer Widerstand gegen die Einrichtung eines Zeitfreiwilligenkorps, doch mußte der mehrheitssozialistische Polizeisenator Merlein auf seine Seite treten, nachdem ihm der Reichswehrminister gelegentlich einer Sicherheitspolizeibesprechung in Berlin „in drastischen Worten" seine Verwunderung über das Fehlen einer Zeitfreiwilligenformation in Lübeck ausgedrückt hatte. So stand zu hoffen, daß bei einer intensiven Fortsetzung dieser Arbeit der ganze Brigadebereich mit einem festen Netz von Zeitfreiwilligenverbänden überspannt und die Position der Brigade 9 zur beherrschenden Norddeutschlands gemacht wurde.

Einem weiteren Ausbau dieser Pläne stellten sich die gegen Deutschland verbündeten Mächte in den Weg. Nach den Bestimmungen von Versailles mußten bis zum 31. März 1920 alle Zeitfreiwilligenformationen der Reichswehr aufgelöst werden. So wenig eine innere und äußere Möglichkeit bestand diese Bestimmungen in ihrem tatsächlichen Inhalte zu umgehen, so unverantwortlich wäre es andererseits gewesen, nicht alle Mittel und Wege zu versuchen, die in langer Arbeit geschaffenen Tatsachen in eine vor dem Feinde erlaubte Form überzuführen. Als solche kamen nur die Einwohnerwehr und die Technische Nothilfe in Frage. Es kam darauf an, diese Überleitung nach einheitlichen Gesichtspunkten und unter möglichster Wahrung des alten

Charakters der Zeitfreiwilligen zu vollziehen. Zu diesem Zwecke schien es erforderlich zu sein, da bindende Richtlinien seitens des Reichswehrministeriums wie des Ministerium des Innern, dem die Einwohnerwehren unterstanden, nicht ausgegeben wurden, daß die Zeitfreiwilligenverbände Deutschlands sich zu einer Interessengemeinschaft zusammenschlossen, um dem Zeitfreiwilligen-Gedanken auch unter veränderten Umständen und dem Diktat des Feindes gegenüber sein Lebensrecht zu wahren. Um eine einheitliche Weiterarbeit auch dann zu ermöglichen, wenn ein Aufgehen der Zeitfreiwilligen in andere Organisationen notwendig wurde, und um ein einheitliches Vorgehen festzulegen, berief die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps die ihr bekannten Zeitfreiwilligenorganisationen Deutschlands zu einer gemeinsamen Besprechung am 28 Februar 1920 in den Prinzenhof zu Altona ein. Der Wille des Feindes und die zuwartende Haltung der eigenen Regierung ließen erstmalig in Deutschland wehrfähige Männer zum Schutze ihrer bedrohten Freiheit zusammentreten. An der Besprechung nahmen 25 Zeitfreiwilligenverbände Deutschlands teil, unter ihnen Vertreter der bayerischen Einwohnerwehren und ihres Führers, Forstrat Escherich, des „Kartells der Offizier- und Studentenkompagnien von Hessen-Nassau, Thüringen, Groß-Hessen (Jungdeutscher Orden)", des noch auf Magdeburg beschränkten Stahlhelms.

Auf dieser Tagung wurde der großzügige und weitaussehende Plan entworfen, alle Zeitfreiwilligen Deutschlands nach ihrer Eingliederung in die Einwohnerwehr in einem großen gemeinsamen Kartell zusammenzufassen. Dieses sollte in 5 Landesgruppen zerfallen, von denen die nördliche an Hamburg, die westliche an den Jungdeutschen Orden, die mittlere an den Stahlhelm, die östliche an Leipzig, die südliche an die Leitung der bayerischen Einwohnerwehren fallen sollten. So sollten die in nuce bestehenden Verbände regional begrenzt und zu gemeinsamer Wirksamkeit zusammengefaßt und damit dem Zeitfreiwilligengedanken seine dauernde und stetige Auswirkung gesichert werden. Als Ziele und Aufgaben wurden der Kampf gegen Schiebertum und Korruption ohne Ansehen der Partei, die Pflege der im Felde geübten wahren Kameradschaft, Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Bekämpfung des Bolschewismus und aller vaterlandsfeindlichen Richtungen bezeichnet. Auf einer neuen Sitzung in Altona am 20. 3. sollten die endgültigen Beschlüsse gefaßt werden.

Zu diesen kam es nicht mehr. Der Abbau des Heers, der die Zeitfreiwilligen in ihrer Existenz bedrohte, legte dem Berufssoldaten noch härtere Lasten auf. So wenig wie die Zeitfrei-

willigen fand auch er ein rechtzeitiges und geschicktes Verständnis für seine inneren Nöte bei der deutschen Regierung. Während sich die deutschen Zeitfreiwilligenverbände anschickten, die freie Waffenkraft unseres Volkes zu sammeln, um sie in der Stille zu hegen und zu pflegen, versuchte Kapitän Ehrhardt an der Spitze der 1. Marinebrigade den geschürzten Knoten gewaltsam zu zerhauen. In dem darüber ausbrechenden Chaos versank der erste Versuch einer volkstümlichen Zusammenfassung der deutschen Wehrkraft.



X.

Der deutsche Zeitfreiwilligengedanke.

Die vorstehend geschilderten Tatsachen mögen als solche nur eine lokale Bedeutung beanspruchen können, die in ihnen wirkenden Ursachen gehören der allgemeinen Geschichte an. Im Werden und Vergehen des Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg spiegelt sich die Geschichte des deutschen Volkes nach dem Kriege wider.

Als im Winter 1918 die militärische, politische und wirtschaftliche Lage des Deutschen Reiches ihrer bisher schwersten und entscheidungsvollsten Krise entgegenging, glaubte die Mehrheit des deutschen Volkes, das soeben noch von Flandern bis zur Türkei und von Kurland bis zur Ukraine den Geltungsbereich der deutschen Macht gegenüber den Völkern des Erdballes aufrechterhalten hatte, nur durch die völlige Abkehr von der Politik und Anschauungswelt seiner bisherigen Führer und der durch sie vertretenen Jahrhunderte alten Tradition den Weg aus drohender Versklavung in die Freiheit künftiger Entwicklung finden zu können. Schien doch den Vertretern dieser Ansicht einer solchen Entwicklung weniger der Wille der Völker, die man bisher bekämpft hatte, entgegenzustehen, als der Wille der eigenen Regierung, die in den Vorurteilen vergangener Zeiten befangen, es verabsäumt hatte, den großen Mächten einer neuanhebenden Epoche völkerverbindender Gerechtigkeit zu gelegener Zeit gerecht zu werden und dadurch erst den Ausgang des Krieges verschuldet hatte. So schien sich dieser Anschauung mit dem Zusammenbruche der Macht unseres Volkes eine geschichtliche Sendung eröffnen zu sollen, die, wie viele meinten, erst die wahre Sendung des deutschen Namens in der Welt bedeutete. Die arbeitsame

und friedfertige Entfaltung aller bürgerlichen Tugenden, der größtmögliche Wohlstand der größtmöglichen Zahl, die dialektische Ausgleichung aller Gegensätze, die Versöhnung der Völker sollten die Grundlagen des neuen Volksstaates werden, in dem das deutsche Volk, befreit von den Fesseln einer rückständigen und brutal herrschenden Obrigkeit zu eigener Kraft und Verantwortlichkeit erwacht, seine Bestimmung im Werdegange der Menschheit erfüllte. Hatte vor kurzem noch die Gewalt der deutschen Waffen Europa das Gesetz seines Handelns diktiert, so schien jetzt der deutsche Geist in kühnem Fluge der Welt ein neues Gesetz auferlegen zu wollen.

Aber diese Anschauung, so sehr sie dank ihrer allgemeinen dem Zeitgeiste entsprechenden Tendenz Eingang in die Massen des Volkes gewann, sollte den die großen welthistorischen Zusammenhänge bestimmenden Tatsachen gegenüber zu keiner unmittelbaren Geltung gelangen. Diese werden noch nicht dadurch überwunden, daß man sie in seinem eigenen Geiste beiseite setzen und verleugnen zu können glaubt. Die Frage nach der Wirksamkeit einer noch so großartig geschauten universalhistorischen Idee mündet doch immer wieder in die Frage nach der sie verkörpernden in sich begrenzten historisch-politischen Macht aus. Nur im Schoß einer solchen kann erstere zur Wirksamkeit gelangen.

Dem deutschen Sozialismus blieben diese inneren und entscheidenden Zusammenhänge verborgen, als er im November 1918 in Deutschland zur Regierung gelangte. So konnte es geschehen, daß im Zeichen der Völkerversöhnung der Vertrag von Versailles entstand und das deutsche Volk seine Freiheit verlor, so geschah es aber auch, daß die deutsche Regierung bald ohne Autorität im eigenen Lande dastand und den sich erhebenden partikularen und sozialrevolutionären Gewalten gegenüber keinerlei Mittel besaß, die Staatsautorität zur Geltung zu bringen.

In diesem Augenblick faßte die sozialistische Reichsregierung den folgeschweren und wahrscheinlich das Schicksal Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte entscheidenden Entschluß, zur Wiederherstellung ihrer Autorität auf die schon in der Entlassung befindlichen Truppenteile des alten Heeres zurückzugreifen. In dem Reichswehrminister Noske fand sie den genialen Interpreten dieser Aufgabe. Vergegenwärtigen wir uns für einen Augenblick die Lage. Es waren noch nicht zwei Monate in das Land gegangen, daß diese Regierung sich an die Spitze einer revolutionären Bewegung gestellt hatte, die, mochte sie immer in ihren Ausläufern auch einzelne Fronttruppen erfaßt haben, in ihrem Entstehungsherd sich auf die vom Kriegsdienst reklamierte Arbeiter-

schaft der Heimat und die mit dieser in ständiger Berührung stehenden Heeres- und Marineteile beschränkt hatte und ohne Wissen und Willen der Kampffront sich vollzog. Jetzt war dieselbe Regierung gezwungen, die von der Revolution verschont gebliebenen Fronttruppen als den letzten Rückhalt gegen die Folgeerscheinungen des erfolgten Umsturzes zu verwenden.

Als so im Frühjahr 1919 das alte Offizierkorps und die Frontsoldaten sich der bedrohten Ordnung zur Verfügung stellten, als in den deutschen Städten, und auch in Hamburg, das waffenfähige junge Bürgertum sich als Zeitfreiwillige zu sammeln begann und aus den breiten Kreisen der bürgerlichen Bevölkerung heraus die Einwohnerwehren entstanden, schien noch einmal die Möglichkeit gegeben, den deutschen Verhältnissen eine entscheidende Wendung zu geben und die Revolution zu einem positiven Ergebnis weiterzutreiben. In jenen Tagen stand der deutschen Reichsregierung eine Freiwilligenarmee zur Verfügung, auf die gestützt ein entschlossener Wille sowohl den Verhältnissen im Innern wie an der deutschen Ostgrenze und in der deutschen Südmark den Weg künftiger Gestaltung hätte vorzeichnen können. Aber der deutschen Reichsregierung blieb dieser Durchbruch aus den Fesseln herkömlicher Ideologie zu einer Politik der Tatsachen versagt. In ihrem Lager sammelten sich noch einmal die Stürmer von Douaumont und vom Chemin des Dames, die Helden der Aisne und des Toten Mannes, aber ihnen entstand weder aus ihren eigenen Reihen der Staatsmann, der mit ihrer Hilfe das deutsche Schicksal gewendet hätte, noch trat ihnen ein solcher aus den Reihen der Regierung entgegen. So verrann kostbare unwiederbringliche Zeit mit kleinlichen Alltagssorgen und bemächtigte sich der Besten steigender Mißmut.

Die junge Nation, die damals im feldgrauen Rock sich um die Reichsregierung scharte, jene Tausende junger Offiziere und Studenten, die das Waffenhandwerk weiter übten, während Arbeiter, Bauer und Bürger ihren Alltagsgeschäften nachgingen, hatte damals noch keinen eigenen politischen Willen. Die Selbstverständlichkeit ererbten Pflichtgefühls, die ehrenhafte Erziehung des Standes, der Notstand des Augenblickes, die Unbekümmertheit der Jugend ließen einen solchen nicht entstehen. In ihrem Lager lebte der Glaube an die deutsche Zukunft, die deutsche Einheit und die deutsche Macht. Und es mußte im Augenblicke als belanglos erscheinen, wo diese zu finden waren, ob im alten Kaiserreich oder in der jungen Republik. Jeder Tag und jede Stunde bot so viele Aufgaben, daß ein Grübeln über Politik und Staatsform keinen Platz hatte.

Aber allmählich mußte der vertrauende Geist der jungen freiwilligen Mannschaft Beobachtungen machen, die geeignet waren, ihn nachdenklich zu stimmen. Ihre ehrliche Hingabe und ihr lauteres Wollen fand nicht nur eine weitgehende Gleichgültigkeit aller Bevölkerungsschichten vor, sondern ebensooft offenen Haß und Ablehnung.

Die Möglichkeit, der Revolution von 1918 durch ihr Weitertreiben zu einer Erhebung der nationalen Macht und Ehre einen Sinn zu geben, wurde ungenutzt gelassen. Die deutschen Frontkämpfer und die deutsche Regierung fanden sich nicht. In Deutschland begann der bis heute innerlich noch nicht behobene Dualismus zwischen einer lebendigen aber unverantwortlichen als nationale Opposition sich kennzeichnenden Staatsmacht auf der einen und einer verantwortlichen aber zum Gedanken nationaler Macht nur unvollkommen sich bekennenden demokratischen Mehrheitsgruppe auf der anderen Seite. Freilich haben sich inzwischen auf beiden Seiten die Dinge weiterentwickelt und es scheint so, als ob durch diese neue Entwicklung überhaupt erst die Ereignisse von 1919 und 1920 ihren verborgenen Sinn zu enthüllen beginnen.

Der deutsche Sozialismus, wie er durch die Revolution von 1918 zur Herrschaft gelangte, ist im Besitze dieser Herrschaft in steigendem Maße eine Synthese mit den aus dem 19. Jahrhundert herkömmlichen und heute noch wirksamen Idealen der deutschen Demokratie eingegangen. In zusehendem Umfange beginnt er sich seines ursprünglichen klassenkämpferischen und marxistischen Gehaltes zu entledigen und von dem revolutionären aus der Idee stammenden Kampfeswillen den Weg zu der reaktionären Anknüpfung an die historischen Mächte der Vergangenheit zu nehmen.

Eine ähnliche Tendenz vermögen wir aber heute auch in der nationalen Bewegung zu erkennen. Nachdem der großangelegte Versuch des November 1923 sich auf dem Wege des aus den Notwendigkeiten des Augenblicks geborenen Massenwillens mit revolutionärer Gewalt der deutschen Geschicke zu bemächtigen, als gescheitert angesehen werden mußte, hat auch hier die Rückwendung von den elementaren Kräften der Gegenwart zu den überkommenen Mächten der Vergangenheit eingesetzt.

Wenn sich heute in Deutschland zwei große Machtgruppen, die sich um die Farben schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold scharen, einander gegenüberstehen, so werden wir darin zunächst den Ausdruck dessen sehen müssen, daß die revolutionäre Epoche von 1918 bis 1923 durch eine Epoche der Restauration der historischen Mächte der Vergangenheit in der Ablösung begriffen ist.

Müssen wir doch im schwarz-rot-goldenen Lager ebensosehr das Erbe der deutschen Demokratie erblicken, wie hinter der schwarz-weiß-roten Front die Folgerungen aus den althergebrachten Maximen des preußischen Staates. Mag die augenblickliche tatsächliche Lage noch so verworren sein, die Fronten vielfach durcheinanderlaufen und vieles durch seine eigene Unzulänglichkeit sich überhaupt der ernsthaften historischen Betrachtung entziehen, so kann doch darüber kein Zweifel obwalten, daß der Kampf um die Neugestaltung des Deutschen Reiches der Zukunft noch einmal an den Kampf der Großväter und Urgroßväter um den Reichsgedanken anknüpfen wird. In dieser Auseinandersetzung zwischen den Ideologien der Paulskirche und der Staatskunst Friedrichs und Bismarcks werden aber die Ereignisse unserer eigenen Gegenwart den letzten Ausschlag geben.

In diesem Sinne scheinen uns jene Zeitfreiwilligen, die im Sommer 1919 ihr junges Leben hingaben, nicht vergeblich gefallen zu sein, sondern wir glauben, daß auch ihr Tun der historischen Nachwirkung offenstand. Denn in ihnen offenbarte sich nicht nur der Ordnungswille eines sich seiner Verantwortung bewußten Bürgertums, sondern in ihnen erstand aufs neue der Opfergeist des alten Preußentums, der Geist unserer Väter, der einst das Reich schuf.

Mögen heute solche Gedankengänge erst langsam und ahnungsvoll in unser Bewußtsein einkehren, einer späteren Zukunft wird es einmal klar vor Augen stehen, daß das preußische Heer der deutschen Demokratie 1919 nicht anders wie 1849 die Zukunft sicherte. Und so war es der Geist des deutschen Heeres, der Geist Scharnhorsts und Clausewitzens, der in den Januarkämpfen 1919 zu den Waffen für Deutschland griff und Deutschland rettete, der seit diesem Jahre den Bestand der Verfassung der deutschen Republik ermöglichte.

Und doch gelang es der fortzeugenden Gewalt dieses Geistes nicht, zur Alleinherrschaft zu gelangen. Er scheiterte an den Grenzen seiner selbst. Alle die Eigenschaften, die dem Offizier, dem Zeitfreiwilligen, dem Bürger in jenen Tagen den militärischen Erfolg in die Hand gaben, Pflichttreue, Aufopferung, Gehorsam, Begeisterung kehrten notwendig den politischen Erfolg gegen ihn. Ihnen fehlte der eigene politische Wille, der, auf diese Eigenschaften gestützt, den Sieg an sich gerissen hätte. So fiel der politische Erfolg, auf den man selber, im alten Obrigkeitsstaat dazu erzogen, verzichtete, der neuen Obrigkeit zu. So ist von 1919 bis 1925 im Gegensatz zur deutschen Demokratie dem jungen Nationalismus durch seinen anerzogenen Autoritäts-

glauben der Erfolg versagt geblieben. Er steht heute am Ende einer harten Lehrzeit. Sie ist nicht vergeblich gewesen. Denn er hat eingesehen, daß die soldatischen Tugenden sich nutzlos opfern, wenn nicht der Wille zur Macht, die Einsichten der Politik, das Wohl des Staates, sie leiten und führen. Er hat damit die Basis des eigenen Wirkens gefunden.



Zweiter Teil

Das Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg und der Kapp-Putsch

XI.

Konflikt zwischen Reichsgewalt und Landesgewalt in Hamburg infolge des Kapp-Putsches. — Einmarsch des Zeitfreiwilligenkorps in Hamburg. — Verhandlungen und Auflösung des alten Zeitfreiwilligenkorps. — Gründung eines auf dem Boden der Reichswehr stehenden Freikorps Sieveking.

Am Morgen des 13. März 1920 versammelte sich das Zeitfreiwilligenkorps zu seiner seit langem angesetzten Abschiedsübung in Bahrenfeld. Nach Ausrüstung und Einteilung rückten die Bataillone an dem selten schönen Vorfrühlingstage zu einer Felddienstübung auf den benachbarten Exerzierplatz aus. Als die ersten Feldwachen ausgesetzt wurden, kam ein Kraftwagen in Sicht, dessen Insassen — Offiziere der Kommandantur — den verdutzten Teilnehmern der Übung die soeben aus Berlin eingetroffene Nachricht des Einmarsches der Brigade Ehrhardt und der Proklamation einer nationalen Regierung zuriefen und die Leitung des Korps über die Lage informierten. Hauptmann Sieveking befahl Abbruch der Übung und Rückkehr in die Kaserne.

Die überbrachte Nachricht fand durch die Mittagsblätter ihre Bestätigung. Besonderen Eindruck machte die Meldung von der kampflosen Flucht der alten Regierung. Im ersten Augenblick wurde dadurch der Eindruck erweckt, als ob diese von Reichswehr und Sicherheitspolizei keinen Schutz erwartet und ihre tatsächliche Regierungsgewalt aufgegeben hätte. Es war vorauszusehen, daß die Berliner Ereignisse sich sofort im ganzen Reiche auswirken würden und daß man hier einer noch ungewissen und gefahrdrohenden Entwicklung gegenüberstand. Dieser gegenüber hielt es die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps für ihre Pflicht, das versammelte Korps zusammenzuhalten und mit ihm in der Kaserne das weitere abzuwarten.

Inzwischen begann unabhängig von ihr Oberst von Wangenheim zu handeln. Er baute sein Vorgehen auf die vom § 48 der Reichsverfassung ausgehende Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 auf, die in Fällen dringender Gefahr dem Militärbefehlshaber die vollziehende Gewalt überträgt. Auf diese gestützt, leitete er folgerichtig aus der Tatsache, daß die Reichsregierung zur Zeit nicht handlungsfähig sei, den Übergang der vollziehenden Reichsgewalt auf ihn als Militärbefehlshaber in bezug auf das ihm unterstellte Groß-Hamburger Gebiet ab. Hierbei geriet Wangenheim in einen Rechtskonflikt mit dem Hamburger Senat. Der Verordnung vom 11. Januar 1920 stand der andere Absatz des § 48 der Reichsverfassung entgegen, wonach bei Gefahr im Verzuge die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige, sonst nur dem Reichspräsidenten zustehende diktatorische Maßnahmen ausüben kann. Dieselbe Gewalt, die Wangenheim von Reichs wegen für die Länder in Anspruch nahm, beanspruchte der Senat von Landes wegen um des Reiches willen. Dieser Konflikt wurde im Laufe des 13. durch Verhandlungen, die der Senat mit Wangenheim begann, gütlich beigelegt, indem Wangenheim seine ergangene Verordnung dahingehend einschränkte, daß er nur auf Grund der ihm bei bestehendem Belagerungszustande zufallenden Befugnisse für Ruhe und Ordnung in Hamburg sorgen wolle, während der Senat in seinen verfassungsmäßigen Befugnissen bestehen bleiben solle. Diese Vereinbarung wurde der Bevölkerung durch einen Aufruf des Senats noch am 13. mitgeteilt und das erzielte Einverständnis damit auch äußerlich bekräftigt.

In denselben Stunden aber, in denen es den Bemühungen von Senat und Militärbefehlshaber gelang, einem politischen Konflikt zwischen ihnen zu steuern, schufen politische Ursachen einen Kompetenzkonflikt auf militärischem Gebiet. Der Übergang der militärischen Gewalt auf Wangenheim und die Verkündigung des Belagerungszustandes schloß die militärische Unterstellung der Sicherheitspolizei unter sein Kommando in sich. Das einheitliche Zusammenwirken von Reichswehr und Sicherheitspolizei im Groß-Hamburger Gebiet war die Voraussetzung zur Erfüllung der vom Militärbefehlshaber dem Senat gegenüber eingegangenen Verpflichtungen. Die Sicherheitspolizei war in höherem Maße als die Reichswehr politischen Strömungen zugänglich und in ihrer Zusammensetzung nicht einheitlich. So entspannen sich zwischen ihr und Wangenheim Verhandlungen, in denen sie politische Garantien als Voraussetzung für ihre militärische Unterstellung forderte.

Auf ein solches Vorgehen konnte sich Wangenheim nicht einlassen, ohne nicht die Voraussetzungen seines eigenen Handelns aufzugeben. Denn dieses baute sich auf der Grundanschauung auf, daß ihm als Militärbefehlshaber eine eigene politische Stellungnahme zu den Ereignissen nicht zustehe. Ein anderes Verhalten war für Wangenheim schon aus äußeren Gründen unmöglich. Seine sämtlichen direkten Vorgesetzten, nach den Meldungen des militärischen Nachrichtendienstes die gesamte Reichswehr, taten unter der neuen Regierung ihren Dienst weiter und erfüllten auch unter dieser ihre den inneren Verhältnissen gegenüber erwachsenden Aufgaben. Es war keine andere Auffassung, die hier zutage trat, als die, welche auch am 9. November 1918 den deutschen Offizier in seinem Verhalten bestimmt hatte. Aber es entsprach auch Wangenheims innerer Einstellung gegenüber dem im Reiche entstandenen Konflikt, daß er in ihm über das unumgänglich Notwendige hinaus nicht Stellung nahm. Ein solches Verhalten, das ihm die Innehaltung des militärischen Gehorsams unter Achtung der bestehenden Verhältnisse ermöglicht hätte, wäre das seiner Natur gegebene und das den besonderen Hamburger Verhältnissen gemäße gewesen. Der Konflikt mit der Sicherheitspolizei machte dieses unmöglich. Er erhielt seine besondere Zuspitzung dadurch, daß am Nachmittag des 13. von Berlin Oberst von Mengels im Flugzeug eintraf, um auf Befehl der neuen Reichsregierung den widerstrebenden Oberst Main von der Führung der Sipo abzulösen und diese damit für die durch Wangenheim verkörperte Reichsgewalt sicherzustellen. Wohl im Zusammenhang mit den so sich entspinnenden neuen Verhandlungen und vielleicht auch, um einen Druck auf die Sipo auszuüben, geschah es, daß das Zeitfreiwilligenkorps am Abend des 13. den Auftrag bekam, Rathaus und Gewerkschaftshaus in Hamburg zu besetzen, während das I. Bataillon Reichswehr-Regiments 18 den Befehl erhielt, das Altonaer Rathaus zu besetzen, um damit gleichzeitig den Schutz der Kommandantur in der Palmaille zu übernehmen. Die Entsendung gerade der Zeitfreiwilligen nach Hamburg beruhte mit darauf, daß von dritter Seite Wangenheim berichtet worden war, diese wünschten den vorzugsweisen Einmarsch in die Stadt und die Übernahme der Sicherung derselben, um die Scharte vom Juni auszuwetzen und sich in den Augen der Bevölkerung rehabilitieren zu können.

Diese Angaben bedeuteten eine Irreführung. Der überwiegende und maßgebende Teil des Zeitfreiwilligenkorps war bereit, für die alte Parole „Für Ruhe und Ordnung" auch weiterhin einzutreten, wünschte aber gerade darum kein Hineingezogenwerden

in entstehende politische Wirren. Der ohne ersichtliches Ziel und klare Parole befohlene Einmarsch in die Stadt wurde ohne Begeisterung angetreten und teilweise heftig kritisiert.

Es war verhängnisvoll, in diesem Augenblick das Zeitfreiwilligenkorps in Hamburg einmarschieren zu lassen. Durch das Verbleiben der Reichswehr in Altona setzte sich Wangenheim nicht nur dem an sich ungerechtfertigten Verdacht einer hinterhältigen, vom preußischen Boden aus gegen Hamburg betriebenen Gewaltpolitik aus und beschwor durch sein Verhalten erst recht einen Gegensatz zwischen Reichswehr und Landespolizei herauf, sondern er verpaßte so auch den einzig überhaupt möglichen Augenblick, durch eine machtvolle militärische Demonstration in Hamburg das für seine neue Stellung dort notwendige öffentliche Ansehen zu erwirken. Es wäre entscheidend gewesen, wenn Wangenheim im hellen Tageslicht des 13. März an der Spitze der aktiven Reichswehr mit klingendem Spiel in Hamburg eingerückt wäre und vom Senat den mit diesem vereinbarten Schutz der Stadt in einer tatsächlichen Handlung entgegengenommen hätte. Es war ebenso entscheidend, daß dieses unterblieb, und wir möchten sagen, daß damit bereits das weitere Schicksal Wangenheims sich entschieden hatte. Der Einmarsch der aktiven Truppe hätte diese selbst mit der Person ihres Kommandeurs in Verbindung gebracht, seine Sache zu der ihrigen gemacht und seine soldatische Ehre mit der ihrigen verbunden. Ohne Aufgabe in Altona gelassen, begann sie aber an ihrem Führer irre zu **werden** und wurde beschäftigungslos zur Beute von Demagogen. Das Zeitfreiwilligenkorps wiederum besaß den verbrieften Anspruch nur zur Unterstützung der Reichswehr nach deren erfolgtem eigenen Einsatz hinzugezogen zu werden. Wenn hier ein umgekehrtes Verfahren stattfand, so mußte dieses die Reichswehr verletzen und die Zeitfreiwilligen stutzig machen. An und für sich mochte das Zeitfreiwilligenkorps gegenüber den noch jungen unerprobten und im Aufbau befindlichen Reichswehrformationen die größere Zuverlässigkeit für sich beanspruchen können. Aber gerade dann war es abträglich, die zuverlässige Truppe zu prüfen und die zu erprobende unversucht zu lassen.

Der Marsch vollzog sich in den schon nächtlich leeren Straßen ohne Zwischenfall und größeres Aufsehen, die Besetzung von Rathaus und Gewerkschaftshaus konnte mühelos erfolgen. Im Rathaus wurde eine Hundertschaft Sipo und ihr Kommandeur Oberst Main angetroffen. Bei diesem Zusammentreffen erfuhren die Zeitfreiwilligen erstmalig, daß ein Teil der Sipo sich im beginnenden offenen Gegensatz zur Reichswehr befand und möglicherweise auch sich gegen die Besetzung des Rathauses durch

das Zeitfreiwilligenkorps wenden könnte. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte bei diesem Gegensatz auch der Umstand, daß die Sipo sich durch das Einrücken des Zeitfreiwilligenkorps empfindlich in ihrem Berufsstolz gekränkt sah. Sie betrachtete den Schutz des Hamburger Rathauses als die ihr selbst anvertraute vornehmste Aufgabe und sah in ihrer dort erfolgenden Ablösung eine ungerechtfertigte Kritik ihrer eigenen Leistungsfähigkeit. Diese Gegensätze traten so schroff hervor, daß die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps Oberst Main aufforderte, sich zu einer etwaigen Vermittlung im Rathaus auch weiterhin aufzuhalten und ihn noch in der Nacht veranlaßte, Oberst von Wangenheim aufzusuchen. Denn die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps war nicht gewillt, es nächtlicherweile oder am nächsten Tage in einer ungeklärten politischen Lage zum bewaffneten Zusammenstoß mit der Sicherheitswehr kommen zu lassen. Inzwischen war von den einzelnen Kompagnien die Umgegend des Rathauses besetzt und abgesperrt worden. Auch hier ließ das Fehlen positiver Klarheit über die eigentliche Lage, in der man sich befand, das Nichtwissen, wie man sich der Sicherheitswehr und am nächsten Morgen der Bevölkerung gegenüber verhalten solle, Unsicherheit und Zweifel gegenüber der Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen entstehen, die sich von der Truppe aus auch deren Führung mitteilte und diese in ihren Entschlüssen bestärkte. Im allgemeinen war die Stimmung der Truppe eine gedrückte, zu der auch die im Rathaus mangelhafte Unterkunftsgelegenheit beitrug. Bei einer Kompagnie kam es zu teilweiser Dienstverweigerung, da zahlreiche Mannschaften dort nicht mehr Herr über die in ihnen entstandenen Zweifel zu werden vermochten.

Leutnant Droege schlug daher vor, sofort vom Garnisonältesten Aufklärung über seine politische Haltung, über Stellung und Verwendung der ihm unterstehenden aktiven Reichswehrtruppen und Rücknahme des Einmarschbefehls für das Zeitfreiwilligen- korps zu verlangen, um diesem noch in der Nacht die Rückkehr nach Bahrenfeld zu ermöglichen. Diesem Vorschlag schlossen sich Hauptmann Sieveking und Leutnant Bundies an. Dieser kam soeben vom Bahnhof. Er hatte in Wittenberge die Nachricht des Ehrhardt-Einmarsches aus einem Maueranschlag erfahren und war daraufhin nach Hamburg zurückgekehrt. Während Hauptmann Sieveking den Geist der Truppe durch eine Ansprache belebte, in der er in der ihm eigenen geraden soldatischen Art die Verantwortung für alles übernahm, was geschehen sei und geschehen werde und damit ein neues Band des Vertrauens zwischen Truppe und Führung herstellte, begaben sich Leutnant

Bundies und Leutnant Droege im Kraftwagen zur Kommandantur.

Sie fanden dort eine auf das äußerste angespannte Lage vor. Auf der Straße standen sich ein Zug Sipo und eine Abteilung Zeitfreiwilliger mit angeschlagenen Gewehren gegenüber. Sie trafen Oberst von Wangenheim mit seinem Stabe in einem Zimmer, dessen Eingang von mehreren Wachtmeistern der Sipo besetzt gehalten wurde, die mit der Waffe in der Hand den Rücktritt Wangenheims und seinen Ersatz durch Oberst Main erzwingen wollten, der dieser Szene schweigend zusah. Der Konflikt zwischen Reichswehr und Sicherheitspolizei fand hier so seinen leidenschaftlichen Ausdruck in dem revolutionären Kampf um die beiden Kommandeure.

Die beiden hinzugekommenen Zeitfreiwilligen sahen sich hierdurch in ihrer Auffassung bestärkt und trugen Oberst von Wangenheim ihre Wünsche vor. Dem Zeitfreiwilligenkorps wurde nicht ohne Widerstand seitens der Kommandantur der Rückzug aus der Stadt bewilligt und seine Ablösung durch die Sipo mit Oberst Main vereinbart. Mit dem so gewonnenen Resultat gelang es Leutnant Bundies, auch die auf der Straße sich schußbereit gegenüberstehenden Truppen zu beruhigen und hier Unheil zu verhüten. Damit war der entstandene interne militärische Konflikt noch einmal vertagt und der status quo ante äußerlich wiederhergestellt worden.

Nach Rückkehr der beiden Abgesandten in das Rathaus wurde dieses daraufhin in ordnungsgemäßer Weise und in aller Form Oberst Main und einer aus der Bundesstraße herbeigeholten Hundertschaft übergeben und der Rückmarsch den Bataillonen im Morgengrauen befohlen. Auf demselben zeigte sich bei einzelnen Kompagnien ein Nachlassen der Manneszucht. Die Marschordnung konnte nicht überall aufrechterhalten werden, Gruppen ermüdeter Leute blieben zurück und suchten für sich ihren Weg. Diese Auflösungserscheinungen setzten sich am Vormittag des 14. fort. Eine größere Anzahl Mannschaften aus allen Kompagnien begab sich unter allerlei Vorwänden ohne Urlaub fort, die ordnungsgemäßen Urlaubsgesuche häuften sich. Stimmung und Haltung des Zeitfreiwilligenkorps wären eine andere gewesen, wenn ihm die folgenden Tatsachen bekannt gewesen wären.

Am Abend des 13. hatte noch vor dem Einrücken der Zeitfreiwilligen in die Stadt in Hamburg eine Sitzung der Bürgerschaft stattgefunden, in welcher diese zu der neuen Lage Stellung nahm. Nach einer würdigen von Senator Diestel verlesenen Loyalitätserklärung des Senats wurde im Verlauf dieser Sitzung von dem

Demokraten Christian Koch ein gleicherweise von der demokratischen, mehrheitssozialdemokratischen und unabhängigen sozialdemokratischen Partei unterzeichneter, ebenso überrumpelnder wie folgenschwerer Antrag eingereicht. Er verlangte die sofortige Bewaffnung der Mitglieder der drei Linksparteien noch am selben Abend und die Einsetzung eines Vollzugsausschusses als höchste militärische Instanz für Hamburg. Nachdem Dr. de Chapeaurouge vergeblich vor den Folgen zu warnen versucht hatte, wurde der Antrag mit der erdrückenden Mehrheit von 84 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. Die vorgeschlagene Form der Bewaffnung war ungesetzlich, denn sie schloß die Mitglieder der Rechtsparteien von dieser aus und ächtete sie damit ungefragt. Sie war aber auch verfassungswidrig, denn sie gefährdete den verfassungsmäßig gleicherweise von Reichswehr, Sicherheitspolizei und Zeitfreiwilligenkorps ausgeübten Schutz durch die Bewaffnung einer Partei, die als U. S. P. den Staat in seiner bestehenden Form bekämpfte. Die eigentliche Bedeutung des vorgelegten Antrages lag aber darin begründet, daß in ihm die Hamburgische Bürgerschaft sich von der bisher im Einverständnis mit dem Senat durch Oberst von Wangenheim im Namen des Reiches ausgeübten militärischen Schutzgewalt lossagte und unter Mißachtung derselben ihr gegenüber eine eigene revolutionäre Waffengewalt aufrichtete. Die Hamburger Bürgerschaft rüstete unter demokratischer Führung gegen die Truppen des Reiches. Die Räumung Hamburgs durch das Zeitfreiwilligenkorps aber wurde von der bürgerlichen Linken dazu benutzt, die unsicheren radikalen Kreise der Bevölkerung gegen dieses zu bewaffnen. Damit trat an die Stelle der bis dahin gepflegten Ausgleichsverhandlungen der Abbruch aller Beziehungen, an die Stelle der gegenseitigen sachlichen Verständigung der politische Kampf.

Oberst von Wangenheim wurde hierdurch zu einem Herausgehen aus seiner bisherigen Zurückhaltung gezwungen. Wieder unter Berufung auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1920 stellte er fest, daß er in der Ausübung der ihm übertragenen Sicherung von Ruhe und Ordnung durch den von Senat und Bürgerschaft eingesetzten Ausschuß verhindert werde. Auf Befehl der Reichsregierung enthob er daher bis auf weiteres die Mitglieder des Senats ihres Amtes und setzte die Exekutivgewalt der Bürgerschaft außer Kraft.

Der Hamburger Senat antwortete mit einem ebenso temperamentvollen Schritt. Er erkannte Wangenheim nicht mehr an und beauftrage Senator Hense als Polizeiherrn, seine Funktionen zu übernehmen. Die Unhaltbarkeit einer solchen Lage,

in der sich Reichsgewalt und Landesgewalt offen politisch befehdeten, wurde noch dadurch besonders unterstrichen, daß beide nicht die Möglichkeit besaßen, den anderen an der ihm abgesprochenen Ausübung seiner Gewalt nun auch tatsächlich zu hindern. Es trat vielmehr jener seltsame Zustand ein, daß Oberst von Wangenheim mit der Reichswehr sich im Altonaer Rathaus und Hauptbahnhof verschanzte und damit das preußische Gebiet in Schach hielt, während der Hamburger Senat mit Hilfe der Sicherheitspolizei und der vorgenommenen Bürgerbewaffnung die militärische Herrschaft über den Stadtstaat behauptete; zwischen beiden Parteien aber eine Art Waffenstillstand herrschte, der keine Übergriffe auf das Gebiet des anderen gestattete. Bei einem solchen gegenseitigen Verhältnis mußte die Zeit gegen Wangenheim arbeiten. Denn wohl konnte der hamburgische Staat für eine Zeitlang eine auf sich gestellte Haltung gegenüber dem ihn umgebenden preußischen Gebiet behaupten, ohne seinem Ansehen etwas zu vergeben. Nicht aber konnte es der Reichsgewalt gleichgültig sein, ob sie über Hamburg herrschte oder nicht. Denn Krieg und Revolution hatten daran gewöhnt, Groß-Hamburg als eine unteilbare militärische Verwaltungseinheit anzusehen. Eine militärische Macht, die nur in Altona sich behaupten konnte, erlitt durch diese herkömmliche Vorstellung nicht nur den entscheidenden Prestigeverlust, sondern weckte auch unvermeidlich in der Hamburger Stadtbevölkerung das Bedürfnis, sich durch einen Ausfall dieser Reststellung zu bemächtigen und damit aus eigener Kraft die verlorengegangene militärische Einheit Groß-Hamburgs einem Gegner zu entreißen, der sich als unfähig erwies, sie selber zu behaupten. Zu solchen Vorstellungen trug nicht unerheblich die dem Hamburger als Bürger einer freien Stadtrepublik auszeichnende politische Selbständigkeit ebenso bei wie seine Abneigung gegenüber allem militärischen Wesen und das kaufmännische Bedürfnis, durch politische Verwicklungen im Innern ungestört den Blick nach Übersee unverwandt festhalten zu können. Das ausschlaggebende Moment der Entwicklung war aber auch hier der Wille der vereinigten Linken, die gegebene Situation zur entscheidenden Machtverschiebung auszunutzen und das Fehlen dieses Willens bei Militär und Bürgertum.

Während die Linke so zu einem politisch selbständigen angriffsweisen Vorgehen überging, versuchte der Hamburger Senat durch die vom Reichspräsidenten telegraphisch erbetene Absetzung Wangenheims den Konflikt verfassungsmäßig zu lösen. Sein erfolgreiches Bemühen kam erst zu einem Ziel, als es die Ereignisse schon unnötig gemacht hatten.

Das Zeitfreiwilligenkorps sah sich so am 14. morgens einer für die eigene Existenz unhaltbar gewordenen Lage gegenüber. Gleichermaßen seiner Vaterstadt für Ruhe und Ordnung, seinen militärischen Reichswehrführern zum Gehorsam verpflichtet, war ihm durch den offenen Gegensatz zwischen dem Hamburger Senat und dem Militärbefehlshaber der bisherige moralische Halt seiner Existenz genommen. Es befand sich in einem unauflöslichen Pflichtenwiderstreit. Wollte man mit der alten Parole: „Für Ruhe und Ordnung" nicht brechen, so blieb nichts anderes als die vorläufige Auflösung des Zeitfreiwilligenkorps übrig. Es war das Opfer der gegeneinander geratenen Gewalten geworden. Für eine Auflösung und ein Abwarten der weiteren Entwicklung traten naturgemäß vor allem die ihm angehörenden Staatsbeamten ein, denen als ersten auch ausdrücklich von der Leitung ein Ausscheiden aus dem Korps empfohlen wurde. Eine große Anzahl anderer Zeitfreiwilliger schloß sich ihrem Vorgehen mit Billigung der Leitung an, die am Nachmittag des 14. in einem allgemeinen Appell das Zeitfreiwilligenkorps offiziell auflöste.

Doch stand dieser vorherrschenden Ansicht noch eine andere, von einer starken Minderheit vertretene gegenüber. Stellte die erstere Gruppe in ihrem Bewußtsein den Hamburger Bürger in den Vordergrund, der sich seiner Vaterstadt zum Schutz von Ruhe und Ordnung zur Verfügung stellt, so letztere den deutschen Soldaten, der im Verbande der Reichswehr sich für jede Verwendung bereit hält. Glaubten erstere in diesem Augenblick ihr eingegangenes Dienstverhältnis vor ihrem Gewissen auflösen zu müssen, so waren letztere überzeugt, gerade in diesem Augenblick ihr Dienstverhältnis nicht auflösen zu können.

Letzterer Ansicht schloß sich auch die bisherige Leitung des Zeitfreiwilligenkorps an. Sie ging hierbei von Erwägungen aus, die über die augenblickliche verwirrte Situation hinaus größere Gesichtspunkte ins Auge faßten. Sie sah den in Hamburg wie im Reiche beginnenden politischen Generalstreik gegen das Kappunternehmen zur Vorfrucht einer zügellosen linksradikalen von bolschewistischen Tendenzen durchsetzten Bewegung werden. Die spätere Entwicklung sollte diese Gedankengänge bestätigen und damit das Handeln der Leitung rechtfertigen. Diese wollte es nunmehr nicht verantworten, in einer solchen Lage eine kampfkräftige Truppe aufzugeben, sie mußte jetzt vielmehr zu jeder Verwendung bereit gehalten werden. Über eine augenblickliche und unlösbare Verwirrung hinaus faßte man den hochherzigen Entschluß, Hamburg aufzugeben, um sich dem Reich zur Verfügung zu stellen. Man löste das Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg auf und gründete ein nur der Reichswehr

unterstehendes Freikorps Sieveking. Mochte jeder einzelne sein weiteres Verhalten vor dem Gewissen rechtfertigen, für die Leitung des Korps gab es eine höhere Verpflichtung, die sie nach hartem inneren Kampf in dem oben geschilderten Weg zu erkennen glaubte, nicht ohne auch hier schmerzlichen und unabwendbaren Widerspruch erfahren zu haben.

So verließ ein großer Teil der Zeitfreiwilligen die Kasernen, um zu Hause weiteres abzuwarten. Er blieb in der Folgezeit nicht untätig, sondern versuchte unter Führung des Zeitfreiwilligen Hauptmann d. L. Rickel als „Elbwacht" unter schwierigen Verhältnissen das Menschenmögliche zu tun. Zu einem Einsatz kam er nicht mehr. Vielmehr ging mit der Bewaffnung der Radikalen die systematische Entwaffnung des Bürgertums Hand in Hand. Die Einwohnerwehr wurde durch planmäßige Eingriffe in ihr Gefüge bis auf den Grund erschüttert.

Der in Bahrenfeld verbliebene Teil der Zeitfreiwilligen, etwa 500 bis 600 Mann, formte sich unter Führung von Hauptmann Sieveking zu einem neuen militärischen Verband in strafferen Formen als den bisher gewohnten. Ungediente, wie Schüler usw., wurden nicht aufgenommen, das Vorgesetztenverhältnis strenger gehandhabt. Nach den zermürbenden politischen und bürgerlichen Hemmungen der letzten Tage begann ein entschlossener soldatischer Gehorsam wieder die Truppe zu beseelen. Sie setzte zunächst den gewohnten Schutz der umfangreichen Bahrenfelder und Eidelstedter militärischen Anlagen fort in Erfüllung ihrer althergebrachten Verpflichtung und verbrachte den 15. in angespanntem Wacht- und umfangreichem inneren Dienst. Aus dem Reiche trafen auf dem Wege über die übergeordneten Dienststellen günstige Nachrichten über die allgemeine Lage ein, man mußte annehmen, daß die Macht fest in der Hand der Reichswehr sei. Auch in Hamburg-Altona schien alles ruhig zu sein. Die Reichswehr hatte starke Kräfte zusammengezogen. Das I. Bataillon Regiment 18 lag im Altonaer Rathaus, das II. Bataillon Regiment 18 im Altonaer Hauptbahnhof. In Bahrenfeld befanden sich das aus Ratzeburg herbeigeholte Jägerbataillon, eine Maschinengewehrkompagnie und die Zeitfreiwilligen. Mit diesen Truppen schien sich unter Beschränkung auf Altona die weitere Entwicklung abwarten zu lassen.

Doch gerade diese Beschränkung und der erzwungene Müßiggang sollten, wie oben gezeigt wurde, der Truppe zum Verderben werden. Zu den beschäftigungslos zusammenlagernden Mannschaften fanden Agitatoren ihren Zugang; in der Langeweile fanden zersetzende Gerüchte einen nahrhaften Boden. Zudem war der Geist der Truppe durch die seit Tagen sie belastende

Ungewißheit erschüttert. So konnte es am 15. abends geschehen, daß das von Pöbelhaufen im Altonaer Bahnhof bedrängte II. Bataillon Regiment 18 seine Offiziere absetzte. Als der Pöbel diese lynchen und die Bagage plündern wollte, griff der anwesende ehemalige Kommandant von Groß-Hamburg Lamp'l in die Situation ein und nutzte sie geschickt zugunsten seiner politischen Richtung aus. Er übernahm den Befehl über das Bataillon und verpflichtete die Soldaten dem Hamburger Senat. Nach diesem ersten Erfolg zog Lamp'l vor das Altonaer Rathaus und forderte die Übergabe des I. Bataillons. Nach längeren Verhandlungen erklärten sich dessen Offiziere, um den Bestand des Bataillons zu wahren, bereit, in der gegebenen Zwangslage vorläufig ebenfalls dem Hamburger Senat Dienst zu leisten. Die weitere Forderung Lamp'ls, im Altonaer Rathaus unter Kontrolle der Bevölkerung zu bleiben, wurde nicht bewilligt, sondern der freie Abzug nach Bahrenfeld durchgesetzt. Nach der Unschädlichmachung der Truppe war nunmehr der Weg zu dem Kommandeur frei. Um 1 Uhr 30 Minuten nachts wurde Oberst von Wangenheim zur Abdankung gezwungen. Damit hatte die Reichswehr in Altona zu existieren aufgehört. Durch revolutionäres Handeln waren ihre Bataillone gegen den Willen der Offiziere aus der Wehrmacht des Deutschen Reiches ausgeschieden, um zunächst als Hamburgisches Stadtmilitär weiteren Dienst zu tun. Unter der Parole „Für den Senat" zog sich Hamburg aus den deutschen Händeln zurück und wartete in isolierter gut bewaffneter Stellung an der Wasserkante die im Reiche sich anbahnende Entscheidung zugunsten der alten Regierung ab. Der Kampf war entschieden. Es fragte sich nur, ob Hamburg gegenüber einer bolschewistischen Bewegung im Reich und in seinen eigenen Mauern diese „splendid isolation" würde bewahren können. Wie, wenn die so behandelte Reichswehrmacht einmal der Stadt die Hilfe verweigert hätte?



XII.

Nächtlicher Abmarsch aus Bahrenfeld. — Ochsenzoll. — Durchmarsch durch Lauenburg. — Verbindung mit Lettow-Vorbek.

In dieser Nacht saß der Stab des Zeitfreiwilligenkorps in einer kleinen von einer Petroleumlampe nur notdürftig erhellten Mannschaftsstube auf Betträndern und Holzschemeln zusammen. Der zeitweilige summende Anruf des auf dem Tisch stehenden Fernsprechers, den ein dünner Kabeldraht mit der Kommandantur verband, brachte die einzigen Nachrichten von der Außenwelt, die das von Freund und Feind gleichermaßen abgeschnittene Korps noch empfing. Um 11 Uhr 40 Minuten nachts kam die nur undeutlich zu verstehende Meldung, daß der Altonaer Bahnhof gestürmt sei und daß die Reichswehr im Begriff stände, zur Gegenseite überzugehen. Daraufhin wurde das Korps alarmiert. Um 12 Uhr 15 Minuten kam die Meldung von der Kommandantur, daß die Lage unhaltbar geworden und auch die Verbindung nach Berlin unterbrochen sei. Um 12 Uhr 35 Minuten fand eine Besprechung mit den Führern der ebenfalls noch in Bahrenfeld liegenden Reichswehrtruppen statt, in der diese den Entschluß zum selbständigen Abmarsch faßten. Um 12 Uhr 45 Minuten stand das Korps auf dem Kasernenhof feldmarschmäßig angetreten und gelobte seinem soldatischen Eide mit dreifachem Hurra die Treue. Um 1 Uhr 30 Minuten kam erneuter Fernspruch der Kommandantur: „Alles aufgeben! Oberst von Wangenheim zurückgetreten, Zeitfreiwilligenkorps ist sofort zu entlassen. Verhandlungen mit Lamp'l. Oberst Main hat die Gewalt. Im Reiche gut."

Die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps stand vor selbständiger Entscheidung. Die von der Truppe geforderte nächtliche Entlassung der Mannschaften nach Hamburg konnte im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit nicht verantwortet werden. Die

Auflösung der Truppe noch in der Nacht in den infolge des Streikes jeder Beleuchtung entbehrenden Kasernen war auch technisch undurchführbar.

Zudem war der Auflösungsbefehl anscheinend unfreiwillig unter dem Druck fremder Gewalt gegeben worden, und die Leitung durfte sich durch ihn nicht beirren lassen. Sie faßte vielmehr jetzt innerhalb weniger Minuten den Entschluß, nach dem Ausfall der Befehlsgewalt Wangenheims durch Gefangensetzung die direkten Befehle des Brigadekommandeurs, Generals von Lettow-Vorbek, einzuholen, nach dem Zusammenbruch der Reichswehr in Altona sich mit der Reichswehrbrigade 9 zu vereinen. Dies bedeutete Abmarsch des Korps nach Schwerin. Um 1 Uhr 40 Minuten wurde der Abmarsch des Korps für denselben Morgen befohlen.

Die Ausführung dieses Befehls bot große Schwierigkeiten. Das Korps war am 13. morgens zu einer halbtägigen Übung zusammengetreten und hatte bis vor zwei Stunden nicht mit einem Verlassen der Kaserne gerechnet. Dementsprechend war seine Ausrüstung beschaffen. Jeder Mann besaß wohl Montur und Gewehr, aber keine dauerhaften Stiefel, die für die Übungen dem Korps nicht geliefert wurden. Waschzeug und Wäsche waren ebenfalls in niemandes Besitz. Es fehlte an der nötigen Anzahl Pferde, um genügend Wagen mit Proviant und Munition beladen zu können. Die vorhandenen Lastkraftwagen waren nicht betriebsfähig, der einzig brauchbare konnte nur ungenügend tanken, das Fahrpersonal streikte und mußte ersetzt werden. In stockdunkler Nacht mußte aus dunklen Kammern über dunkle Gänge und Treppen hinweg der Bedarf der mobilen Truppe zusammengeholt und auf den wenigen Fahrzeugen verstaut werden, fehlende Ausrüstung und Munition mußte an die Mannschaften ausgegeben werden. In wenigen Stunden wurde bewunderungswürdige Arbeit in dieser Hinsicht geleistet, um die sich vor allem der unermüdliche Zahlmeister Meyer verdient machte. Die Leitung besaß keinerlei Kartenmaterial. Der Marsch nach Mecklenburg wurde kartenlos angetreten, im ersten Quartier konnte dann wenigstens bei einem Lehrer eine heimatkundliche Atlaskarte (1:500 000) aufgetrieben werden.

Mitten in diese angestrengte Tätigkeit schlug die Alarmnachricht ein, daß bewaffnete Arbeiterhaufen in die Kasernen eingedrungen seien. Alle Arbeit mußte im Stich gelassen und an den Schutz der Gebäude gedacht werden. Die Nachricht stellte sich als übertrieben heraus. Eine im angeblichen Auftrage Lamp'ls im Kraftwagen von Altona kommende Abordnung, deren Mitglieder an Persönlichkeiten aus der Zeit der Volkswehr

erinnerten, hatte Einlaß in das Stabsgebäude gefunden und unterhandelte mit dem dort befindlichen Auflösungskommando des Fußartillerie-Regiments 20. Die bisher von der Auflösungsabteilung gestellte Torwache wurde daraufhin von Zeitfreiwilligen abgelöst und der Kaserneneingang mit starken Kräften gesichert. Zu gleicher Zeit traf durch Fernsprecher die Nachricht aus Altona ein, Lamp'l befände sich im Anmarsch auf Bahrenfeld an der Spitze der beiden dorthin zurückkehrenden Reichswehr-Bataillone. Um einen Zusammenstoß mit diesen, der von unübersehbaren Folgen begleitet sein konnte, zu vermeiden, beschloß die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps nunmehr den sofortigen Abmarsch. Dieser verzögerte sich freilich immer wieder durch das Nichtfertigwerden der zu beladenden Wagen. Der wartenden Truppe wurde damit noch einmal eine harte Nervenprobe aufgelegt. Endlich konnte die Spitze anmarschieren. Als der schließende Offizier die Kasernentore hinter dem letzten ausfahrenden Wagen schloß, tauchte auf der Bahrenfelder Chaussee die Spitze des aus dem Altonaer Rathaus abgezogenen Reichswehr-Bataillons auf, dessen Musik schon von weitem hörbar gewesen war. Zu spät wurde bemerkt, daß der so wichtige, mit Stiefeln für das ganze Korps beladene Wagen durch einen nicht befolgten Befehl auf dem Kasernenhof stehengeblieben war. Das Korps trat seinen Marsch in dünnsohligen und pappenen Straßenschuhen an. Als es in die Luruper Chaussee einbog, huschten an den Fenstern der Kasernen die Lichter der Plünderer entlang, denen das Zivilzeug der Freiwilligen zum Opfer fiel.

Mit 546 Mann, vier Maschinengewehr-Wagen und fünf Fahrzeugen trat das Korps seinen Marsch an. Nach anfänglich absichtlichem Vorgehen in irreführender nördlicher Richtung, wurde nach Osten abgebogen und auf teilweise ungebahnten und beschwerlichen Wegen über Eidelstedt gegen Mittag Ochsenzoll erreicht. Nach der durchgearbeiteten letzten und den vorhergehenden größtenteils durchwachten Nächten, war der erste lange Marsch mit schwerem Gepäck ermüdend gewesen. Das Korps traf in ermattetem Zustand in Ochsenzoll zur Mittagsrast ein. Hier erreichte es eine unerwartete Offensive. In einer langen Kraftwagenreihe, die in die Presse als Fliegermeldung über einen von der Sicherheitspolizei auf das Korps unternommenen Tankangriff Eingang fand, waren zahlreiche Hamburger Bürger, die telephonisch Nachricht von den Durchmärschen des Korps erhalten hatten, herausgeeilt, um ihre Söhne von einem vermeintlich abenteuerlichen Streich zurückzuhalten und nach Hause zu holen. Gleichzeitig sprach bei der Leitung des Korps im Namen des Hamburger Bürgertums eine aus den Herren

Professor B., Kaufmann M. und Major d. R. v. Sch. sich zusammensetzende Abordnung vor, die die Leitung zu einem Zurückgehen nach Hamburg in eindringlichen Worten zu bewegen versuchte. Die Leitung des Korps mußte noch einmal einen harten Kampf zwischen Beweggründen, die von der im Hamburger Bürgereid begründeten Treueverpflichtung zum Senat und solchen, die von der militärischen Gehorsamsverpflichtung des Soldaten ihren Ausgang nahmen, durchkämpfen. Es konnte für die Leitung kein Zweifel darüber bestehen, daß es für sie von dem eingeschlagenen Wege kein Zurück mehr gab. Schon gleich beim Eintreffen in Ochsenzoll hatte sie fernmündliche Verbindung mit Schwerin gesucht, die während der Verhandlungen eintraf. Aus dem Apparat ertönte die wohlbekannte Stimme des Majors Matthias, der das Verhalten des Zeitfreiwilligenkorps nach der Absetzung Wangenheims vorbehaltlos billigte, ihm den Weitermarsch in der allgemeinen Richtung auf Schwerin unter Ankündigung näherer Anweisungen befahl, sich hingegen weigerte, die Einwendungen der bei dem Gespräch anwesenden Mitglieder der Abordnung entgegenzunehmen. Damit war die Sachlage entschieden. Um weitere Verhandlungen abzuschneiden, und um einem Zusammenstoß mit der Sicherheitspolizei auszuweichen, wurde der Abmarsch befohlen. Der Aufenthalt in Ochsenzoll verursachte dem Korps den Verlust von etwa sechzig Angehörigen, die sich den von Hamburger Seite vorgetragenen Überzeugungen anschlossen. Der verbleibende Rest hielt nunmehr bis zum Schluß fest zusammen.

Bei dem Marsch in dem frischen Frühlingswetter erklangen fröhliche Lieder und die Reihen rückten in engerer Kameradschaft zusammen. Seit dem Ochsenzoll-Zwischenfall brach ein starker Korpsgeist spontan noch am selben Nachmittag in der Truppe durch. Nunmehr wurden die geschwinden Autos und Radler nicht mehr an die Truppe herangelassen, ohne daß sich ein betäubendes Abwehrgeschrei erhoben hätte. Geflissentlich wurden übertriebene Angaben über Zahl und Kampfkraft gemacht und von der Bevölkerung gern geglaubt.

Abends wurde in Wulksfelde Quartier bezogen und am nächsten Morgen bei regnerischem Wetter, das das mangelhafte Schuhzeug empfindlich hervortreten ließ, in guter Stimmung der Weitermarsch angetreten. Um 2 Uhr wurde kurz vor Oldesloe auf dem Gute Blumendorf des ehemaligen kaiserlichen Gesandten Exzellenz von Rücker-Jenisch in Quartier gegangen, das nach anfänglicher, durch die Besorgnis vor linksradikalen Repressalien hervorgerufener Weigerung schließlich gewährt wurde. Kurz

nach der Ankunft wurde hier das Korps von dem ihm aus Hamburg nachgefahrenen Regierungrat **Baumann** erreicht, der im Auftrage des Senats der Leitung die gegen das Korps erlassene Hochverratserklärung überbrachte, die mittlerweile in Hamburg ihren eiligen Anschlag an den Straßenecken gefunden hatte, während ihr Wortlaut dem Korps selber noch unbekannt war. Der von der Druckerei Auer auf rotem Löschpapier gedruckte Aufruf lautete wie folgt:

„**An die Hamburger unter den Bahrenfelder Zeitfreiwilligen!**

Da die Bahrenfelder Zeitfreiwilligen als Werkzeug gegen die verfassungsmäßige Reichsregierung verwandt werden sollen, richtet der Senat an alle der Truppe angehörenden Hamburger die Aufforderung, zu diesem ungesetzlichen Dienst ihre Mitwirkung abzulehnen und zu ihrer gewohnten Beschäftigung nach Hamburg zurückzukehren.

Hamburger! Der Senat weist Euch mit Ernst und Nachdruck darauf hin, daß das Treiben, in dessen Dienst man Euch stellen will, Hochverrat ist und die schweren Strafen des Hochverrats allen drohen, die dieser Warnung nicht unverzüglich Folge leisten.

Hamburg, den 15. März 1920.

Der Senat.“

Darauf antwortete die Leitung des Zeitfreiwilligenkorps mit folgendem, dem Senatsvertreter übergebenen Schreiben:

„Das Zeitfreiwilligenkorps unterstand dem Obersten von Wangenheim als dem Garnisonältesten von Hamburg. Diese Behörde untersteht dem Reichswehrminister. Nachdem die Reichswehr sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hatte, war es Pflicht der Zeitfreiwilligen, den entsprechenden Befehlen zu folgen. Denjenigen Zeitfreiwilligen, die hiergegen Bedenken hatten, wurde der Austritt angeraten. Da die durch den Obersten von Wangenheim erfolgte Auflösung des Zeitfreiwilligenkorps offenbar im Zusammenhang stand mit dessen Rücktritt und der ungesetzlichen Übernahme der Reichswehrbehörde, des Garnisonkommandos, durch den hamburgischen Staatsbeamten Oberst Main bzw. den Hamburgischen Senat, kam das Zeitfreiwilligenkorps zu der Überzeugung, daß Oberst von Wangenheim diesen Befehl nicht mehr unbeeinflußt habe geben können und entschloß sich deshalb, zunächst nicht aufzulösen, sondern sich angesichts der ungeklärten Lage in Hamburg auf eine sichere Basis zurückzuziehen, um dort die Befehle der Brigade 9, des nächsthöheren Vorgesetzten, einzuholen. Dementsprechend erfolgte der Abmarsch nach Ochsenzoll. Dort wurden Befehle der Brigade eingeholt, die den Entschluß billigte und weitere Befehle gab.

Das Zeitfreiwilligenkorps glaubte auch im eigensten Interesse Hamburgs zu handeln, wenn es die Auflösung zu vermeiden suchte, die angesichts der drohenden Lage Hamburgs eine seiner besten Waffen gegen den Bolschewismus berauben würde. Deshalb war es den Zeitfreiwilligen auch möglich, den schweren Entschluß zu fassen, der Heimatstadt, an die sie größtenteils durch Beruf und Familie gefesselt waren, den Rücken zu kehren und wie eine mobile Truppe abzumarschieren.

Das Zeitfreiwilligenkorps ist sich nicht bewußt, eine ungesetzliche Handlung begangen zu haben. Es hat den Befehlen seiner Vorgesetzten Folge geleistet, wie es selbstverständliche Soldatenpflicht ist. Vorgesetzte Dienststelle für das Zeitfreiwilligenkorps war die Reichswehrbrigade 9. Das Zeitfreiwilligenkorps würde es begrüßen, wenn zwischen dem Hamburger Senat und der Reichswehrbrigade 9 eine Einigung hinsichtlich der Verwendung des Zeitfreiwilligenkorps zustande käme, die es dem Korps ermöglicht, sich seiner eigentlichen Aufgabe, dem Schutze der Vaterstadt, wieder zu widmen.

Das Zeitfreiwilligenkorps würde dem Senat für eine Veröffentlichung nachstehender Erklärung in der Presse dankbar sein, es glaubt, daß hierdurch die Beurteilung des Zeitfreiwilligenkorps richtiggestellt und damit indirekt auch den hamburgischen Interessen gedient wird.“

Mündlich hatte Regierungsrat Baumann den Auftrag des Senats mitgebracht, das Zeitfreiwilligenkorps zu einer gütlichen Rückkehr zu bewegen. Ihm konnte nach der Lage der Verhältnisse nicht entsprochen werden. Aber es war für das notwendige gegenseitige Einvernehmen schon von unschätzbarer Bedeutung, daß der Leitung des Korps hier einmal Gelegenheit zu einer umfassenden, auch mündlichen Rechtfertigung ihres bisher auch dem Senat verborgen gebliebenen Handelns gegeben wurde, und daß ihr bei dieser Rechtfertigung als Verhandlungsgegner ein Beamter gegenüberstand, der das in Hamburg verhältnismäßig seltene Verständnis für militärische Angelegenheiten besaß und den Blick nicht vor nüchternen Realitäten verschloß. Die Blumendorfer Verhandlungen legten die Grundlage zu einer Annäherung, die den Senat zwar nicht den übereilten Schritt öffentlicher Hochverratserklärung ebenso öffentlich wieder zurücknehmen, ihn aber doch von jeder praktischen Folgerung aus demselben Abstand nehmen ließ.

Auf den Vertreter des Senats folgte eine Offiziersabordnung des Regiments 18, die dem Zeitfreiwilligenkorps eine rechtfertigende schriftliche Erklärung über das Verhalten ihres Offizierkorps in der Nacht vom 15. auf den 16. überbrachte. Diese

Tatsache bot wie die vorhergehende dem Zeitfreiwilligenkorps eine Genugtuung für durchlebte schwere Stunden. Eine heitere Note brachte in diese Lage der um 7 Uhr abends im Inspektorhause des Gutes erfolgende besorgte Anruf der Senatskanzlei Lübeck, ob es wahr sei, daß Reichswehrtruppen sich im Anmarsch gegen die Stadt befänden. Ein Hoher Senat erhielt von dem gerade den Fernsprecher bedienenden Zeitfreiwilligen die schlagfertige Antwort, daß im Inspektorhause nichts davon bekannt sei und man dies hier doch besser wissen müsse.

Am nächsten Tage, Donnerstag, dem 18. März, wurde morgens dem Korps der Aufruf des Senats und seine Beantwortung bekanntgegeben. Bei anfangs trübem, später herrlichem Frühlingswetter wurde der Marsch nach Mecklenburg fortgesetzt.

Als das Korps die Nähe von Oldesloe erreichte, kam einer der als Sicherung vorausgesandten Radfahrer mit der Meldung zurück, einige Männer möchten den Führer persönlich sprechen. Es entspann sich folgendes Gespräch: Sind Sie der Hauptmann Sieveking, der Führer der Bahrenfelder? — Jawohl! — Wir ersuchen Sie, mit Ihrer Truppe um Oldesloe herumzumarschieren. — Nein, ich gebe keine Gegenbefehle und marschiere durch Oldesloe, da Gegenbefehle die Truppe beunruhigen würden und ich auch keinen Grund dazu habe. — Wenn Sie absolut provozieren wollen, dann tun Sie es; aber dann tun Sie uns nichts! — Ich werde Ihnen nichts tun, tun Sie aber irgendwie der Truppe was, geht es Ihnen enorm dreckig. — Der Durchmarsch erfolgte reibungslos. Beim Bahnübergang war das Korps erneut gezwungen zu halten. Einer von den Bahnarbeitern redete Hauptmann Sieveking an und fragte: „Sind Sie nicht der Hauptmann Sieveking, der bei Gr. Hantay unser Reserve-Regiment 84 führte?“ Als dieser ihm erwiderte, dies stimme, sagte er: „Das war auch eine schönere Zeit als jetzt“. In diesem Augenblick erhielt Hauptmann Sieveking von der Spitze Meldung, diese Bahnarbeiter sollten in dem Kohlenschuppen Waffen versteckt haben. Als er darauf dem Mann sagte, er solle die Waffen ohne Umstände herausgeben, erwiderte er ganz bramsich: „Ne, ick bin Betriebsrat“, worauf der Schuppen mit Gewalt durchsucht werden mußte.

In Siebenbäumen, einem bereits lauenburgischen Dorf, wurde Mittagsrast gehalten. In den großen Dielen der alten Rauchhäuser wurde abgelegt und das Mittagessen verzehrt, das bäuerische Gastfreundschaft in verschwenderischer Fülle bereitet hatte. Denn dieser altväterischen biederen Bevölkerung galt der Soldat noch etwas, und das hob diesen in seiner eigenen Sicherheit und Achtung, und gab ihm selbst einen lang entbehrten herzhaften Frohsinn wieder. Dabei blieb es in der ganzen Folgezeit. Im Gegensatz zu der großstädtischen trat die ländliche Bevölkerung dem Zeitfreiwilligen in seiner Eigenschaft als Soldaten überall mit einer natürlichen Gradheit und einem einfachen Anstand gegenüber.

Als man von Siebenbäumen abrückte, winkten aus der Ferne über fruchtbare, langgewellte Äcker die Türme der alten Hansestadt an der Trave im Nachmittagsglanz herüber. Wie ein Landsknechtshaufe des Mittelalters zog im Vordergrund das Korps an ihnen vorbei. An der Brücke von Berkenthien, kurz vor Ratzeburg, erwartete Hauptmann von Rauchhaupt das Korps in seinem Kraftwagen. Er kam von Schwerin und überbrachte die mündlichen Befehle des Generals von Lettow.

Die Verhältnisse in Mecklenburg waren sehr unsicher geworden. Unter der Landarbeiterschaft der großen Rittergüte und unter den Fabrikarbeitern der kleinen Landstädte, überall dort, wo die seßhafte alte Bevölkerung keine Geltung mehr hatte, hatte der Bolschewismus eine überraschende Ausdehnung gefunden, der in seinem in den weiträumigen Verhältnissen bedingten verzettelten und sporadischem Auftreten nur schwer zu bekämpfen war. Überall flackerte es auf. Hier wurde der Gutsbesitzer oder sein Inspektor tätlich bedroht und mußte sich flüchtend bergen, dort wurden die Feldfrüchte gestohlen und brannten die Scheuern auf. An einer anderen Stelle erhoben sich die slawischen Saisonarbeiter gegen ihre deutschen Herren; dort wieder rottete sich das deutsche Industrieproletariat zusammen und sperrte die Eingänge der Städtchen durch Verhaue und Barrikaden. Allgemein wurde gestreikt, die Kühe wurden nicht gemolken und die Pferde standen vor leeren Krippen.

Als das Korps kurz nach Ratzeburg auf der Landstraße halt machte, kam ein Arbeiter heran mit der Bitte: „Ich möchte den Führer, Hauptmann Sieveking, sprechen.“ Als dieser auf ihn losging, bat er, ihm unter vier Augen etwas sagen zu dürfen. Auf die Antwort, er könne das ruhig vor den Leuten sagen, erwiderte er: „Wat, vor all de Lüd!“ Er wußte nicht, daß alle aus einem Guß waren. Er klagte darauf folgende Geschichte: Der Besitzer des Gutes in der Nähe der Straße sei Kommunist. Auf die Frage, ob der denn alles teile, sagte er: „Ne, dat deiht he nich“, aber es sei Generalstreik und er dürfe nicht weiterarbeiten. Da er nun das Dach zu decken habe, sei es doch sehr unpraktisch, nicht weiterzuarbeiten, denn es würde doch da reinregnen und man solle ihm sechs Mann geben mit Gewehr, diese sollten seine Arbeit bewachen. Im übrigen wolle er bemerken: „Der Ebert, de het ja ok nicks döcht un nu willt wi dat man

mal mit Kapp versenken, wi könnt em nachher ja ok wedder wegjogen, wenn he nicks döcht. Ick will nu man na dat annere Dörp hen un den Döspaddel kann et ja denn in dat Dak regnen. Ick kom vort erst nich wedder, un kosten schall ehn dat ok noch orntlich wat."

Anders als in der Stadt, greifbarer, frevelnder, leidenschaftlicher und zerstörender war der Bolschewismus auf dem Lande, der wie eine Geißel über den gesegneten Fluren lag und die Ernährung der Millionenstadt an der Elbe wie den Wohlstand der heimischen Anwesen bedrohte. Inmitten dieses sich überstürzenden Chaos von Rebellion, Gewalttat und Unvernunft saß in der Kaserne zu Schwerin, hinter den Sandsäcken der Fenster, vor den Kugeln der belagernden Aufständischen notdürftig geschützt, der ehemalige Verteidiger Deutsch-Ostafrikas und jetzige Inhaber der Reichsgewalt für Mecklenburg, General von Lettow-Vorbek. Unermüdlich war er mit Hilfe seines ausgezeichneten Stabes und der geringen ihm zu Gebote stehenden Truppen, mit Fernsprecher und Kraftwagen bemüht, die Ordnung im Lande wiederherzustellen. Das Zeitfreiwilligenkorps brachte ihm hierbei erwünschte Hilfe, ganz abgesehen von der moralischen Unterstützung, die darin lag, daß neben den vielen treuen mecklenburgischen Männern, die wieder freiwilligen Waffendienst taten, nunmehr auch deutsche Männer aus anderen Landschaften in Soldatentreue ihrem alten General zu Hilfe eilten und ihm so das einst für Hamburg mit Hilfe bayerischer und märkischer Truppen Getane wiedervergalten.

Zur Unterdrückung des Bolschewismus auf dem Lande hatte die Brigade mit Befehl vom 17. März 1920 (Ia 1406/3) bindende Richtlinien bekanntgegeben. Danach wurde der Brigadebereich in vier Unterabschnitte eingeteilt, in denen die eingewiesenen Truppenteile in starken Verbänden arbeitend, jeden bewaffneten Widerstand rücksichtslos niederzuschlagen hatten. Vom 18. morgens an bekam das Zeitfreiwilligenkorps von der Brigade direkte Befehle. Sie wies ihm als Stützpunkt zur Befriedung des Kreises Lauenburg Mölln zu. So war das Korps seit seinem Abmarsch aus Blumendorf wieder im Sinne seiner alten Bestimmung des Kampfes für Ruhe und Ordnung gegen den Umsturz tätig, nur daß dieser, dem erweiterten Aktionsradius des Gegners folgend, sich aus den Mauern Hamburgs in das die Stadt ernährende und unterhaltende Hinterland verlegt hatte. Das Verlassen Hamburgs hatte damit seine Rechtfertigung auch in einer inneren, sich zwangsläufig aus der Lage ergebenden Notwendigkeit gefunden.

XIII.

Tätigkeit des Zeitfreiwilligenkorps in Mecklenburg. — Verhandlungen mit Reichswehr und Senat. — Auflösung und Rückkehr nach Hamburg.

In Berkenthien wurde Quartier bezogen. Während am nächsten Morgen das Korps den Weitermarsch nach Mölln antrat, fuhren Leutnant Bundies und der am Vorabend von Hamburg gekommene Direktor B. im Kraftwagen nach Schwerin, um Lettow-Vorbek mündliche Vorschläge über den Ausgleich mit dem Senat und über die Zukunft des Korps zu machen. Ihrer wartete dort ein ernstes Wiedersehen. Lettow-Vorbek war praktisch in seiner Kaserne umzingelt und abgeschnitten. Als Major Matthias die Abgesandten durch kahle verbarrikadierte Kasernenstuben zu seinem Vorgesetzten führen mußte, standen dem vierschrötigen Mann die Tränen in den Augen: „Nun sehen Sie einen Mann wie Lettow als Gefangenen seines Volkes". Der General verabredete die Absendung eines das Zeitfreiwilligenkorps rechtfertigenden und seine Zukunft sicherstellenden Schreibens an den Hamburger Senat und besprach die weitere Verwendung des Zeitfreiwilligenkorps. Dieses sollte zunächst den Kreis Lauenburg besetzt halten; ein Eingreifen der Reichswehr in Hamburg von der Wiederanerkennung der der Brigade 9 unterstehenden Truppen durch den Hamburger Senat und der Wiederherstellung der alten der Brigade zustehenden Befehlsverhältnisse abhängig sein. Mit schwerem Herzen trennten sich die Abgesandten von den beiden Männern, die aufrecht und unerschrocken ihre Pflicht taten und an ihrem Recht nicht deuteln ließen. Mußten auch sie dem Druck der Verhältnisse weichen, dann war dem Zeitfreiwilligenkorps der letzte Rückhalt genommen. Der Ausblick in die Zukunft war ernst. Bei der Rückfahrt

nach Mölln wurde der Kraftwagen kurz vor Gadebusch von Spartakisten, die hinter einer Geländewelle hervorschwärmten, überfallen und zum Halten gezwungen. Bewaffnete sprangen auf die Trittbretter des Wagens, legten aus nächster Nähe auf die Insassen an und bedrohten sie mit sofortigem Erschießen. Erst mit Hilfe einer langen Verhandlung und einem von Direktor B. mitgeführten hamburgischen Polizeiausweis gelang es, die ungern gegebene Erlaubnis zur Weiterfahrt zu erzwingen.

In Mölln hatte das Zeitfreiwilligenkorps günstige und geräumige Aufnahme in dem stattlichen Gebäude der ehemaligen Unteroffizierschule gefunden. Sein Erscheinen war von der ordnungsliebenden Bevölkerung mit Freuden begrüßt worden, seine Anwesenheit verbürgte die Ruhe im Kreise. Mit den Spitzen der zivilen Behörden wurde sofort Verbindung aufgenommen und auf einer im Landratsamt in Ratzeburg stattfindenden Versammlung der Kreisdeputierten von der Leitung des Korps Zweck und Ziel seines Hierseins erläutert. Es gelang, das Vertrauen auch der demokratischen und sozialdemokratischen Vertreter zu gewinnen, was unter anderem seinen Ausdruck darin fand, daß in allen Quartier-, Verpflegungs- und Löhnungsangelegenheiten die offiziellen Organe des Kreises das Korps unterstützten. Um jede Reibung mit der Bevölkerung zu vermeiden, wurde u. a. den Angehörigen des Korps das Zeigen der schwarz-weiß-roten Farben untersagt. Am ersten dienstfreien Tag trat ferner eine Mannschaft des Korps zum Wettkampf gegen eine einheimische Fußballmannschaft an. Das Wettspiel war gut besucht und trug mehr zu einem gegenseitigen herzlichen Verhältnis bei als etwaige Aufklärungsvorträge oder -schriften. Das Korps lebte sich in Mölln wie in einer Garnisonstadt ein und war gleichzeitig durch Streifen und Postierungen bemüht, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Anders spiegelte sich freilich dieses friedliche Bild in den Hamburger Zeitungen wieder. Die öffentliche Meinung der Stadt schien sich eines dumpf gespürten Verantwortungsgefühls gegenüber den stattgehabten Vorgängen dadurch zu entledigen, daß sie die Teilnehmer an denselben geflissentlich in ihrem Ruf und in ihrer Stellung herabsetzte. So füllten sich die Zeitungen mit erfundenen Nachrichten über das Zeitfreiwilligenkorps. Die eine wußte von seinem Willkürregiment in Mecklenburg, die andere von seinen versprengten Resten in den Luruper Tannen zu berichten. Ganz allgemein bedauerte man aber, wie das „Hamburger Fremdenblatt", die irregeleiteten „jungen Leute" oder sprach, wie Lamp'l im „Hamburger Echo", in verächtlicher Weise von den „offiziellen und inoffiziellen Leitern dieser Schüler- und

Studentenorganisation". Im uneingeschränkten Besitze eigener Behaglichkeit und Ruhe moralisierte man so über die Tatsache, daß gegen den in Deutschland aufziehenden Bolschewismus Söhne der eigenen Stadt bewaffnet ausgezogen waren, und beschwichtigte damit gleichsam sich selber über die eigene Untätigkeit. Nur ganz wenige Kreise der Bevölkerung, vor allem die in der Stadt zurückgebliebenen Zeitfreiwilligen selber, aber auch einige wenige weiterblickende Männer, die im Staatsdienst oder im öffentlichen Leben eine Stellung einnahmen, blieben von dieser allgemeinen Hetze unangesteckt. So besaß das Zeitfreiwilligenkorps hinter den Kulissen der aufgeregten Tagesmeinung in Hamburg selber einen Vertrauenskreis, dessen Mitglieder in oft unmittelbarer Nähe der maßgebenden Behörden sich befanden. Aber auch Männer der Bevölkerung, denen nur ein geringerer Einfluß zu Gebote stand, suchten auf ihre Weise dem Zeitfreiwilligenkorps zu helfen. Hier wurde auf eigene Faust ein Flugblatt zu seinen Gunsten gedruckt, dort Unterschriften für eine Dankadresse gesammelt, und nie hörte der Strom der noch nachträglich aus Hamburg kommenden und sich freiwillig Meldenden ganz auf.

Am Abend des 20. März kam Hauptmann von Rauchhaupt aus Schwerin mit der Nachricht zurück, daß dort der Zusammenbruch eingetreten sei. Zwischen der mecklenburgischen Landesregierung und der Reichswehr war ein Abkommen dahingehend getroffen worden, daß letztere sich zurückziehen und ihre Freiwilligenverbände aufzulösen habe. General von Lettow-Vorbek und Major Matthias waren abkommandiert worden. Damit war praktisch für das Zeitfreiwilligenkorps nach der Hochverratserklärung in Hamburg die Vogelfrei-Erklärung in Mecklenburg erfolgt. Während in West- und Mitteldeutschland bereits alle waffenfähigen Männer mit der Reichswehr gegen den Bolschewismus aufgeboten wurden, waren in Norddeutschland die Länder noch damit beschäftigt, die Reichswehr auf die lokalen Bedürfnisse ihrer Territorien hin abzubauen. Aus dieser Diskrepanz entstand — wenn auch nur vorübergehend — für das Zeitfreiwilligenkorps eine erneut unhaltbare Lage.

Infolgedessen fuhren am Morgen des 21. Hauptmann von Rauchhaupt und Leutnant Droege nach Hamburg, um wegen einer etwaigen notwendig werdenden Auflösung des Korps Fühlung zu nehmen. Kennzeichnend für die damaligen Hamburger Verhältnisse war es, daß der von Mölln kommende Kraftwagen Schiffbek von starken Postierungen linksradikaler Elemente besetzt fand, die eine Weiterfahrt zu verhindern suchten und bezeichnenderweise sämtlich die Einwohnerwehrbinde als Kennzeichen

trugen. Unter der bekannten rot-weißen Binde mit dem Hamburger Wappen tat man hier Dienst für eine Arbeiterrepublik, während man in Uhlenhorst unter demselben Zeichen Gewehr bei Fuß für die verfassungsmäßigen Gewalten stand.

Um 11 Uhr vormittags fand eine Besprechung mit Major Fromm statt, an der außer ihm ein Vertreter des Hamburger Bürgertums und ein Stabsoffizier der Hamburgischen Sicherheitspolizei teilnahmen. Die Lage in Hamburg wurde dahingehend gekennzeichnet, daß bei der Bevölkerung, der Reichswehr und der Sicherheitspolizei noch immer ein starker Haß gegen das Zeitfreiwilligenkorps bestände, der sowohl eine geschlossene Rückkehr nach Hamburg, wie auch eine Auflösung an Ort und Stelle in Bahrenfeld verbiete. Mit Rücksicht auf die Sicherheit seiner Angehörigen wurde vielmehr die ordnungsmäßige Demobilmachung des Korps in Schwerin durch die Brigade 9 und eine unauffällige truppweise Rückkehr nach Hamburg angeraten. Erwogen wurde, das Korps in seinem Bestande im Rahmen hamburgischer Sicherheitseinrichtungen aufrechtzuerhalten und im Falle entstehender Unruhen erneut aufzubieten.

Zu irgendeiner Ausführung kamen die gemachten Vorschläge nicht mehr. Bereits am 21. abends war der durch die Schweriner Verhandlungen entstandene lokale Übergangszustand beendet. Die alte Reichsregierung war inzwischen wieder in den Vollbesitz ihrer Gewalt getreten und stellte als ihre erste Handlung die verlorengegangene selbständige Kommandogewalt der Reichswehr durch erneute Verlängerung des verschärften Belagerungszustandes für das ganze Reich wieder her. Als ihr Beauftragter erschien in Schwerin Generalmajor Weber als Nachfolger des Generals von Lettow-Vorbek.

In Anbetracht der geringen ihm zur Verfügung stehenden Truppenmengen bestimmte dieser sofort nach seinem Eintreffen das Zeitfreiwilligenkorps zur weiteren Teilnahme an den der Reichswehr in Mecklenburg gesetzten Aufgaben. Ein angriffsweises Vorgehen gegen die in Rostock und um Wismar sich sammelnde rote Armee wurde befohlen und für das Zeitfreiwilligenkorps der Abmarsch für den 22. morgens, zunächst nach Schwerin, angeordnet, um den beginnenden Operationen eingegliedert zu werden.

Damit unterstand das Zeitfreiwilligenkorps erneut nicht nur seinem rechtmäßigen Militärbefehlshaber, sondern auch der rechtmäßigen alten Regierung und nahm so nach wirrenreichen Tagen als Frucht eines konsequenten Verhaltens wieder die Stellung ein, in der es sich zu Beginn des Kapp-Putsches befunden hatte.

Befehlsgemäß wurde am 22. Roggendorf, am 23. Friedrichsthal vor Schwerin, am 24. Kuhlen östlich des Großen Schweriner Sees und am 25. Warnow erreicht. Hier fand das Zeitfreiwilligenkorps den Anschluß an die gegen Rostock im Vorgehen befindlichen Reichswehrtruppen und wurde dem Detachement von Stülpnagel unterstellt. Unter dem Druck des um Rostock sich schließenden Waffenringes kehrten in diesem Hauptwiderstandsplatz des Gegners die geordneten Verhältnisse zurück. Damit war durch das Eingreifen der Reichswehr dem mecklenburgischen Aufruhr das Rückgrat gebrochen und normale Verhältnisse hielten wieder ihren Einzug in das schwergeprüfte Land. Am 27. März konnte die Reichswehr die ihr in Mecklenburg gestellte Aufgabe für beendet halten, ihre Formationen rüsteten sich zum Aufbruch in das Ruhrgebiet, um den dort in schwerem Kampf befindlichen Schwestertruppen notwendige Hilfe zu bringen. Damit hatte sich auch die Aufgabe des Zeitfreiwilligenkorps erschöpft. In ihm war die Hamburger Jugend aus ihrer Vaterstadt ausgezogen, um sich Recht und Freiheit zu bewahren, für das Vaterland kämpfen zu dürfen. Jetzt rüstete sie sich zur freiwilligen Rückkehr.

Den heimkehrenden Söhnen der Stadt trug der Senat das kaudinische Joch entgegen. Am 26. morgens erschien folgende Erklärung in den Hamburger Zeitungen:

„Der Senat fordert die Hamburger im Zeitfreiwilligenkorps auf, sofort in ihre Vaterstadt zurückzukehren. Alle, die bis 29. März dieses Jahres nicht zurückkehren, haben, soweit sie Studenten der Hamburger Universität oder Schüler der höheren Schulen, Seminare oder Gewerbeschulen sind, mit ihrer Verweisung von den Anstalten zu rechnen. Alle, die bis zu dem genannten Termin zurückkehren, werden angesichts des Umstandes, daß die Zeitfreiwilligen, wie festgestellt, anfangs in Mißbrauch ihres guten Glaubens den dienstlichen Befehlen ihrer militärischen Vorgesetzten gefolgt sind, bei Behörden und Arbeitgebern auf Entgegenkommen rechnen können.

gez.: Dr. Diestel, Präsident des Senats."

Damit war den Zeitfreiwilligen vom Senat an Stelle einer freiwilligen Rückkehr aus innerer Überzeugung die schimpfliche und zwangsweise Rückkunft aus der Furcht vor Strafe und Vermögensverlusten auferlegt worden. Zugleich war der empfindlichste Punkt des gegenseitigen Verhältnisses von Senat und Reichswehr erneut berührt worden. Bei einer scharfen Betrachtung lagen die Dinge so, daß eine deutsche Landesregierung ihre

Untertanen wegen ihrer augenblicklichen Zugehörigkeit zur verfassungsmäßigen Wehrmacht des Reiches mit der Aberkennung ihrer bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte. Dieser Punkt wurde auch sofort von dem sonst sehr zurückhaltenden Generalmajor Weber empfunden, der dem Hamburger Senat nach Bekanntnahme seines Schreibens folgendes Telegramm sandte:

„Unter Bezugnahme auf in den Hamb. Morgenzeitungen vom 26. III. veröffentl. Anordnung Hbg. Senats an Hbg. Zeitfreiw. bemerkt Brigade, daß bereits 25. III. unter Ia 1871—3 Befehl gegeben ist, daß das mir unterstellte Z.F.K. zum Abtransport zwecks Demob. bereitzuhalten ist. Ob gestellter Termin zur Rückkehr bis 29. III. innegehalten werden kann, läßt sich bei den schwierigen Transportverhältnissen nicht übersehen, wird aber angestrebt. Im übrigen bemerkt die Brigade, daß daß Z.F.K. militärische Formation ist, über deren Aufstellung oder Auflösung allein die Brigade entscheiden muß.

gez.: Weber, Gen.-Lt. u. Führer Rw.-Brig. 9."

Auch in Hamburg erregte der Schritt des Senats berechtigtes Befremden. Nach der Reichswehr meldete sich der Senat der Universität, um ebenso gegen einen Eingriff in das ihm allein zustehende Recht der Relegation, wie gegen die damit verbundene Erklärung persönlicher Unehrenhaftigkeit des mit dieser Strafe Belegten zu protestieren.

Noch aus einem höheren Gesichtspunkt heraus muß aber der Schritt des Hamburger Senats einer nachforschenden Betrachtung bedauerlich erscheinen. Am 1. April mußte das Zeitfreiwilligenkorps infolge des Diktats der Feindmächte aufgelöst sein. War es bei einer solchen Sachlage notwendig, daß eine deutsche Landesregierung auch noch von sich aus diese Auflösung mit einem um zwei Tage früheren Termin forderte?

So begab sich Leutnant Droege noch einmal zu Verhandlungen nach Hamburg. Am 26. nachmittags hatte er eine Besprechung mit Senator Schramm, der die Herren Stubbe und Nöldeke beiwohnten. Leutnant Droege verteidigte in umfassender Weise das gesamte Verhalten des Korps und verlangte eine schriftliche Ehrenerklärung für dasselbe. Diese wurde ihm zwar verweigert, aber die gemachten mündlichen Erklärungen erwirkten die Zusage, daß man künftighin von einem Hochverrat nicht mehr sprechen werde. Auch die öffentliche Aufhebung des für den 29. geforderten Entlassungstermines wurde nicht bewilligt, aber die Zusicherung gegeben, daß man nicht formal um einige Tage rechten werde. Damit war für das Zeitfreiwilligenkorps die letzte Schranke, die es noch von seiner Auflösung trennte, gefallen.

Am 28. erhielt das Korps von der Brigade den Befehl, in Güstrow zu demobilisieren. Der 29. wurde mit der Abgabe der Waffen und Ausrüstungsgegenstände verbracht. Am Morgen des 30. März rückte um 10 Uhr vormittags das Korps mit klingendem Spiel in Güstrow ein. Kurz vorher wurde Halt gemacht. Hauptmann Sieveking sprach dem Korps zum Abschied seinen Dank aus und brachte den folgenden Abschiedsbefehl der Brigade 9 zur Verlesung:

Brigadebefehl.

Das Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg wurde seinerzeit zum Schutze Hamburgs aufgestellt. Wie einst, allein von seinen opferfreudigen Gedanken beseelt, stellte es sich bei der durch die letzten Ereignisse geschaffenen ernsten Lage in den Dienst des Vaterlandes und leistete auch hier wieder für seine Vaterstadt und für das Reich Vortreffliches. Die Verhältnisse erfordern nunmehr seine Auflösung. Mit dem 31. März 1920 scheidet das Zeitfreiwilligenkorps Groß-Hamburg in Güstrow aus dem Brigadeverbande aus. Führung und Mannschaft spreche ich bei ihrem Ausscheiden für ihre Leistungen und treue Kameradschaft meinen Dank und meine rückhaltlose Anerkennung aus.

gez.: Weber, Generalmajor.

Am Abend des 30. und im Laufe des 31. fuhren die Angehörigen des Korps nach Hamburg. Es war eine nachdenkliche Rückkehr. Auf den Plätzen und Straßen der Stadt flutete eine geschäftige und heitere Bevölkerung, als hätte sich kein Kapp-Putsch ereignet und gäbe es keinen Kampf im Ruhrgebiet. Niemand achtete der Zurückkehrenden. Noch einmal war die junge Mannschaft der Stadt ausgezogen, um ihrer Waffenehre willen und hatte sie in ihren Mauern um dieselbe gedarbt und gelitten. Nun legte auch sie das Waffenhandwerk nieder, wie der Feind es befahl. War ihr Tun nur ein romantisches Abenteuer gewesen, der letzte schon unwirkliche Klang aus einer ersterbenden Zeit? Oder war ein erster Wetterschein aufgeflammt, der von den sich sammelnden Kräften einer neuen Zeit kündete? Allein die Geschichte wird dereinst hierauf zu antworten wissen.



Fred. S. Baumann

Um den Staat!

Ein Beitrag zur Geschichte der Revolution in Hamburg 1918/19

Einzigartiger Beitrag zu Hamburgs jüngster Geschichte

Die Hamburger Revolution von innen gesehen! Als bürgerlicher Vorposten und Vertrauensmann des Senats im Arbeiter- und Soldatenrat. Die Parteien und ihre Stellung zum Umsturz. Führende Männer Hamburgs und ihre Bewährung in der Revolution.

Auch über Hamburgs Grenzen hinaus dürfte die Broschüre weitestgehendes Interesse für jeden Politiker und Parlamentarier haben. Preis geb. 3.20 RM.

★

Stimmen der Presse:

„Mecklenburger Nachrichten" vom 23. 12. 24 schreiben:

.... In fesselndster Weise werden neben einer zeitlichen Darstellung der Ereignisse die inneren Vorgänge, insbesondere die verschiedenen Strömungen der an der Revolution beteiligten Kreise geschildert. ....

„Marine-Rundschau" Heft 8 1924 schreibt:

.... Die sehr lesenswerte Schrift gibt ein anschauliches Bild des Umsturzes in Hamburg im Jahre 1918 und der nachrevolutionären Bewegungen bis zu den Juniunruhen 1919, die den Einmarsch Lettow-Vorbeks brachten. Es wird eine Fülle von Einzelheiten geboten, in scharfer Charakteristik werden revolutionäre Persönlichkeiten gezeichnet. . .

„Lübecker Anzeiger" vom 10. 11. 24 schreibt:

.... Der Verfasser hat nach Tagebuchblättern und aus der Erinnerung eine Reihe höchst interessanter Bilder in diesem Buch geliefert, von dem man sich nur schwer trennt, bevor man es bis zu Ende gelesen hat. Für die spätere Geschichtsschreibung werden diese Veröffentlichungen von Zeitgenossen von besonderem Wert sein. ....

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen oder direkt vom

Alster-Verlag  **Hamburg 1**

Speersort 11 Speersort 11